

Preußische Allgemeine

Nr. 46 · 15. November 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Tage der Wahrheit

Das Ergebnis der US-Präsidentenwahl, das Aus der Ampel in Deutschland und das leise Bröckeln der Brandmauer zur AfD **Seiten 1, 2, 3 und 24**



FOTOS: PA/FLASHPIX/JENS KRICK; MAURITIUS/H.-D. FALKENSTEIN/IMAGEBROKER; AKG-IMAGES/ARKIV

Görlitz Das Schlesische Museum erinnert an Jakob Böhme **Seite 11**

Arys Ein Truppenübungsplatz in Masuren mit Geschichte **Seite 18**

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

AMPEL-AUS

Die Zeitenwende als der Grünen Zeiten Ende

Beim Scheitern der Ampel standen SPD und FDP im Vordergrund. Dabei war es vor allem der dritte Koalitionspartner, der in den letzten Jahren den Ton angab

Die Geschichte liebt Paradoxien. So hatte Olaf Scholz im Februar 2022 zwar die „Zeitenwende“ ausgerufen, diese selbst aber nicht verstanden. Die Ampel nannte sich „Fortschrittskoalition“, um sich und andere darüber hinwegzutäuschen, dass diese Regierung Deutschland in den Anachronismus führt. Die Ära des vierten sozialdemokratischen Bundeskanzlers endet in der Spelunke grüner Wirtschaft. Der Kneipenwitz lautet: Die rotgelbgrüne Koalition heißt deshalb Ampel, weil die Geldphase so verdammt kurz ist.

Seit Mittwoch, den 6. November, blinkt die Geldphase nicht einmal mehr. Nach dem an jenem und am Folgetag geäußerten Willen des Bundeskanzlers soll die Neuwahl des Bundestags am besten erst im März abgehalten werden. Umso mehr erstaunt es, dass derselbe Kanzler kaum 15 Stunden nach Entlassung seines Finanzministers Lindner bereits die „Bewerbung für die Bundestagskandidatur im Wahlkreis 61“ in Umlauf brachte.

Ende des permanenten Grünrucks

Von Anfang an war klar, dass die FDP niemals in die Koalition historischer Untoter hätte eintreten dürfen, die sich zwar „Fortschrittskoalition“ nannte, aber nur Fortschritte in der De-Industrialisierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, in der Zerstörung der Energiesicherheit, in der Schädigung des außenpolitischen Ansehens, im Tausch der inneren Sicherheit gegen die innere Unsicherheit, im Kollaps der Sozialsysteme, in der Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit, in der Störung der politischen und demokratischen Spielregeln erreichte.

Grundlage für rotgrünes Regierungshandeln, für das Angela Merkel in ihrer Kanzlerschaft die Weichen gestellt hatte, ist die grüne Ideologie, die in den 70er Jahren aus den bereits angeschimmelten Träumen westlicher Wohlstandskinder

entstand. Spätestens seit dem Historikerstreit Mitte der 80er Jahre hatten die Grünen die Meinungsführerschaft in den Medien und in der Kultur errungen.

Mit dem Beginn von Merkels Herrschaft, die ihre Macht nicht aus ihrer Partei, der CDU, sondern aus den Medien bezog, mit denen sie das Bündnis der Alternativlosigkeit einging, entstand eine neue Aristokratie und mit Berlin-Mitte eine Art Neu-Versailles – ein Ort der Herrschaft des Klimakomplexes aus Politik, Medien, Kultur und Finanzindustrie. Diesem schlossen sich immer mehr Konzernmanager an, die keine Scheu vor dem letzten ökonomischen Irrsinn hegten, wenn er nur reichlich subventioniert wurde.

Maoisten, Kommunisten, Marxisten, die im Nachgang der 68er-Pubertät sich der Erkenntnis nicht verschließen konnten, dass die Arbeiterklasse sich weigerte, ihre „historische Mission“ zu erfüllen, entdeckten als neues Mittel der Weltveränderung den Umweltschutz, der bald schon seinem Gegenteil, dem Klimaschutz, zu weichen hatte. Sie kaperten die junge Partei der Grünen. Das CO₂ wurde zum neuen Klassenfeind, die fossile Industrie zum Menschheitsfeind und die Zerstörung der Energiesicherheit zum Königsweg in die Höhle grüner Einfältigkeit.

1989 dozierte Joschka Fischer: „Die Energiefrage ist die Schicksalsfrage aller Industriesysteme. Die Durchsetzung und Finanzierung einer umweltverträglichen

Energienutzung, eines ökologischen Energiesystems also, werden die zentralen Basisinnovationen eines ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft sein.“

Damit jeder Widerstand dagegen medial exekutiert werden konnte, brachte Jürgen Trittin 1993 die Verschwörungstheorie vom „Rechtsruck der Gesellschaft“ in Umlauf. Seitdem wird stets dann die Warnung laut, dass Deutschland nach „rechts“ rücken würde, wenn wieder einmal die Achse der deutschen Gesellschaft kräftig nach links verschoben wird. Und schon um Trittins Umweltministerium herum wurde ein Geflecht von grünen Think Tanks und NGOs – teils von amerikanischen Stiftungen, teils von deutschen Steuergeldern finanziert – angelegt, das den Grünen seitdem die Deutungshoheit in Kultur, Medien und Pseudowissenschaften sichert.

Depression statt Fortschritt

In der Ampel dann vermochten die Grünen im Verbund mit Medien und der sogenannten Zivilgesellschaft, ihre Ziele geradezu in Reinkultur durchzusetzen. Das Resultat ist die Habeck-Rezession, die in eine Habeck-Depression kippen wird.

Völlig zu Recht nennt der britische „The Economist“ Deutschland den „kranken Mann Europas“ und sieht die Ursache beim besten Bundeskanzler, den die Grünen je hatten: „Frau Merkel führte Deutschland wie in einer Scheinwelt und ließ es ein ausgedehntes geopolitisches

und wirtschaftliches Nickerchen genießen, aus dem es noch erwachen muss.“

Die Grünen sind die natürlichen Erben Merkels, sie setzten in der Ampel fort, was Merkel begonnen hatte und schieben nun, weil sie selbst nie schuld sein können, die Verantwortung für ihr Scheitern Merkel zu, weil diese ihren Kurs nicht so radikal, nicht so wirklichkeitsblind, nicht so stur ideologisch und so narzisstisch wie Habeck durchgesetzt habe.

Dafür, dass die Deutschen aus ihrem „geopolitischen und wirtschaftlichen Nickerchen“ nicht erwachen, nutzen die Grünen beträchtliche Kanäle. Eher soll Deutschland scheitern als sie. Welche Aufgabe dem selbsternannten Bundeskanzlerkandidaten Habeck zukommt, hat niemand besser definiert als der Grüne Erik Marquardt, demzufolge es Habecks Aufgabe sein wird, „unsere Migrationspolitik in Geschichten zu gießen, die berühren und die Wähler dann überzeugen“. Ein Kanzler als Märchenonkel also, der den Wählern „Geschichten“ erzählt.

Ob – zum Schaden Deutschlands – die grüne Restlaufzeit weit über ihre faktische Existenz hinaus verlängert wird, liegt auch an der Union. Sie wird nun zeigen müssen, ob sie die Mehrheiten jenseits der Ampel nutzen oder ob sie die grüne Reaktion künstlich am Leben erhalten und sich mit ihr hinter der Brandmauer verschanzen will. So oder so ist die Zeit der grünen Dominanz historisch abgelaufen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wie der Wirtschaftsminister die Kommunen an den Rand des Bankrotts bringt **Seite 6**

Kultur

Ein Chortreffen in Berlin entlarvt den wahren Charakter der „Wokeness“ **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

In Litauen wächst die Furcht vor einem russischen Angriff aus dem Königsberger Gebiet **Seite 13**

Lebensstil

Womit Thüringens mittelalterliche Burgen neue Gäste anlocken wollen **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 304401 46
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Einsamer Kanzler

In der Abgeschiedenheit der Filterblase

Bei Olaf Scholz liegen die Nerven blank. Das Ende der Ampel vollzog er wenig staatsmännisch, nun kämpft er ums politische Überleben

VON HOLGER FUSS

Was genau an jenem denkwürdigen Mittwochabend im Bankettsaal des Kanzleramts geschah, der im Volksmund bereits „Sterbezimmer der Ampel“ genannt wird, ist öffentlich noch nicht vollends rekonstruiert. Die Beteiligten geben bislang nur mit Abweichungen Auskunft. Offenbar hat im Beisein des Koalitionsausschusses der Kanzler zu seinem Bundesfinanzminister um kurz nach halb neun gesagt: „Ich möchte nicht mehr, dass du meinem Kabinett angehörst, und werde morgen dem Bundespräsidenten mitteilen, dass du entlassen wirst.“ Christian Lindner soll mit einem „Okay!“ geantwortet haben, dann schwieg die Runde sekundenlang. Bis Olaf Scholz gesagt habe: „So. Doof.“

Ein Kanzler-unwürdiger Auftritt

Wenig später trat Kanzler Scholz vor die Presse, gab das Ende der Ampelregierung bekannt und fauchte seinem gefeuerten Koalitionspartner erstaunlich ungefiltert seine aufgestaute Wut hinterher: „Zu oft hat Bundesminister Lindner Gesetze sachfremd blockiert. Zu oft hat er klein-kariert parteipolitisch taktiert. Zu oft hat er mein Vertrauen gebrochen.“ Für den sonst bis an die Schmerzgrenze gefühls-reduziert auftretenden Scholz waren diese Worte ein vulkanisch anmutender Ausbruch von Leidenschaft. Staatsmännisch souverän wirkten sie nicht. Von Scholz’ Respekt-Versprechen im Wahlkampf 2021 ist wenig übrig geblieben.

Das Zornesgewitter war indes wohlkalkuliert, seine Rede las der Noch-Kanzler vom Teleprompter ab, er konnte sie also nicht spontan entworfen haben. Am folgenden Sonntag gab Scholz dann im Talk mit Caren Miosga zu, mindestens zwei Reden vorbereitet zu haben: „Ich habe mich vor allem für den Fall vorbereitet, dass wir es hingekriegt haben.“

Ebenso unwürdig erscheint das Taktieren des Regierungschefs um den Termin seiner Vertrauensfrage, die den Prozess zu Neuwahlen in Gang setzt. „In der ersten Sitzungswoche des Bundestages im neuen Jahr werde ich dann die Vertrauensfrage stellen, damit der Bundestag

am 15. Januar darüber abstimmen kann“, kündigte er in seiner Mittwochabendrede an, womit die Neuwahl gut zwei Monate nach dem Verlust seiner Parlamentsmehrheit stattfinden würde. Nach ersten Protesten ruderte er zwei Tage darauf in typischer Scholz-Manier zurück und behauptete, er habe ja bereits angekündigt, „zügig“ Neuwahlen ermöglichen zu wollen: „Über den Termin sollten wir möglichst unaufgeregt diskutieren.“

Tatsächlich hat Scholz allen Grund, den Wahltermin so spät wie möglich anzusetzen. Seine SPD oszilliert bei Umfragen zwischen 15 und 16 Prozent. Im Ansehen der Bürger ist der Kanzler so unbeliebt wie nie, 72 Prozent der Bürger sind unzufrieden mit ihm. Trotzdem hält seine Partei – bislang – an Scholz als nächsten Kanzlerkandidaten fest. SPD-Chefin Saskia Esken ist „überzeugt, dass wir mit ihm gemeinsam auch diese Bundestagswahl gewinnen können“. Für den 30. November hat Gene-

ralsekretär Matthias Miersch eine „Wahlsieg-Konferenz“ einberufen. Dass hier verzweifelte Sozialdemokraten ihre Existenzängste mit allerlei Wortgekingel vertreiben wollen, ist unüberhörbar.

Ende eines Irrtums

Ein Sympathieträger war Olaf Scholz nie. Sonderliches Charisma hat ihm noch keiner nachgesagt. Seinen Aufstieg in der SPD verdankt der Fachanwalt für Arbeitsrecht seinem Bienenfleiß und seiner Begabung fürs parteiinterne Strippenziehen. In Hamburg schmückte sich ab 2011 eine zerstrittene SPD mit Scholz als ehemaligem Bundesminister im Amt des Ersten Bürgermeisters. 2019 bewarb er sich bei der Urwahl als Parteivorsitzender, die Mitglieder wählten jedoch lieber Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans.

Zum Kanzlerkandidaten brachte es Scholz nicht, weil er ein Parteiliebling ist, sondern weil weit und breit kein Genosse

Kandidatenformat vorwies. Dass Boris Pistorius seit Amtsantritt als Verteidigungsminister Anfang 2023 als beliebtester Politiker gilt, liegt daran, dass auch Scholz bewiesen hat, dass er jenes Format nicht hat.

Seine ganze Erscheinung vermittelt etwas innerlich Unfreies. Scholz läuft in kleinen Watschelschritten, als trüge er Fußfesseln. Er presst dabei die linke Hand an den Bauch, als schmuggle er etwas über die Grenze. Wenn er spricht, tastet er sich unwillig durch den Satzbau, als sei ihm sein eigenes Gerede zuwider. Oft genug hinterlässt er beim Publikum den Eindruck, als sei ihm nicht zu trauen, weil er sich augenscheinlich in Parallelwirklichkeiten bewege. Seine Erinnerungslücken in der Causa Cum-Ex wurden sprichwörtlich; seine Aufschneidereien wie „Ich kann Kanzler!“ (vor der vergangenen Wahl) oder „Ich rechne fest damit, dass die SPD und ich auch die nächste Regierung anführen werden“ (vor der kom-

menden Wahl) haben seine Glaubwürdigkeit nicht steigern können.

Scholz ist nicht nur der unbeliebteste Kanzler, den unser Land je hatte – er könnte auch als erfolglosester Regierungschef enden. Zwar stellte auch Willy Brandt im September 1972 nach drei Jahren Regierungszeit die Vertrauensfrage und führte vorgezogene Wahlen herbei, aber Brandt war damals ein Popstar und holte zwei Monate später mit 45,8 Prozent das beste Ergebnis für die SPD überhaupt.

Schon 2021 ging Scholz als farbloser SPD-Kandidat ins Rennen, der nur deshalb mit 1,6 Prozentpunkten Stimmenvorsprung die Union überholen konnte, weil die Christdemokraten den ohnehin schwachen Armin Laschet aufstellten, der mit einem verunglückten Lachanfall im Hochwassergebiet im Westen der Republik seine Siegchancen vermasselte.

Vom Kanzler zum Komiker

Diesmal weiß Scholz sehr wohl, dass er als Paria in den Wahlkampf zieht. Manch einer empfindet die Entlassung Lindners als eine Art erweiterten politischen Suizid des Kanzlers. Am Tag nach dem Ampel-Aus verspottete der Kabarettist Abdelkarim in der ARD den Kanzler als „das menschgewordene Testbild“. Verlacht wird Scholz auch im Ausland. In den USA höhnte Trump-Gefährte Elon Musk auf X/Twitter: „Olaf ist ein Nar“. Aus Polen folgte auf die Klagen der Bundeswahlleiterin über eventuell fehlendes Papier für Neuwahlunterlagen das ironische Angebot, den Papiermangel notfalls zu beheben.

So verhält sich Scholz wie einer, der nichts mehr zu verlieren und den Abgrund beständig vor Augen hat. Der Auseinandersetzung mit dem Unions-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz will er betont gelassen entgegensehen, schließlich seien die Unterschiede zwischen ihnen groß: „Ich finde mich cooler, wenn es Staatsan gelegenheiten betrifft“, verkündete er bei „Caren Miosga“. Und den Vorsprung der Union in den Umfragen, die zwischen 34 und 36 Prozent liegt, quittierte er mit: „Das ist eine sehr aufholbare Größenordnung.“ Gut möglich, dass Scholz in der Abgeschiedenheit seiner Filterblase wahrhaftig glaubt, dort draußen im Lande würde noch jemand auf ihn warten.



Nicht nur mit seiner Koalition vor einem Scherbenhaufen, sondern wahrscheinlich auch am Ende seiner politischen Laufbahn: Noch-Bundeskanzler Olaf Scholz

Foto: picture alliance/dpa/Wolfgang Kumm

FDP

Lindners letzte Ausfahrt aus einer dreijährigen Irrfahrt

In der Ampel trugen die Liberalen so manches illiberale Projekt mit. Am Ende hatten sie genug von ihren Koalitionspartnern

Es könnte sein, dass Christian Lindner noch einmal die Kurve bekommen hat. Sein entschlossenes Vorgehen beim Scheitern der Ampelkoalition hat die Reihen intern erst einmal geschlossen. Es war wohl seine allerletzte Chance.

Das ewige Feuer der Unzufriedenheit

Seit den negativen Erfahrungen aus der Wahlperiode von 2009 bis 2013, als sich die FDP als Juniorpartner der CDU nach Herzenslust zerlegte, hat sich die Partei nach innen diszipliniert gegeben. Hingegen haben sich führende Funktionäre immer stärker an den Bündnispartnern abgearbeitet. Am Ende gab es wohl nur noch einen, der die Ampel irgendwie gut fand: Verkehrsminister Volker Wissing. Der Rheinland-Pfälzer genoss Ansehen in der Partei, weil er seinen Landesverband lange stabil hielt. Dass es im Südwesten des Öfteren zu funktionierenden Koalitionen

mit der SPD kam, war da kein Hindernis, im Gegenteil.

2020 berief Lindner den damaligen Landesminister Wissing zum Generalsekretär der Bundespartei, beauftragte ihn anschließend mit der Wahlkampfleitung und handelte 2021 mit ihm das Ampelbündnis aus. Aber weder inhaltlich noch menschlich standen sich der Parteichef und der passionierte Winzer sonderlich nahe. Vor wenigen Wochen positionierte sich Wissing in einem Artikel eindeutig pro Ampel und erzürnte damit seine Parteifreunde, erhielt aber freundlichen Beifall von der SPD. „Wissing gegen Lindner – in der FDP schwelt ein gefährlicher Konflikt“, titelte daraufhin der „stern“.

Die Koalitionspartner waren am Ende nur noch genervt voneinander. Führende Sozialdemokraten ärgerten sich über die Facebook-Tiraden des FDP-Vize Wolfgang Kubicki. Die Grünen registrierten pikiert,

dass sie von zahlreichen FDP-Granden als Grundübel und Ursache des eigenen Niedergangs ausgemacht wurden.

Und in der FDP schwelte derweil das Feuerchen der Unzufriedenheit. Eine gegen den Willen der Parteiführung – und von dieser eher halbherzig durchgeführte – Mitgliederbefragung zum Verbleib in der Ampel im vergangenen Winter endete fast mit einem Debakel für Lindner und Co. Mehr als 47 Prozent stimmten für einen Koalitionsausstieg. Anfang des Monats gab es nun aus Hessen einen ähnlichen Vorstoß. Generalsekretär Bijan Djir-Sarai soll intern daraufhin gewiesen haben, dass das Unterfangen Erfolg haben könnte. An der Basis ging man davon aus, dass bis zu 75 Prozent den Daumen senken würden.

Die Meinung der Basis war eindeutig

Von den eigenen Mitgliedern quasi abwählen lassen, wollte sich Lindner dann

Von den eigenen Mitgliedern quasi abwählen lassen, wollte sich Lindner dann auch nicht. Also positionierte er seine Thesen zu einem wirtschaftlichen Wandel an prominenter Stelle

auch nicht. Also positionierte er seine Thesen zu einem wirtschaftlichen Wandel an prominenter Stelle. Grüne und SPD verstanden es so, wie es gemeint war: als Frontalangriff auf die Ampel. Dennoch wurde der „Chef“ der Liberalen aus den eigenen Reihen angegangen. Er würde „eine seiner vielen Inszenierungen“ auf-führen, polterte der frühere Vizepräsident des Landtags von Nordrhein-Westfalen, Gerhard Papke. Und Parteigeneral Djir-Sarai meldete, die Basis sei für einen Wahlkampf an der Seite der Ampelparteien kaum noch zu mobilisieren. Also nutzte Lindner die letzte Ausfahrt. Und bekommt Beifall aus allen Gliederungen der Partei.

Schon sickern erste Gerüchte durch. Als „bürgerliche Protestpartei“ wolle die FDP in den kommenden Wahlkampf ziehen. Lindner dürfte sich wieder einmal neu erfinden.

Peter Entinger

Dammbruch der Wirklichkeit

Was für eine ereignisreiche Zeit! Während in den USA das linksliberale Establishment eine Niederlage einstecken muss, bricht in Deutschland die Ampelkoalition auseinander. Selbst das Bröckeln der Brandmauer zur AfD scheint plötzlich möglich

VON WERNER J. PATZELT

Eigentlich könnte jeder wissen, dass sich beim Zusammenprall von Wirklichkeit und Illusion stets die Wirklichkeit durchsetzt. Selbst jahrzehntelanger Kommunismus erschuf nirgendwo einen „neuen Menschen“. Stattdessen erwies sich seine – von manchen gar gut gemeinte – Tyrannei als der alleraufwendigste Umweg vom Kapitalismus zum Kapitalismus. Auch deshalb begeistert die – laut Eigendarstellung – „wissenschaftliche Weltanschauung“ des Kommunismus heute nicht mehr viele. Doch die Grundhaltung des Prinzips „follow the science“ ist geblieben. Nur lehrt „die Wissenschaft“ heute anderes, etwa die unvermeidliche Klimakatastrophe, den unreflektiert-verbrecherischen Charakter von Leuten mit weißer Hautfarbe oder dass es falsch ist, Familien für natürliche Gesellungsformen zu halten.

Der Trump-Schock

Wieder einmal stehen die selbst ernannt Aufgewachten und Erleuchteten den vermeintlich intellektuell Schläfrigen und politisch Blinden gegenüber. Die ersteren erheben sich, wie 2017 von Hillary Clinton in einer Wahlkampfrede formuliert, in ihre lichten Höhen stets dann, wenn die anderen, etwa Donald Trump & Co., in die Sumpfgebiete des Populismus hinabsteigen. Wie schön war da doch die Hoffnung, eine – auch im Vergleich mit den Obamas? – schwarze Präsidentin Harris aus den Reihen anständiger Demokraten würde die von Trump besudelten USA erneut in ethische Gefilde führen, wo sich sogar den Deutschen ihr Anspruch auf moralische Überlegenheit bestreiten ließe.

Doch dann schockierte Trumps höchst solide Wiederwahl. Dabei waren vorab erhebliche Feldvorteile für Harris vorhergesagt worden. Aber in den Weiten des Mittleren Westens und im tiefen Süden der USA war die Wirklichkeit eben anders, als man sie sich an nordamerikanischen Ost- und Westküsten vorstellte. Dort fühlt sich das, was ist, unter einfachen Leuten ziemlich anders an, als die im Kreis von Künstlern oder Intellektuellen beschriebene Wirklichkeit aussieht. Weithin verhält es sich in Europa ähnlich. Doch warum sagt das den amerikanischen und europäischen Prestige-Eliten niemand? Schlimmstenfalls wohl deshalb, weil von denen kein aufstrebender Journalist ausgegrenzt werden möchte. Und gewiss auch deshalb, weil die Lebenslügen von Medienlieblingen nun einmal längere Beine haben als bauernschlaue Lebenslügen von Kreti und Pleti.

Das Ende einer nie gewollten Koalition

Damit wären wir auch schon bei den Stars unserer erlöschenden Bundesampel. Immer noch macht sich keine Edelfeder lustig über einen philosophierenden Vizekanzler, der seit drei Jahren auch als Wirtschaftsminister dilettiert. Und bei einer feministisch-wertebundenen Außenpolitikerin, die nach ihrer Selbsteinschätzung „vom Völkerrecht kommt“, berauscht grünfreudige Fernsehtalker weiterhin, dass sie – auch gut bezahlten „Visagist*innen“ sei Dank – zweifellos „bella figura“ macht.

Geschwiegen aber wird gut wittgensteinisch von dem, wovon sich eben nicht sprechen lässt, im Fall unserer Regierung nämlich von staatsmännischer, auch staatsförmlicher Kompetenz. Über den mangelnden Lieferservice des einst Führung versprechenden Kanzlers geht man am besten barmherzig hinweg. Immerhin kann unser Olaf – nein, der bekennende Nicht-Comedian! – auch gar nichts dafür, dass ihn ein falscher Lindwurm von der FDP seit Jahren nach Strich und Faden ausbremst. Endlich hat er ihn durchschaut und gefeuert.



Fortgesetzte Ignoranz der Wirklichkeit: Während in den USA der vom Establishment geschmähte Donald Trump einen großen Sieg feiert, darf in Deutschland Robert Habeck ohne kritische Nachfragen weiter seine wirtschaftspolitischen Märchen erzählen



FOTO: (MONTAGE) PICTURE ALLIANCE/ASSOCIATED PRESS/ALEX BRANDON; QUELLE: ROBERT HABECK VIDEO/SCREENSHOT

satz, für den man hierzulande von Gerichten verurteilt wird.

Bleibt vom Eindringen der Wirklichkeit in unsere Weltbilder noch jenes Geschenk, „wertvoller als Gold“ nach Ansicht einer grünen Gutmenschin, das uns Merkels freundliches Gesicht bescherte. Tatsächlich gelang der Import einer neuen Dienstleistungsklasse; gut so! Hoffentlich lassen die angekündigten Ingenieure und Ärzte nun auch nicht länger auf sich warten. Und die Einzelfälle von Messerstechereien oder Vergewaltigungen? Lernen wir eben, dass man neuen Mitbürgern nicht mit Provokationen oder weiblichem Verführungsgehebe gegenüberzutreten soll. Und erziehen wir erst einmal die Dunkeldeutschen, bevor wir Fluchttraumatisierten mit Zumutungen kommen.

Das alles wären „fake news“ und „Hassrede“? Glaubt das nur gerne und behauptet, die Wirklichkeit wäre gerade so, wie Ihr sie hoffnungsfroh seht! Wer will sich schon auch eine gute Story durch allzu viel Recherchieren verderben? Hilflose Eltern sagten früher ihrem Kind, wenn in halbreligiösen Kreisen die befürchtete Frage nach der Existenz Gottes aufkam: „Wenn du nur fest genug an ihn glaubst, dann wird es ihn auch geben!“ Doch allenfalls metaphorisch kann der Glaube Berge versetzen, real sie schaffen aber nie – zumindest nicht durch Menschenhand. Aber auch in Glaubensfragen bricht die Wirklichkeit irgendwann durch. Bei Paul Claudel war es ein überraschendes Rendezvous mit dem Göttlichen zur Weihnachtszeit – und bei der zeitenwendenden Bundesregierung eine höchst reale russische Aggression.

Das Problem der Brandmauern

Und die Brandmauern zur Abwehr der AfD-Gefahr in Hochschulen und Volksvertretungen? Die Union merkt allmählich, dass sie fruchtbares politisches Ackerland für den alleinigen AfD-Gebrauch umfriedet und sich selbst mit einer Mauer der Art umgeben hat, wie sie einst die heile Welt des Realsozialismus gegen kapitalistisch-imperialistische Übergriffe schützte. Wie schön, dass auch die neue Mauer ein „antifaschistischer Schutzwall“ ist! Was mit wohlgeordneten Verhältnissen nach dessen fahrlässigem Bruch geschieht, haben wir nach 1989 ja gesehen. Wehret deshalb den Anfängen, und zwar jetzt! Tatsächlich tut das die Union weiterhin lammfromm und kreuzbrav an der Seite der Maueringenieure zu ihrer Linken.

Ihrerseits merkt die AfD, dass ihr Spitzenwerte an Wahlabenden, die sie mit wählerattraktivstem Verbalradikalismus errungen hat, für das politische Gestalten rein gar nichts nutzen. Alle Wählerpotentialanalysen zeigen nämlich, dass es zu einer absoluten AfD-Mehrheit nirgends reichen wird. Vielleicht wird diese Partei ja eher noch als die Union merken, dass der Weg zu unser Land reparierenden Reformen nicht ohne seriös ausgehandelte Koalitionen zwischen Union und AfD zu begehen sein wird.

Das einzusehen, könnte dann zum Anfang vom Ende jener Lebenslüge werden, die nicht nur der Union und der AfD schadet, sondern noch mehr unserem Land. Es tut seiner repräsentativen Demokratie nämlich gar nicht gut, wenn eine konservativ-rechte Bevölkerungsmehrheit immer wieder Mitte-Links-Regierungen vorgesetzt bekommt.

● Prof. Dr. Werner J. Patzelt war von 1991 bis 2019 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden und ist derzeit Forschungsdirektor des Mathias Corvinus Collegiums in Brüssel. Zu seinen Werken gehören „CDU, AfD und noch mehr politische Torheiten. Neue Analysen, Interviews und Kommentare 2019–2024“ (Weltbuch 2024) sowie „Ungarn verstehen“ (Langen Müller 2023). www.wjpatzelt.de

Doch womöglich sollte man mit der auf eine Fußgängerampel reduzierten Koalition milder verfahren. Zustände kam sie ja nur, weil nach 16 Merkel-Jahren das Land nach neuen Gesichtern lechzte und die Union inhaltlich ausgelaugt, die allzeit progressive SPD also unverzichtbar war. Außerdem waren die Grünen mit dem Regieren jetzt wieder einmal dran. Die Bundes-Angela hatte dem durch die Vergrünung ihrer eigenen Partei vorgearbeitet, und die Bundes-Annalena war ohnehin bereits als kommende Kanzlerin gehandelt worden – sehr zum Leidwesen ihres baldigen Nachfolgers als grüner Kanzlerkandidat.

Da blieb, diesmal formuliert ohne Ironie, der FDP auch nichts anderes übrig, als lieber schlecht denn gleich gar nicht zu regieren. Ohnehin hätte unter den Umständen des Jahres 2021 weder der Papst den Bannfluch noch der iranische Revolutionsführer jene Fatwa gegen die AfD aufheben können, die schon das bloße Erwägen möglicher Kooperationen mit dieser Partei zum mit Höchststrafe belegten Tabu macht. Und also musste es einfach ampeln. Sich im Wesentlichen auf eine entlang der „reinen Lehre“ verschärfte Fortsetzung des GroKo-Kurses bei der Migrations- und Energiepolitik verständigend, ließ sich die SPD alternativlos auf das Abenteuer ein, mit Grünen und FDP zwei Parteien zusammenzuspannen, die zuvor einander jahrelang wie Hund und Katze traktiert hatten. Was herauskam, hätte Franz Josef Strauß so beschrieben: „Sie zogen aus, um Deutschland zu reformieren, und haben einen Saustall sondern gleichen angerichtet.“

Mehr als das Scheitern einer Regierung

Doch am Scheitern sind derzeit die Politikvisionen einer ganzen Generation. Anscheinend hat diese zu Schulzeiten politische Weltkunde vor allem als ein Quasselfach erlebt. Jetzt stellt sie sich die Wirklichkeit vor wie Plastilin, das nach eigenen Wünschen zu kneten die Aufgabe fortschrittlicher Politik wäre.

Freilich prügelte auf die Ampelkoalitionäre die Wirklichkeit selbst ein. Der russische

Angriffskrieg machte aus einst fundamentalpazifistischen Grünen Deutschlands bellizistischste Partei. Die ist zwar nicht kriegslüsternd, doch tief erfüllt von traditionellen deutschen Hoffnungen, bei Opferbereitschaft winke zwar vielleicht nicht der Endsieg, doch immerhin ein Siegfrieden.

Leider wurde die Wende hin zu „erneuerbaren Energien“, für die der Sonnen- oder Windgott keine Rechnungen schickt, doch teurer als die einst in Aussicht gestellte Kugel Eis pro Kopf. Wer hätte auch ausrechnen können, in welcher Höhe Investitionskosten für die Infrastruktur anfallen würden, oder gar Importkosten für jene Strommengen, die zur Absicherung der Grundlast in Flauten- und Schlechtwetterzeiten zugekauft werden müssen? Blöd nur, dass Deutschlands Kernkraftwerke angeblich so marode waren, dass sie zur Abwendung einer nuklearen Katastrophe gerade dann abgeschaltet werden mussten, als man uns wider jegliches Erwarten das russische Gas abdrehte. Oder war das die Folge unserer Sanktionspolitik? Woher soll man das denn wissen?

Wo die Ampel geliefert hat

Jedenfalls kann man Grünen und Sozis keineswegs vorwerfen, sie hätten zwei ihrer Politikvisionen nicht verwirklicht. Jahrelang erklärten sie, Energie sei zu billig. Nun hat sie unser Energieminister endlich verteuert. Und seit Langem träumte eine Linke, die sich an den „Grenzen des Wachstums“ so wähnte wie jetzt im Vorfeld einer Klimakatastrophe, vom heilsamen Nullwachstum. Auch das hat Wirtschaftsminister Habeck herbeiregiert.

Da soll noch einer sagen, alle Politiker brächen ihre Versprechen! Wer konnte denn ahnen, dass energieintensive Unternehmen aus schnödem Eigeninteresse ihre Produktion samt Arbeitsplätzen und Steuern ins Ausland verlagern würden? Doch wahrscheinlich können sie, dem Beispiel von manchen grünen Größen folgend, inzwischen auch ihrerseits „mit Deutschland nichts anfangen“. Das ist aber letztlich gar nicht schlecht; „Alles für Deutschland“ ist immerhin ein Faschisten-

—
Es tut einer repräsentativen Demokratie gar nicht gut, wenn eine konservativ-rechte Bevölkerungsmehrheit immer wieder Mitte-Links-Regierungen vorgesetzt bekommt

● MELDUNGEN

Immer mehr Diebstähle

Köln – Laut der polizeilichen Kriminalstatistik 2023 wurden im gleichen Jahr rund 426.000 Ladendiebstähle angezeigt – ein Viertel mehr als 2022. Das ist jedoch nur die Spitze des Eisberges, weil die Dunkelziffer im Falle dieses Deliktes bei schätzungsweise 99,5 Prozent liegt, wie eine Untersuchung des EHI Retail Institute in Köln ergab. Das heißt, an jedem Verkaufstag blieben etwa 140.000 Ladendiebstähle mit einem Warenwert von durchschnittlich 117 Euro unentdeckt. Damit trug der Handel 2023 Verluste in Höhe von über fünf Milliarden Euro davon. 30 Prozent des Gesamtschadens verursachten dabei professionelle Diebesbanden. Gleichzeitig entgingen dem Fiskus hunderte Millionen Euro Mehrwertsteuer. Um den Diebstählen Einhalt zu gebieten, investierte der Handel 2023 an die 1,55 Milliarden Euro. Diese Kosten werden an ehrliche Kunden weitergereicht. W.K.

Löschanträge: Berlin führend

Berlin – Aus der Bundesrepublik Deutschland kommen die mit großem Abstand meisten Anträge hinsichtlich der Löschung angeblich „illegaler oder schädlicher“ Inhalte auf der Nachrichtenplattform X. Dies geht aus dem jüngsten Transparenzbericht des Unternehmens hervor, der einen Zeitraum von drei Monaten abdeckt: 2465 der 2758 Anträge auf der Grundlage des EU-Gesetzes über digitale Dienste (DSA) von 2022 stammten aus Deutschland. Nachfolgend rangierten Spanien mit 39 und Polen mit 27 Anträgen. Bemerkenswerterweise bezogen sich die Löschanträge aus Deutschland meist auf englischsprachige Inhalte bei X. Kritiker bemängeln nun, dass das Versprechen von Elon Musk, X zu einem „Marktplatz der freien Rede“ zu machen, nicht eingehalten werde, weil sich die Plattform dem Druck der EU beuge und staatliche Zensurmaßnahmen unterstütze. Und tatsächlich kamen 60 Prozent der Löschanträge aus Deutschland von Behörden. W.K.

Steuerzahler zu sehr belastet

Berlin – Laut dem 6. Steuerprogressionsbericht, der dem Bundestag kürzlich vorgelegt wurde, sind in diesem Jahr 35,1 Millionen Steuerpflichtige mit durchschnittlich rund 273 Euro von der Kalten Progression betroffen. Sie führt zu Steuermehrbelastungen, die entstehen, wenn Einkommenserhöhungen lediglich die Inflation ausgleichen, die Realeinkommen somit aber unverändert bleiben. Zum Ausgleich der Kalten Progression passt der Staat die Tarife in der Einkommensteuer regelmäßig an. Als Basis hierfür wird der Steuerprogressionsbericht herangezogen. Der aktuelle Bericht beziffert die Wirkung der Kalten Progression in diesem Jahr auf insgesamt 9,8 Milliarden Euro und 2025 auf schätzungsweise 7,9 Milliarden Euro. Die letzte Anpassung stammt vom Dezember 2022. Ex-Finanzminister Christian Lindner (FDP) hatte sich in seiner Amtszeit angesichts dieser Daten für eine höhere Entlastung der Bürger ausgesprochen. MRK



FOTO: IMAGO/JOCHEN TACK

Die Brücke über die Mosel nach Schengen: Grenzübergang zwischen Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg

ZURÜCKWEISUNGS-POSSE

Verschunden im Nirgendwo

Von 32 Illegalen an Luxemburgs Grenze kamen nur zwei im Großherzogtum an

VON BODO BOST

Die deutsche Grenze mit Luxemburgs Ostgrenze besteht seit dem Wiener Kongress im Jahr 1815, auf dem sie einst festgelegt wurde, nur aus Grenzflüssen. Die Kontrollstellen befinden sich also stets auf Brücken über Flüssen wie der Mosel, der Sauer und der Our. Meistens wurden diese Kontrollstellen seit den Schengener Abkommen aus dem Jahr 1985 wieder abgebaut. Jetzt wurden allerdings zur Bekämpfung der irregulären Zuwanderung die deutschen Grenzkontrollen auch zu Luxemburg wieder eingeführt. Seit dem 16. September kontrolliert nun die Bundesrepublik Deutschland wieder seine Außengrenzen.

Luxemburg ist gefordert

An der Grenze zu Luxemburg sind zwei permanente Checkpoints wieder aufgebaut worden. Einer hinter der Autobahnbrücke Richtung Trier und ein weiterer hinter der Autobahn Richtung Saarbrücken

hinter dem Ort Schengen. Symbolischer könnte die deutsche Klatsche gegen die mit Schengen verbundenen offenen Grenzen in der EU nicht sein.

Die Polizisten haben den Auftrag, Personen die Einreise zu verweigern, die keine Berechtigung für den Grenzübergang haben – und bei der Kontrolle zudem das Wort Asyl zu sagen vergessen. Ein Sprecher der Trierer Polizeiinspektion erklärte vor Kurzem der Luxemburger Tageszeitung „Tageblatt“, bei wem das der Fall ist: „Menschen, die kein Visum, keinen Aufenthaltstitel oder sogar eine Einreisesperre haben“. Wenn solche Menschen nachweislich aus Luxemburg kämen, dann könnten sie auch dorthin zurückgewiesen werden, betonte der Polizeisprecher. „Dann müssen auch die Luxemburger endlich einmal ihre Arbeit machen“, heißt es im Trierer Volksmund bereits.

Eine fast alberne Irrfahrt

Konkret werden betroffene Personen jedoch erst einmal auf die Bundespolizeiwache nach Trier gebracht, also doch auf

deutsches Territorium gelassen, weil sich auf der Luxemburger Seite der Grenze keine Polizeistationen befinden, denen man die irregulären Grenzüberschreiter übergeben könnte. In Trier werden erst einmal die erkennungsdienstlichen Maßnahmen ergriffen, also Fingerabdrücke, Fotos und vieles mehr. Von der Inspektion geht es dann auf der Bundesstraße zurück nach Wasserbillig in Luxemburg, wo sich eine Luxemburger Polizeistation befindet, um die Übergabe regulär durchzuführen. Dieser Vorgang und Ablauf geschieht in Ab- und Rücksprache mit der Luxemburger Polizei.

Keiner weiß, wohin sie gehen

Allerdings mangelt es bedenklich bei diesen Rücksprachen und Übergaben an zählbaren Ergebnissen. Denn laut Auskunft der Bundespolizei erfolgten allein im Zeitraum zwischen dem 16. September und 30. September „insgesamt 32 Zurückweisungen an die Luxemburger Kollegen“. Auf Luxemburger Seite weiß man nur von wesentlich weniger Fällen. Die

Luxemburger Polizei erklärte am 4. Oktober dem „Tageblatt“, dass „seit Beginn der derzeitigen Kontrollen seitens der deutschen Polizei nur eine Person an die Luxemburger Polizei übergeben wurde“. Am 15. Oktober erklärte Luxemburgs Innenminister, dass dann „doch zwei Personen an die Police grand-ducale übergeben wurden“. Beide irregulären Personen konnten das Luxemburger Kommissariat allerdings wieder als freie Menschen verlassen. Wohin, wusste die Luxemburger Polizei aber nicht.

Solche überaus merkwürdigen zahlenmäßigen Differenzen bei Rücküberführungen von irregulär Eingereisten im bilateralen Grenzverkehr sind erstaunlich. 32 minus zwei ergibt 30. Heißt somit: Was mit den verbliebenden 30 rücküberführten Ausländern geschehen ist, konnte weder die deutsche noch die Luxemburger Polizei erklären. Offenbar weiß die Polizei trotz Kontrollen nicht, was an den Grenzen wirklich passiert. So etwas nennt man Kontrollverlust.

Frage der Interpretation

Die Luxemburger Regierung zweifelt an der Legalität der deutschen Grenz-Zurückweisungen. Das hat sie gleich mehrmals bekundet. Der legale Rahmen wird in Deutschland anders interpretiert als in Luxemburg. Auch wenn Luxemburg laut dem Dublin-Verfahren für eine Person zuständig wäre, ist das nach Luxemburger Verständnis der Dublin-Verträge eine Prozedur nicht zwischen den jeweiligen Polizeibehörden, sondern zwischen den Einwanderungsbehörden.

In Deutschland kann ein Migrant einen Antrag auf Asyl bei der Polizei stellen, in Luxemburg nicht. Deshalb hat Luxemburg die meisten der 32 von Deutschland zurückgewiesenen Migranten gar nicht erst registriert, sondern hat sie einfach von dannen ziehen lassen. Die beiden, die man aus irgendeinem Grund doch registriert hat, wurden nach einer Registrierung ebenfalls weggeschickt.

Luxemburg ist der Meinung, dass vermehrte Grenzkontrollen auch zu vermehrten Asylanträgen führen, ganz im Gegensatz zu Deutschland, das das Gegenteil behauptet. Dabei war Luxemburg, als es um die Asylreform innerhalb der EU ging, noch der engste Partner von Deutschland. Wenn es bei schlichten Grenzkontrollen schon bereits solche gravierenden Missverständnisse beim Asylrecht zwischen eigentlich engen Partnern und Nachbarn gibt, wie groß müssen diese dann erst auf EU-Ebene sein? Es ist daher fraglich, ob in und mit der Europäischen Union generell eine Lösung des Asylproblems gefunden werden kann, so wie es insgeheim viele hoffen – und auch versprechen.

ARBEITSMARKT

Nervende Zeitkiller im Berufsleben

Immer mehr Arbeitnehmer sind unzufrieden, weil sie zu wenig sinnvoll gefördert und gefordert werden

Der Alltag in deutschen Unternehmen ist nicht so harmonisch wie gedacht. Denn mehr als ein Arbeitstag pro Woche geht in Deutschland durch ineffiziente Tätigkeiten verloren. Das ist das Ergebnis einer Umfrage. Im Schnitt verbringen die befragten Vollzeitbeschäftigten nach eigenen Angaben 8,7 Stunden ihrer Arbeitswoche mit unproduktiven Tätigkeiten wie unnötigen Besprechungen. Die Studienreihe „Hiring Trends Index“ ist eine quartalsweise erscheinende Untersuchung der Stepstone Group, einem Arbeitsmarktportal. Dafür wurden knapp 6000 deutsche Arbeitnehmer befragt.

Meetings sind nicht per se schlecht. Sie haben einen hohen Wert für die Kommunikation. Es ist eher deren schlechte Organisation, die den Menschen die Lust am Arbeiten nimmt. „Wenn man Arbeits-

zeit nicht sinnvoll einsetzt, ist das Verschwendung kostbarer Zeit und Ressourcen – gerade, wenn aufgrund des demographischen Wandels mehr Menschen aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden als nachrücken werden“, so Stepstone-Arbeitsmarktexperte Tobias Zimmermann.

Nehmen Beschäftigte an 14,4 Sitzungsstunden pro Woche teil, halten dies nur 9,5 für wichtig. Geschäftsführer und leitende Angestellte halten 6,5 Stunden ihrer Sitzungen für unnötig. Aus Sicht der Beschäftigten gibt es aber mehrere Faktoren, die zur Leistungssteigerung führen könnten. 46 Prozent wünschen sich eine klare Kommunikation ihrer Führungskraft, 37 Prozent wollen einfachere Prozesse. 30 Prozent plädieren für mehr Schulungs- und Entwicklungsmöglichkeiten sowie Investitionen in bessere Technologien.

Fast die Hälfte aller Befragten ist unzufrieden mit den Zuständen im Unternehmen, mehr als zwei Drittel davon sind sogar aktiv auf der Suche nach einer neuen Stelle. „Wir brauchen jeden Menschen im richtigen Job. Dafür müssen Jobanforderungen und Kenntnisse von Mitarbeitenden bestmöglich übereinstimmen“, sagt Zimmermann.

In einer auf die Wechselabsichten der Beschäftigten angelegten Studie wird dieser Trend belegt. Fast drei Viertel der Befragten denken monatlich über einen Jobwechsel nach – 2023 waren es 64 Prozent. 2021 waren es nur etwas mehr als die Hälfte. Die Hauptgründe sind demnach der Wunsch nach mehr Geld (35 Prozent), Unzufriedenheit im Job (34 Prozent) und zu viel Stress (33 Prozent). Aber auch bessere Angebote spielen eine Rolle. Im

Schnitt dauert es aber 15 Wochen, bis man von der Jobsuche zur Vertragsunterzeichnung kommt. Viele empfinden das als viel zu lang: Über ein Viertel beklagt zu lange Einstellungsprozesse oder fehlendes Feedback. „Unternehmen können es sich nicht mehr leisten, Kandidaten unnötig warten zu lassen“, sagt Zimmermann. Bei der Wahl eines optimalen Arbeitgebers sind Urlaubstage (70 Prozent), Gehalt (66 Prozent) und Jobsicherheit (63 Prozent) die wichtigsten Faktoren. Und dann schließt sich der Kreis wieder. Auch der Wunsch nach sinnvollen Tätigkeiten (58 Prozent) und sinnvollen Aufgaben (55 Prozent) sind entscheidende Faktoren. „Arbeitgeber, die nicht mehr zahlen können, müssen umso mehr die Sinnhaftigkeit ihrer Tätigkeit kommunizieren“, heißt es in der Umfrage. Peter Entinger

REGIERUNGSVIERTEL

Bauboom bei der Bundesregierung

Während der Wohnungsbau darniederliegt, gönnt sich die Politik in Berlin milliardenteure Projekte

VON HERMANN MÜLLER

Wie schon in den Vorjahren hat die Bundesregierung auch 2023 ihr Wohnungsbauziel drastisch verfehlt. Gebaut wurden statt der angekündigten 400.000 neuen Wohnungen gerade einmal 294.000. Immobilienexperten rechnen damit, dass trotz hoher Nachfrage auch in diesem und den kommenden Jahren zu wenig Wohnungen und vor allem viel zu wenig Sozialwohnungen entstehen werden.

In aufreizendem Kontrast zur bundesweiten Flaute im Wohnungsbau stehen die Bauaktivitäten des Bundes in eigener Sache. Trotz klammer Kassen herrscht in Berlins Regierungsviertel ein regelrechter Bauboom. Die diversen Projekte des Bundes spielten auch im Haushaltsstreit der mittlerweile geplatzten Ampelkoalition immer wieder eine Rolle.

Der von Olaf Scholz als Finanzminister gefeuerte Christian Lindner hatte im Fall seines eigenen Ministeriums an der Berliner Wilhelmstraße erklärt, dass er einen geplanten Erweiterungsbau für verzichtbar halte. Die Planung für das Projekt hatte noch Scholz im Jahr 2019 während seiner Amtszeit als Finanzminister in Auftrag gegeben. Das Gebäude sollte zwischen 600 und 800 Millionen Euro kosten und ab 2025 gebaut werden. In diesem einen Fall konnte Lindner einen Verzicht durchsetzen, eine Reihe anderer Projekte konnte er nicht mehr stoppen.

Geld spielt offenbar keine Rolle

Beim größten Bauvorhaben des Bundes, der Erweiterung des Kanzleramts, setzte sich Scholz durch. Im Stil der Basta-Ansagen seines Parteigenossen Gerhard Schröder erklärte der Kanzler im März: „Wir haben Entscheidungen getroffen schon in der letzten Legislaturperiode, und die entsprechenden Abarbeitungsschritte sind im Gange, wie man ja sehen kann, wenn man sich umguckt.“

Bei den inzwischen angelaufenen Bauarbeiten für die Erweiterung des Kanzleramts entsteht gegenüber der bereits bestehenden Regierungszentrale auf der anderen Seite der Spree ein Neubau für nochmals 400 Beschäftigte. Mit dem bogenförmigen Neubau samt einem Hub-schrauberlandeplatz wird sich die Fläche



Kosten könnten sich mehr als verdoppeln: Erweiterungsbaustelle des Kanzleramts Anfang Oktober

des Kanzleramts von 25.000 auf 50.000 Quadratmeter vergrößern.

Laut einer Schätzung vom vergangenen Herbst wird der Sandsteinbau an der Spree etwa 777 Millionen Euro kosten, ursprünglich hatten die Planer mit 485 Millionen kalkuliert. Beobachter halten es für möglich, dass der Bau bis zur geplanten Fertigstellung im Jahr 2028 auch gut eine Milliarde Euro verschlingen könnte. Neben dem geschassten Finanzminister hatte auch der Bund der Steuerzahler vergeblich einen Verzicht auf den Erweiterungsbau gefordert. Vom Bundesrechnungshof kamen zudem Nachfragen hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und einer möglichen Kostenexplosion des Projekts.

Solche Fragen drängen sich auch bei einem vorübergehenden Ausweichquartier für das Bundespräsidialamt auf. Dieses soll 205 Millionen Euro kosten, aber lediglich für fünf Jahre als Unterkunft für das Staatsoberhaupt und seine Mitarbeiter dienen. Während dieser Zeit soll der eigentliche Amtssitz der Bundespräsidenten,

das Schloss Bellevue, renoviert werden. Die Kosten für die Komplettsanierung des Schlosses werden mittlerweile auf einen Betrag zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Euro taxiert. Obwohl der Bund in Berlin über 276.000 Quadratmeter Büroflächen verfügt, hält der Bund an der Idee fest, extra ein Ausweichquartier neu zu bauen.

Der Bundestag, das Umweltministerium, das Auswärtige Amt und das Innenministerium sollen ebenfalls Neu- und Ergänzungsbauten erhalten. Allein für den Bundestag sind für die Neubauvorhaben Elisabeth-Selbert-Haus, Besucherzentrum und Sicherheitsgraben im aktuellen Haushalt 328 Millionen Euro angesetzt.

Kleinerer Bundestag – mehr Platz

Bei der Erweiterung des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses des Bundestags haben sich seit dem Baubeginn im Jahr 2010 die Kosten von ursprünglich 190 Millionen Euro auf mittlerweile rund 366 Millionen Euro fast verdoppelt. Immerhin ist bei

dem Pannenprojekt nun absehbar, dass es der Bundestag bald nutzen kann. Auch bei der Sanierung der ehemaligen US-Botschaft in der Neustädtischen Kirchstraße, die sich heute im Besitz des Bundes befindet, ist mit einer Verdoppelung der Kosten von ursprünglich rund 50,6 Millionen Euro auf etwa 100 Millionen zu rechnen. Die Übergabe an den Bundestag ist für 2027 geplant.

Ungeachtet der Diskussion um eine Verkleinerung des Parlaments soll der Bundestag im Gebiet zwischen dem Bahnhof Friedrichstraße, dem Schiffbauerdamm, der Luisenstraße und der Stadtbahntrasse mit dem Luisenblock-Ost überdies weitere Büros und Tagungsräume erhalten. „Risikokosten mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit“ eingerechnet, könnten sich die Kosten dieses geplanten Baus am Ende auf 890 Millionen Euro belaufen.

Schließlich ist auch noch beim Bundesrat ein Anbau geplant, der von den Haushältern des Bundestags derzeit mit 132 Millionen Euro kalkuliert wird.

BILDUNG

Alarm bei den Berliner Musikschulen

Kostenlawine befürchtet: Gerichtsurteil könnte die Festanstellung von Honorarkräften erzwingen

63.000 Berliner Kinder erhalten Musikunterricht an Musikschulen. Dieser Unterricht ist nun gefährdet. 2022 hatte das Bundessozialgericht einer nicht fest angestellten Musiklehrerin in Baden-Württemberg recht gegeben, die auf eine Festanstellung geklagt hatte, weil sie nur als Honorarkraft Geld bekam. Das Gericht nannte für die Versicherungspflicht Kriterien wie etwa die Arbeit in festen Räumen der Musikschule. Die Frage ist, ob die Honorarkräfte als selbstständig Tätige zu betrachten sind oder „in den Betrieb eingegliedert“ sind. Nur im letzteren Fall gilt Beitragspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung. Insoweit kann das Urteil des Bundessozialgerichts als Einzelfallentscheidung betrachtet werden.

Drei Viertel der Berliner Musikschullehrer arbeiten zurzeit als Honorarkräfte.

Bisher verzichtet die Deutsche Rentenversicherung darauf, den Sozialversicherungsstatus der Honorarkräfte generell zu überprüfen. Der Senat hofft, dass auch weiter Honorarkräfte an den städtischen Musikschulen und Volkshochschulen eingesetzt werden können.

Eine Festanstellung der Honorarkräfte würde den Haushalt Berlins enorm belasten und wäre frühestens ab 2026 möglich. Im aktuellen Doppelhaushalt 2024/2025 sind laut Berlins Finanzsenator Stefan Evers (CDU) keine zusätzlichen Mittel veranschlagt, um mögliche Festanstellungen von Lehrkräften an Musik- und Volkshochschulen zu finanzieren. Die Festanstellung aller Honorarkräfte würde nach der Einschätzung von Kultursenator Joe Chialo (CDU) 20 Millionen Euro jährlich kosten.

Sollten in Berlin alle Musiklehrer einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsvertrag erhalten, müssten möglicherweise 25 bis 30 Prozent der Lehrer entlassen werden. Die Konsequenz wäre, dass mindestens 18.000 von bisher 63.000 Musikschülern keinen Unterricht mehr erhalten könnten. Almut Tippelmann von der Leo-Borchard-Musikschule: „Schüler aus dem Großbürgertum könnten wohl auf private Schulen ausweichen. Aber für ärmere Kinder könnte das ein schnelles Ende für den Musikunterricht bedeuten ... Das wäre extrem unsozial.“

Andreas Köhn von der Gewerkschaft Verdi wendet ein: „An den zwölf öffentlichen Berliner Musikschulen sind nur 25 Prozent der Pädagogen fest angestellt. Wenn das Land Berlin sagt, das kann man nicht machen, dann hat es ein Problem

mit der Demokratie.“ Auch die Linkspartei zeigt sich besorgt. Manuela Schmidt, Kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, warnt: „In diesen Tagen erreichen uns Hunderte Mails von Lehrkräften, Schülern und Eltern, die sich zu Recht Sorgen um den Fortbestand der Musikschulen machen.“

Eile ist indessen nicht geboten, solange das Urteil des Bundessozialgerichtes nicht als allgemeverbindlich für alle Musiklehrer zu betrachten ist. Die Berliner CDU will eine Bundesratsinitiative starten, um die Honorarkräfte weiterhin rechtssicher beschäftigen zu können. Chialo erklärte, man habe den „Bezirken Handlungsoptionen gegeben, mit denen Honorarkräfte weiter beauftragt werden können und der Betrieb der Musikschulen gesichert ist“.

Frank Bückner

KOLUMNE

Inside Stasi

VON VERA LENGSFELD

Während der 35. Jahrestag des Mauerfalls in der Bundespolitik nur am Rande und in der „FAZ“ gar keine Erwähnung fand, wurde in Berlin seiner an verschiedenen Orten gedacht. Einer davon war die ehemalige Hauptzentrale der Staatssicherheit in der Magdalenenstraße, heute nach der charmannten Idee des ehemaligen Stasiunterlagenbeauftragten Roland Jahn ein „Campus der Demokratie“.

Obwohl sich die Veranstaltungsleitung des Campus als ziemlich schwierige, um nicht zu sagen unfähige Truppe erwies, gelang es der Autorin und Regisseurin Nicole Heinrich, ihr bemerkenswertes Theaterstück über Monika Haeger, die es in der DDR von einer einfachen inoffiziellen Mitarbeiterin durch eifriges Berichterstaten über die DDR-Opposition der 80er Jahre zur hoch dekorierten geheimen hauptamtlichen Mitarbeiterin der Staatssicherheit gebracht hat, hier auf die Bühne zu bringen.

An zwei Tagen wurde das Stück vor Schulklassen gezeigt, an zwei weiteren dem allgemeinen Publikum. Zu sehen war ganz großes Theater. Ein gutes, sorgsam gebautes Stück wurde durch die exzellente Darstellerin Anja Kimmelmann zum Ereignis. Das sprach sich rum. Während am ersten Tag nur 60 Zuschauer im erbärmlich kalten Saal froren, strömten zur nächsten Aufführung mehr als zweihundert Menschen herbei. Bei 220 setzte die Feuerwehr ein Stoppzeichen.

Was bringt ein ehemaliges Heimkind dazu, ausgerechnet jene zu denunzieren, die ihm den langersehnten Familienersatz boten? Warum erwies sich entgegengebrachte Freundschaft als zu schwach gegen den Verrat? Dieser Frage geht Heinrich mit viel Gespür für die Komplexität nach. Immer wieder wird im Stück ein Stück Gegenwart sichtbar: Dienen die aktuellen Denunziationsplattformen wirklich dem Schutz der Demokratie, oder bewirken sie das Gegenteil? Das muss der Zuschauer entscheiden.

MELDUNG

Potsdamer OB unter Druck

Potsdam – Die Freien Wähler haben am 8. November im Potsdamer Stadtparlament einen zweiten Anlauf zur Abwahl von Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) gestartet. Schubert steht seit Monaten wegen der Annahme kostenloser Eintrittskarten für Sportveranstaltungen in der Kritik. Im Zusammenhang mit der Annahme von kostenlosen VIP-Tickets ermittelt die Staatsanwaltschaft Neuruppin seit April gegen den Rathaschef wegen des Verdachts der Vorteilsannahme. Laut Recherchen des Senders rbb soll der Oberbürgermeister für sich und seine Ehefrau VIP-Tickets im Wert von 13.000 Euro angenommen haben. Ein erster Abwahantrag gegen Schubert war im Juni gescheitert, nachdem mehrere Stadtverordnete ihre Unterschrift zum Abwahantrag wieder zurückgezogen hatten. Als Grund hatten die Abgeordneten genannt, dass dieser Antrag auch von Stadtverordneten der AfD unterzeichnet worden sei. H.M.

● MELDUNGEN

EU will eigenen Geheimdienst

Brüssel – Die Europäische Union solle einen „vollwertigen nachrichtendienstlichen Kooperationsdienst auf EU-Ebene entwickeln, der sowohl den strategischen als auch den operativen Erfordernissen“ der weltpolitischen Situation gerecht werde. Das fordert ein von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Auftrag gegebener, 165 Seiten langer Bericht mit dem Titel „Gemeinsam sicherer. Stärkung der zivilen und militärischen Bereitschaft Europas“, welcher von dem ehemaligen finnischen Präsidenten und nunmehrigen sicherheitspolitischen EU-Sonderberater Sauli Niinistö vorgelegt wurde. Der EU-Geheimdienst müsste nach Ansicht der Autoren „die Mitgliedstaaten bei der Abwehr von Bedrohungen, Saboteuren und ausländischen Agenten unterstützen“. Außerdem sei es von zentraler Bedeutung, den Austausch geheimdienstlicher Informationen innerhalb der EU zu erleichtern beziehungsweise zu verbessern. W.K.

Nachteil durch Trans-Männer

New York – Die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für Gewalt gegen Frauen, ihre Ursachen und Folgen, Reem Alsalem aus Jordanien, hat einen Bericht mit dem Titel „Gewalt gegen Frauen und Mädchen im Sport“ vorgelegt, der besagt, dass Frauen weltweit bereits 900 Medaillen an Männer verloren haben, welche sich als Frauen identifizierten und so an Frauenwettbewerben teilnehmen durften. Alsalem nennt die Wettkämpfe von als Männern geborenen Personen gegen Frauen „unfair“, weil sie klar biologische Vorteile besäßen. Darüber hinaus sei das Ganze auch gefährlich. Überall, wo man den Frauensport für biologische Männer öffne, steige das Risiko für schwere Verletzungen wie Knochenbrüche und Gehirnerschütterungen in deutlichem Maße. Um wieder gerechte Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, sollten „Männer nicht länger in weiblichen Sportkategorien antreten“. W.K.

Den Haag schiebt ab

Paris/Den Haag – Die niederländische Regierung hat für Ende November die Einführung von Kontrollen an den Außengrenzen des Landes angekündigt. Premierminister Dick Schoof kündigte an, dass illegal Eingereiste nach Belgien und Deutschland zurückgeschickt würden. Die Regierung in Den Haag plant zudem, Teile Syriens zu sicheren Gebieten zu erklären und Syrer in ihre Heimat rückzuführen. Im Zuge eines verschärften Asylrechts will die niederländische Regierung Ausländer ohne Asylstatus schneller abschieben. Migranten ohne Aufenthaltsgenehmigung sollen künftig in einfachen Sammelunterkünften untergebracht werden. Frankreich hat bereits zum 1. November Kontrollen an seinen Grenzen eingeführt (siehe Seite 8). Laut der EU-Kommission begründet die französische Regierung die Grenzkontrollen mit einer ernsthaften Bedrohung der inneren Sicherheit durch terroristische Aktivitäten von hohem Niveau. W.K.

GROSSBRITANNIEN

Die Eiserne Lady als Vorbild

Die Tories wählen erstmals eine schwarze Frau zur Vorsitzenden – Und die ist Fan von Magret Thatcher

VON CLAUDIA HANSEN

Die schlechten Nachrichten für Premierminister Keir Starmer und seine linke Labour-Regierung reißen nicht ab. Aus den USA droht mit der Wahl von Donald Trump neues Ungemach. Starmer gratulierte zwar schnell und artig. Er betonte im gleichen Atemzug die lange, außergewöhnlich enge Beziehung und Zusammenarbeit beider Länder. Noch ein paar Minuten früher hatte sich Außenminister David Lammy mit einem Gratulations-Tweet auf X gemeldet. „Das Vereinigte Königreich hat keinen größeren Freund als die Vereinigten Staaten“, schrieb er.

Beleidigungen mit Folgen

Doch Trump verfügt über ein Elefantengedächtnis. Er dürfte nicht vergessen haben, dass ausgerechnet Lammy ihn vor ein paar Jahren als „Neonazi-Soziopath“ und „rassistischen Sympathisanten des KKK“ (Ku Klux Klan) beschimpft hatte. Alles andere als schmeichelhafte Titulierungen für den Republikaner.

Für Starmer und Lammy dürfte es daher mit der neuen Administration in Wa-

shington deutlich schwieriger werden, eine stabile Arbeitsbeziehung aufzubauen. Dabei bräuchte die Downing Street diese dringend. Beispielsweise hoffen die Briten auf einen Freihandelsvertrag mit den Amerikanern. Die ersten vier Monate der seit Juli amtierenden Labour-Regierung waren von Skandalen und sinkenden Umfragewerten bestimmt. Die Affäre um teure Geschenke wie Designeranzüge und Fußballkarten, die ein Parteigönner spendete, hat geschadet. Gegen die Steuererhöhungspläne von Finanzministerin Rachel Reeves gibt es wütende Proteste aus der Wirtschaft. Am 19. November wollen Bauern in London demonstrieren. Alles zusammen hat dem Ansehen der Regierung schon stark geschadet. Starmers Beliebtheitswerte sind derweil in den Keller gerauscht. Labour ist in neueren Umfragen erstmals seit drei Jahren wieder knapp hinter die Konservativen gerutscht und liegt nur noch bei 28 Prozent.

Von McDonald's ins Unterhaus

Die Tories hoffen, mit ihrer neuen Vorsitzenden Kemi Badenoch geschlossen zum Angriff übergehen zu können. Die Wahl der 44-Jährigen Anfang November hat

weltweit für Schlagzeilen gesorgt. Denn Badenoch, die frühere Wirtschafts-, Handels- und Frauenministerin, ist die erste Schwarze an der Spitze der Konservativen Partei. Die Tochter nigerianischer Eltern wurde 1980 in London geboren, wuchs aber in Lagos auf, wo ihr Vater eine Klinik betrieb und ihre Mutter an der Universität lehrte. 1996 kam Badenoch nach Großbritannien zurück, machte ihren Schulabschluss und jobbte nebenbei bei McDonald's. Das habe ihr mehr Kontakt mit der „Working Class“ gebracht, als viele Labour-Politiker insgesamt besäßen, stichelt sie. Badenoch studierte anschließend Computersystemtechnik und arbeitete als IT-Programmiererin und bei der Privatbank Coutts, bevor sie in die Politik ging. 2015 wurde sie in den Stadtrat von London gewählt, 2017 ins Unterhaus.

Linker Hass auf eine Schwarze

Dass die etwa 130.000 Tory-Mitglieder mit einer klaren Mehrheit (57 Prozent) für Badenoch stimmten, hat bei ihren Unterstützern für Jubel gesorgt. Badenoch bezeichnet sich als Fan der einstigen „Eisernen Lady“ Margaret Thatcher und deren Politik.

So setzte sie sich mit klaren Botschaften und Aussagen gegen den früheren Immigrationsstaatssekretär Robert Jenricks durch. Dieser warb für einen harten Kurs zur Eindämmung der illegalen Einwanderung. Auch Badenoch will die Boote über den Ärmelkanal stoppen. Sie stand daher hinter dem Ruanda-Abschiebepakt der Tory-Regierung, den die Labour-Regierung gestoppt hatte.

Bei „woken“ linken Medien und Politikern ist sie regelrecht verhasst, weil sie den Opfer- und Diskriminierungsdiskurs der Linken in Bezug auf Minderheiten nicht mitmacht. Der Hass auf die schwarze Anti-Woke ist derart groß, dass eine muslimische Labour-Abgeordnete sie sogar umgehend zum „Gesicht von Rassismus und Islamophobie“ erklärte. Eine andere Labour-Abgeordnete stimmte zu, Badenoch sei „Weiße Vorherrschaft in Blackface“ (auf deutsch: schwarz ange-maltem Gesicht).

Stimmenfang im rechten Lager

Labour dürfte Badenoch fürchten, denn sie ist eine starke und selbstbewusste Rednerin. Sie muss die Tory-Partei nach der verheerenden Wahlniederlage vom 4. Juli wieder aufrichten. Die Konservativen fielen damals auf das schlechteste Ergebnis seit 1832. Nach 14 Regierungsjahren mit viel Chaos und fünf Premierministern wurden sie von den Wählern brutal abgestraft. „Die Zeit ist gekommen, die Wahrheit zu sagen, unsere Politik neu zu bestimmen und unsere Prinzipien wiederzubeleben“, sagte Badenoch, die sich auch vorsichtig von der Ära Boris Johnson distanzierte.

Entscheidend für ihren Erfolg dürfte werden, ob es ihr gelingt, Wähler von der Reform-Partei des Brexit-Politikers Nigel Farage zurückzugewinnen, die im Juli drittstärkste Kraft wurde und seither mit fünf Abgeordneten in Westminster vertreten ist. Aufgrund der Spaltung des konservativ-rechten Lagers konnte Labour triumphieren. Reform-Parteichef Farage, der sich zur US-Wahl als Trump-Helfer betätigte, ließ wissen, dass Badenoch zu „soft“ sei. Seit ihrer Wahl zur Tory-Chefin habe die Reform-Partei viele neue Mitglieder gewonnen und stehe nun bei 95.000 Mitgliedern. Alles sieht danach aus, dass der Kampf um die Vorherrschaft im Lager rechts der Mitte noch nicht entschieden ist.



Kemi Badenoch: Die frisch gewählte, schwarze Tory-Chefin wird jetzt schon von den Linken inbrünstig bekämpft und gehasst

EU-BÜROKRATIE

Verlagssterben wegen irrsinniger EU-Verordnung

Detailversessener Rückverfolgungszwang bringt Unternehmen der Druck- und Verlagsbranche in Not

Die Europäische Union hat ein neues bürokratisches Monstrum geschaffen. Es heißt: EU-Verordnung 2023/1115 über die Bereitstellung bestimmter Rohstoffe und Erzeugnisse, die mit Entwaldung und Waldschädigung in Verbindung stehen (EU Deforestation Regulation, EUDR).

Der Zweck der Verordnung liegt darin, einen Rechtsrahmen zum Schutz der Wälder und Anreize zum Übergang zu nachhaltigen Lieferketten bei Produkten wie Holz sowie dem daraus hergestellten Papier zu schaffen. Allerdings ist das Regelwerk extrem kompliziert, obwohl angeblich geplant war, „eine effiziente, praktikable und bürokratiearme Anwendung sicherzustellen“. So dürfen Verlage künftig nur noch Bücher und andere Druckerzeugnisse in Verkehr bringen, wenn sie zweifelsfrei nachweisen können, dass ihre

Produkte aus Papier bestehen, dessen Holz in einem Wald geschlagen wurde, in dem es nach dem 31. Dezember 2020 zu keinerlei Forstschädigungen oder Umwandlungen zu landwirtschaftlichen Flächen kam.

Hierzu müssen sie eine lückenlose Sorgfaltserklärung vorlegen, aus welcher der gesamte Weg des Holzes beziehungsweise Papiers bis zurück zum Ort des Holzeinschlags hervorgeht, dessen genaue geographische Lage anzugeben ist. Dabei sind alle Unternehmen entlang der Lieferkette für die Einhaltung der EUDR verantwortlich, was den Koordinations-, Dokumentations- und Kontrollaufwand ins Unermessliche wachsen lässt. Bei Verstößen drohen Strafen, angefangen von finanziellen Sanktionen bis hin zur Vernichtung der „illegalen“ Druckwerke.

Die EUDR stieß inzwischen auf vielfältige Kritik. Beispielsweise bemängelten Verlags- und Pressevertriebsunternehmen sowie die Druckindustrie als auch die Papierhersteller die zum Teil völlig unklaren Anforderungen der Verordnung, die dennoch zum 30. Dezember in Kraft treten sollte. Daraufhin verschob die EU-Kommission den Start der EUDR jetzt um ein Jahr und versprach mehr Konkretisierungen, was aber nichts an den übrigen Kritikpunkten ändert.

Betroffene Verbände wie der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, der Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger, der Bundesverband kostenloser Wochenzeitungen, der Bundesverband Druck und Medien und der Medienverband der freien Presse äußerten die Befürchtung, dass die Bürokratiebe-

lastung der Unternehmen zur Schrumpfung der Produktpalette führen werde. Und tatsächlich sind die Vorgaben für kleinere Verlage nahezu unerfüllbar, weswegen deren Rückzug vom Markt droht. Die Arbeitsgemeinschaft von Jugendbuchverlagen sprach in diesem Zusammenhang von einem „Damoklesschwert“, das über der Branche schwebte.

Sollte daraus wirklich ein Verlagssterben resultieren, wäre das ein schwerer Verlust für die kulturelle Vielfalt sowie auch die Meinungsfreiheit in Europa. Zudem steht nun wohl die Monopolisierung des Verlagswesens mit allen nachteiligen Folgen für die Käufer der Druckerzeugnisse bevor. Denn die Großverlage werden die Kosten der Umsetzung der EUDR sicher auf die Konsumenten abwälzen.

Wolfgang Kaufmann

VON HERMANN MÜLLER

Die von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck angekündigte Wärmewende bringt nun die Kommunen in Not. Es drohen Investitionen in Milliardenhöhe. Eine Studie des Forschungsinstituts Prognos geht bereits für den Zeitraum bis 2030 von einem Investitionsvolumen in Höhe von 43,5 Milliarden Euro aus.

Ein zentraler Baustein von Habecks Projekt Wärmewende ist der Ausbau der Fernwärmeversorgung. Diese soll da angeboten werden, wo der Einbau von Wärmepumpen keine Option ist. Derzeit werden in ganz Deutschland etwa sechs Millionen Wohnungen mit Fernwärme versorgt. Das Prognos-Institut geht davon aus, dass die Zahl bis 2045 auf 14 Millionen ansteigt. Im Zuge der Wärmewende soll der Brennstoffmix in der Fernwärme laut dem grünen Bundeswirtschaftsministerium schrittweise auf „Klimaneutralität“ umgestellt werden.

Zu einem besonders kostspieligen Beispiel kann Brandenburgs Landeshauptstadt werden. An sich sind die Voraussetzungen in Potsdam besonders günstig. Das Fernwärmenetz der Stadt gilt als eines der am weitesten ausgebauten in Deutschland. Aktuell haben etwa 65 Prozent aller Haushalte einen Anschluss für Fernwärme. Die Stadt peilt einen Anteil von 85 Prozent an. Ziel ist es, bei ihrer Wärmeversorgung bis 2035 ganz ohne fossile Energieträger auszukommen.

Bislang wird die Wärme für das Netz mit Erdgas im Heizkraftwerk Süd und im Blockheizkraftwerk Zeppelinstraße erzeugt. Letzteres hatten die Stadtwerke noch 2016 als „hochmoderne Anlage“, und als einen „weiteren positiven Fakt für den Klimaschutz“ bezeichnet. Trotz der Vorzüge des Blockheizkraftwerkes – es erzeugt neben Wärme auch Strom – will Potsdam bei der Fernwärme künftig auf die Tiefen-Geothermie zurückgreifen.

Teurer Ausbau des Netzes

Diese liefert sehr heißes Wasser, ist allerdings auch sehr teuer. Bei einem massiv mit Fördergeldern ausgestatteten Pilotprojekt lagen 2023 die Kosten bei 20 Millionen Euro. Nach bisherigen Planungen sollen bis 2029 bis zu zehn Geothermiekraftwerke an das Potsdamer Fernwärmenetz gehen. Auch der Ausbau des Leitungsnetzes ist teuer. Potsdams kommunaler Energieversorger EWP rechnet bis 2030 mit einem Investitionsbedarf in Höhe von bis zu 350 Millionen Euro.

Bei solchen Kosten scheint man im Rathaus beim Zeitplan für die Wärmewende mittlerweile auf die Bremse treten zu wollen. Noch besteht die Chance, dass die Stadtwerke bis zu 85 Prozent der In-



Droht extrem teuer zu werden: Die grün-ideologisch initiierte Wärmewende des grünen Wirtschaftsministers Habeck

ENERGIEPOLITIK

Habecks Wärmewende ist Sprengstoff für Kommunen

43,5 Milliarden Euro Investitionsdruck: Jetzt bringt der Wirtschaftsminister auch noch die Städte und Gemeinden finanziell an den Rand des Bankrotts

vestitionssumme durch Förderprogramme finanzieren können. Selbst der relativ geringe Eigenanteil ist offenbar als Belastung für die Stadtwerke und damit auch für die Stadtkasse noch immer zu hoch. Potsdams Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) und der Stadtkämmerer Burkhardt Exner (SPD) sehen sich derzeit Kritik ausgesetzt, sie würden zögern, den Eigenkapitalanteil bei den Stadtwerken zu erhöhen oder den kommunalen Energieversorger mit einer Bürgschaft auszustatten, damit dieser mit den Projekten der Wärmewende beginnen kann. Tatsächlich steht Potsdam unter Sparzwang. Auch die Finanzlage der EWP scheint nicht so rosig zu sein, dass sie die Wärmewende aus eigener Kraft finanzieren kann.

Bundesweit ist Potsdam nicht die einzige Stadt, die unter solchen Ausgangsbe-

dingungen die Wärmewende umsetzen soll. Der Deutsche Städtetag weist beinahe regelmäßig darauf hin, dass sich die finanzielle Lage der Kommunen rapide verschlechtert und sie auf bislang nicht gekannte Defizithöhen zusteuert. Der Verband warnte sogar, „dass neue Investitionen unter diesen Vorzeichen praktisch nicht mehr beschlossen werden können“.

Die Zeche zahlen Mieter

Ein Zögern bei der von der Ampelkoalition verordneten Wärmewende in den Kommunen kann allerdings auch teuer werden, vor allem für Mieter. Potsdamer Wohnungsunternehmen warnen, dass sie aufgrund der Gesetzeslage in einigen Jahren im schlimmsten Fall Wärmepumpen zum Heizen installieren müssen, falls das Fernwärmenetz nicht auf „Klimaneutrali-

tät“ umgestellt wurde. Dies würde für die Mieter deutlich höhere Wohnkosten mit sich bringen, so Warnungen aus der Wohnungswirtschaft.

Bundesweit bekommen Privathaushalte die Auswirkungen der teuren Wärmewende schon jetzt mit voller Wucht zu spüren. Mehrere Preisvergleichsportale haben darauf hingewiesen, dass im Zusammenhang mit der Wärmewende die aktuellen Gaspreise deutlich steigen werden. Als Grund geben die Onlineportale einerseits den Anstieg der CO₂-Besteuerung zum Jahreswechsel an. Darüber hinaus sorgen die zunehmende Zahl von Wärmepumpen und der Ausbau von Fernwärme dafür, dass die Menge an Kunden sinkt, die Gas verbrauchen. Damit müssen die Kosten für das Gasnetz auf immer weniger Verbraucher umgelegt werden.

ELEKTROMOBILITÄT

Russlands E-Auto-Markt nimmt Fahrt auf

Größtes Problem ist die fehlende Infrastruktur – Chinesen als Partner ins Boot geholt

Als Russland den Prototyp seines ersten E-Autos Amber vorstellte, das im Königsberger Werk Avtotor gebaut werden soll, lachte die Welt über dieses hässliche Auto, das eine Mischung aus Kleinwagen und Minivan darstellt. Ab 2025 soll es in Königsberg in Serie gehen.

Inzwischen hat sich viel getan. Wie Daten der Moskauer Industrie- und Handelskammer belegen, wächst der russische Elektro-Automarkt. In diesem Jahr stieg der Verkauf von Stromern bis August gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 86 Prozent. In Zahlen ausgedrückt sind das 13.800 neu zugelassene Fahrzeuge. 2023 waren es 7400. Neben dem Modell Amber gibt es nun die Marken Atom und Moskwitsch 3e sowie Evolute, wobei es sich bei den beiden Letztgenannten um in Lizenz gebaute China-Kopien handelt.

Die Hersteller Kama (Amber) und Avtotor (Amber) sowie Avtovaz mit Kombis der Marke Lada e-Largus wollen Russlands Rückstand in der Elektromobilität aufholen. Laut eigenen Angaben hat das Unternehmen Kama bereits 105.000 Vorbestellungen von Privatkunden, aber auch von Taxi- und Carsharing-Unternehmen sowie Lieferdiensten. Bislang beträgt der Anteil der Stromer an den Gesamtverkäufen in Russland knapp über ein Prozent, Tendenz steigend.

Die meisten E-Autos fahren auf den Straßen der Großstädte Moskau und St. Petersburg. Die Hersteller sagen, dass ihnen Bestellungen aus weiteren Städten vorliegen. Die geringste Nachfrage gibt es in Sibirien. Damit die Akzeptanz der E-Autos bei der Bevölkerung steigt, müssen viele Hürden überwunden werden. So

gaben bei einer Umfrage 27 Prozent der Teilnehmer ungeeignetes Klima in ihrer Region als Entscheidung gegen ein E-Auto an, gefolgt von fehlender Infrastruktur und hohen Anschaffungskosten. Auch die unklare Lebensdauer sowie teurer Service und ein Mangel an qualifizierten Wartungstechnikern wurden als Nachteile gegenüber einem Verbrenner genannt.

Weltmarkt im Visier

Russlands größte Sorge gilt der fehlenden Infrastruktur. Es gibt keine geeigneten Werke für die Herstellung. Moskau hat daher China mit ins Boot geholt. Der russische Direktinvestitionsfonds RDIF und Kama zusammen mit der chinesischen XY Group haben eine Partnerschaft geschlossen, um das Modell Atom in China zu vertreiben. Mit der XY Group hofft Russland,

einen Fuß auf den internationalen Markt zu bekommen, da das chinesische Unternehmen Erfahrung im internationalen Handel, in Bauprojekten und der Herstellung von Produktionsanlagen mitbringt.

Im kommenden Jahr wollen Russland und China bei der E-Mobilität noch enger zusammenarbeiten. Chinesische Hersteller sollen schon die ehemaligen VW- und Mercedes-Werke für die Produktion eigener Modelle nutzen. Vor dem Ukrainekrieg war die Nachfrage nach deutschen Autos enorm, weswegen deutsche Hersteller vor Ort produzieren ließen. Nun könnte China die hinterlassene Lücke nutzen, um zum wichtigsten Autohersteller für Russland zu werden. Die Strafzölle der EU auf chinesische Fahrzeuge dürften dieses Streben forcieren.

Manuela Rosenthal-Kappi

MELDUNGEN

Autobauern drohen Strafen

Paris – Um Europas angeschlagene Autoindustrie zu unterstützen, fordert Frankreichs Regierung von der EU „Notfallmaßnahmen“. Wie Frankreichs Vize-Industrieminister Marc Ferracci erklärte, müssen die Nachfrage nach Elektroautos angekurbelt, ein fairer Wettbewerb gegenüber der Konkurrenz aus China geschaffen und die drohenden Strafzahlungen für Autohersteller aufgeschoben werden. Der schwächelnde Absatz von E-Autos hat dazu geführt, dass der Anteil von Autos mit Verbrennungsmotor bei den Verkaufszahlen der Autohersteller weiter hoch bleibt. Als Folge drohen den europäischen Autobauern im kommenden Jahr Strafen von insgesamt bis zu 17 Milliarden Euro. Von der EU vorgeschriebene Flottengrenzwerte verpflichten unter Androhung von Strafzahlungen die Autohersteller zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen bei Neuwagen. Auch die Regierungen Tschechiens und Italiens haben sich für eine Verschiebung der Strafzahlungen ausgesprochen. *H.M.*

Russlands beste EU-Kunden

Moskau – Laut der russischen Außenhandelskammer, die sich auf Daten von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, bezieht, bleibt die EU ein wichtiger Abnehmer für russische Exportgüter. So hat etwa die Slowakei im August Waren im Wert von 321 Millionen Euro aus Russland importiert und damit Ungarn als wichtigstes EU-Abnehmerland abgelöst. Die Slowakei kaufte Rohöl im Wert von rund 179 Millionen Euro sowie Erdgas in Höhe von zirka 107 Millionen Euro ein. Zu den weiteren wichtigen Abnehmern russischer Exporte zählen trotz der erweiterten Sanktionen gegen Russland auch Ungarn, Frankreich und Italien. Im August importierten EU-Staaten insgesamt Waren im Wert von 2,62 Milliarden Euro aus Russland. Im Vergleich zum Januar ist das jedoch ein Rückgang um 24 Prozent. Damals erreichten die Importe die Höhe von 3,46 Milliarden Euro. *MRK*

Butter wird immer teurer

Moskau – Auf Russlands Verbraucher kommen immense Preissteigerungen für Butter zu. Seit Jahresbeginn stieg der Preis um 24 Prozent, bald könnten die Butterpreise aber um weitere 20 Prozent zulegen. Als Grund hierfür nennen die heimischen Hersteller steigende Produktionskosten und Defizite bei Rohstoffen. Hinzu kommt, dass russische Agrarbetriebe Probleme bei der Modernisierung ihrer Maschinen und Ausstattung haben. Eine staatliche Regulierung der Preise lehnt das Agrarministerium ab. Stattdessen setzt man auf Importe. Von Januar bis Oktober wurden gut 110.000 Tonnen Butter aus dem Ausland eingekauft, das sind neun Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Mit 89.000 Tonnen ist Weißrussland der wichtigste Lieferant. Erstmals hat Russland auch Butter aus den Vereinigten Arabischen Emiraten importiert. Im Oktober kam die Türkei mit der Lieferung von 20 Tonnen Butter hinzu. *MRK*

KOMMENTARE

Zerfällt Schengen?

HAGEN RITTER

Fast genau 35 Jahre sind vergangen, seit Michael Gorbatschow den halsstarrigen SED-Chef Erich Honecker ermahnte, Reformen in Angriff zu nehmen, ehe es dafür zu spät sei. Mittlerweile scheint es die EU-Kommission zu sein, die dringend daran erinnert werden müsste, dass sie von der Realität überrollt wird, wenn sie die Probleme Europas nicht rechtzeitig löst. Spätestens seit der Massenmigration des Jahres 2015 ist offensichtlich, dass die EU ihre Außengrenzen gegen illegale Einreisen schützen und das Asylrecht reformieren muss.

Bis zum Vorliegen einer gemeinsamen Lösung sind fast zehn Jahre ermüdender Diskussionen auf diversen EU-Gipfeln vergangen. Erst seit Mai liegt eine Einigung vor. Teil des Reformpakets ist die Entscheidung, Asylverfahren bereits an den EU-Außengrenzen durchzuführen. Schon die jahrelange Diskussion bis zum Finden dieser Lösung ist den Bürgern kaum zu vermitteln.

Unverständlich ist auch, dass die EU nun auch noch eine zweijährige Über-

gangsfrist braucht, bis die neuen Regeln endlich in Kraft treten sollen. Bis dahin werden vermutlich weitere zwei bis drei Millionen Zuwanderer auf irregulären Wegen in die EU eingereist sein und die gesellschaftlichen Spannungen in den Hauptzielländern dieser Migration weiter wachsen.

In Kauf nimmt die EU mit ihrem zögerlichen Vorgehen auch, dass sich das sogenannte Schengen-System immer weiter auflöst. Da der Schutz der EU-Außengrenzen nicht funktioniert, führen immer mehr EU-Mitglieder wieder Kontrollen an ihren eigenen Landesgrenzen ein. Deutschland kontrolliert inzwischen die Grenzen zu sämtlichen Nachbarstaaten. Dänemark verschärfte im Oktober seine Kontrollen an seinen Grenzen zu Deutschland und Schweden. Frankreich hat Anfang November Grenzkontrollen eingeführt. Die Niederlande wollen in wenigen Wochen nachziehen.

Offensichtlich sehen sich immer mehr Regierungen gezwungen, selbst zu handeln, anstatt weiter auf eine „europäische Lösung“ zu warten.



Noch heute aktuell: Georg Wilhelm Friedrich Hegel

Foto: mauritius images / Sunny Celeste / imageBROKER

KOLUMNE

„Das Ganze ist das Wahre“

VON FLORIAN STUMFALL

Gesetzt den Fall, jemand wollte einem anderen, der es nicht kennt, das Märchen von Hänsel und Gretel erzählen; angenommen weiterhin, er begägne mit der Szene, da die beiden Kinder nachts allein im Wald herumirren. Dann wäre die Reaktion des Zuhörers klar: „Unerhört! Was suchen die Fratzen nachts im Wald? Die gehören ins Bett! Morgen ist Schule!“ Ganz anders, wenn er zunächst und der Reihe nach erfahren hätte, dass die Kinder von ihren Eltern ausgesetzt worden waren. Die unvollständige Erzählung führt zu einer nicht nur lückenhaften, sondern vielmehr wahrheitswidrigen Darstellung der Ereignisse. Es ist dies das Prinzip des Lügens durch Weglassen.

Um dies sinnfällig zu erklären, dient vorzüglich ein anderes Beispiel. Der Atheist sagt: „In der Bibel steht: Es gibt keinen Gott.“ Die Aussage ist richtig, stellt aber dennoch eine grobe Unwahrheit dar. Denn der ganze Satz lautet: „Nur der Tor spricht in seinem Herzen: ‚Es gibt keinen Gott.‘“ Diese Technik des Lügens durch Weglassen und das damit verbundene Verdrehen und Verleugnen ist viel zu wirksam, als dass es Politik und Medien hätten übersehen können.

Eines der historischen Beispiele dafür ist der Mord an dem US-Präsidenten John F. Kennedy im November 1963 und die Aufarbeitung dieses Verbrechens. Diese wurde unternommen durch die sogenannte Warren-Kommission, deren Ergebnis aber weiten Teilen der Öffentlichkeit unzureichend erschien und viel Unmut auslöste. So wurde bekannt, dass sage und schreibe 260 Aktenordner zu dem Vorfall – darin neben Hintergrundrecherchen zahllose Zeugenaussagen und Polizeiberichte – von der Warren-Kommission unberücksichtigt geblieben sind.

Als der öffentliche Unmut zur Empörung zu werden drohte, brachte die CIA einen damals völlig neuen und für die gegebene Lage sehr geeigneten Begriff ins Spiel: Verschwörungstheorie. Damit begegnete man der Unruhe großer Teile der Bürger und ihrer unbotmäßigen Fragen und Forderungen, und diese Methode hat sich durchgesetzt. Wer heute bei einem bestimmten politischen Gegenstand gegenüber der offiziellen Darstellung etwas Abweichendes oder auch nur Ergänzendes entweder vorbringt oder wissen will, ist sehr schnell als Verschwörungstheore-

tiker gebrandmarkt. Ja, der Vorwurf hat längst begonnen, einen strafrechtlichen Charakter anzunehmen.

So auch beim Klima, einem Gegenstand über den zu diskutieren nicht zulässig ist, weil hier weit mehr als anderswo die Regel gilt, dass alles Zuträgliche und politisch Erwünschte bereits gesagt ist und deshalb jedes weitere oder gar abweichende Wort zu unterbleiben hat. Man hört in diesem Zusammenhang in der Richterstattung über die dräuenden Wärmegrade sehr oft die Floskel: „... seit Beginn der Aufzeichnungen“, was dem Pub-

Durch Weglassen wird bewusst oder unbewusst die Unwahrheit gesagt. In der Politik geschieht es meist bewusst

likum die ehrfurchtgebietende Endgültigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse vermitteln soll. Doch niemand erfährt, wie es sich mit dem Beginn der Aufzeichnungen verhält. Bezieht man sich hier auf die erste Wetterstation überhaupt am Hohenpeißenberg in Bayern von 1781 oder doch auf das Jahr 1873, als in Wien der Gründungskongress der Internationalen meteorologischen Organisation stattfand und es weltweit insgesamt 26 wissenschaftliche Stationen gab, von denen sich allerdings keine auf See und natürlich auch nicht im Orbit befand?

Egal wie – mit den heute etwa 13.000 Messstationen kann man die ersten Anfänge der Meteorologie nicht vergleichen und sie als Referenz für einen Bezug zur Gegenwart herzunehmen, wie das täglich geschieht, ist keine Schlamperei, sondern eine bewusste Irreführung und Propaganda. Denn die Zusammenhänge und Unterschiede von damals und heute werden nicht genannt, sie werden vielmehr weggelassen, damit von der Wirklichkeit nur so viel unter die Menschen gelangt, wie der politischen Vorgabe nützlich erscheint.

Von dieser filtrierte Wirklichkeit führt ein gerader und kurzer Weg zu dem

Vorwurf der Verschwörungstheorie und den damit in engem Zusammenhang stehenden Denk- und Redeverboten. Denn Politiker und ihre Propagandisten, die selbst selektiv mit der Wahrheit umgehen, können natürlich kein Interesse daran haben, dass andere die Lücken füllen und das verkünden, was man selbst lieber vertuscht hätte. An diesem Punkt nämlich stellt sich die Frage nach der Macht.

Politiker, die ein höheres Maß an Macht erringen wollen, als ihnen Verfassung und Gesetze zugestehen, bedienen sich heute nicht mehr des Militärs wie ehemals, sondern angeblich bestehender Gefahren für Volk und Staat in einem umfassenden Ausmaß. Der erste Probelauf war vor über vierzig Jahren das sogenannte und nicht eingetretene Baumsterben. Ein Ereignis, bei dem – wie heute – Gegenargumente oder anderslautende zusätzliche Einwände nicht erwünscht und mit einem Schweigegebot belegt waren. Zwar führte die Walddebatte noch zu keiner Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten, eröffnete aber den Grünen den Weg in die Parlamente – mit allen bekannten Folgen.

In der Strategie ebenso angelegt ist die allgegenwärtige Klima-Drohung. Hier ist es bereits so weit, dass sich die Politik darum kümmert, was die Leute essen, wie sie sich fortbewegen und was sie tun, um im Winter ein warmes Haus zu haben. Dies alles geschah auf der Grundlage unvollständiger Erkenntnisse und bewusst vernachlässigter Tatsachen. Auf dieser Schiene kommt man sehr schnell zu staatlichen Übergriffen, was am Beispiel Corona bislang am deutlichsten wurde. Nun war es schon so weit, dass jemand mit der zusätzlichen Information, mit dem, was vertuscht und verschwiegen bleiben sollte, seine bürgerliche Existenz verlieren konnte.

Hier offenbart sich das ideologische Denken in seiner strategischen Form. Aus den Versatzstücken einer halben Wahrheit schafft man sich eine Welt, an der sich die Wirklichkeit zu richten habe. Was aber stört, wird unterdrückt. Der große deutsche Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel dagegen sagt: „Das Ganze ist das Wahre.“ Dies lässt den Rückschluss zu, dass durch Weglassen bewusst oder unbewusst die Unwahrheit gesagt wird. In der Politik geschieht es meist bewusst.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Verlogener Naturschutz

HERMANN MÜLLER

Weder eine Diskussion um vermeidbare Kosten für die Steuerzahler noch die Sorge um ein erhaltenswertes Stück der Architekturmaterie haben in Berlin den Abriss des Friedrich-Ludwig-Jahn Stadions gestoppt. Stattdessen haben Brutnester von Haussperlingen dafür gesorgt, dass die Abrissbagger auf dem Stadiongelände in Berlin-Prenzlauer Berg zunächst einmal stillstehen.

Im Eilverfahren haben Richter des Verwaltungsgerichts dem Berliner Senat untersagt, den Abriss fortzusetzen. Einen Erfolg kann damit ein Naturschutzverband verbuchen, der gegen den Plan der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vorgegangen war, das alte Stadion abzureißen und für 200 Millionen einen Neubau hochzuziehen.

Berlins Landesregierung bekommt mit der Entscheidung der Verwaltungsrichter zu spüren, was privaten Häuslebauern oder Unternehmen regelmäßig

widerfährt, wenn auf ihrem Baugrund eine schützenswerte Tier- oder Pflanzenart festgestellt wird. Werden bei Bauvorhaben Kreuzkröten oder Zauneidechsen entdeckt, ist nicht nur ein jahrelanger Baustopp möglich, sondern sogar ein saftiges Bußgeld.

Angesichts einer rapide schwindenden Bio-Diversität gibt es gute Gründe für den Schutz von bedrohten Pflanzen- und Tierarten. Schwer zu verstehen ist allerdings, warum dieses Schutzgebot bei Vorhaben der sogenannten Energiewende nicht gelten soll. Schon die Abholzung von Waldflächen für Windräder stellt einen erheblichen Eingriff in die Natur dar. Mittlerweile stehen mehr als 30.000 Windkraftträder in den Landschaften, die je nach Standort eine Todesfalle für geschützte Vogelarten sind.

Eine ganze Reihe von Naturschutzverbänden zieht es vor, zugunsten der „Energiewende“ die nachteiligen Folgen von Windkraftanlagen für die Natur zu verharmlosen oder zu sogar leugnen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de anzeigen@paz.de vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Ein Ober ohne Indianer

Chortreffen im Berliner Humboldt-Forum mit Rockklassikern – Eine Textzeile von Udo Lindenberg wird dabei Opfer „woker“ Zensur

VON HARALD TEWS

Das Chorkonzert „Vielstimmig“ dürfte am 16. und 17. November im Berliner Humboldt-Forum auf ein besonders großes Besucherinteresse stoßen. Wer wäre nicht neugierig zu hören, wie sich Udo Lindbergs inzwischen schon klassisches Lied „Sonderzug nach Pankow“ ohne den „Oberindianer“ macht? Nachdem sich die Stiftung Humboldt-Forum dem „woken“ Zeitgeist unterworfen und angekündigt hatte, das anstößige „I-Wort“ aus der Textzeile zu streichen, entfachte dieser Entschluss bundesweit einen solchen medialen Aufschrei, dass man sich jede weitere Werbung für die Konzerte sparen konnte. Für Aufmerksamkeit ist gesorgt.

Bei der zweiten „Vielstimmig“-Ausgabe – die erste fand vor einem Jahr statt – kreist alles um das Jahresthema des Humboldt-Forums „Hin und weg – Der Palast der Republik ist Gegenwart“. Dazu werden Pop-Hits, Choräle, Schlager, Hymnen, Volkslieder, Balladen und Fugen an ungewöhnlichen Orten im Forum aufgeführt. Als Höhepunkte der Veranstaltung sammeln sich acht Berliner Chöre mit rund 200 Stimmen zweimal täglich auf den Galerien des großen Foyers, um von allen Seiten aus miteinander zu singen. Bei der Kooperation der Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss mit dem Chorverband Berlin soll dann auch Lindbergs Versöhnungslied über die deutsche Teilung gesungen werden.

Der Ort der Aufführung ist gut gewählt. Auf dem Gelände des wiederrichteten Stadtschlusses der Preußenherrscher im Herzen Berlins, in dem das Humboldt-Forum ethnologische und asiatische Sammlungen präsentiert, befand sich früher der 2008 abgerissene Palast der Republik der DDR. Hier in „Erichs Lampenladen“ – so im Volksmund bezeichnet wegen der vielen Lampen des in der Regie-



Von allen Seiten wird gesungen: Am Chor-Wochenende versammeln sich 200 Sänger im Foyer des Humboldt-Forums

rungszeit des Staatschefs Erich Honecker errichteten Sitzes der DDR-Volkskammer – trat Udo Lindenberg 1983 anlässlich des Festivals „Rock für den Frieden“ auf. Auf Wunsch der DDR-Oberen verzichtete er darauf, seinen damaligen Hit „Sonderzug nach Pankow“ zu singen. Darin heißt es: „Ich muss da was klär’n mit eurem Oberindianer“ – gemeint war Honecker.

In den 1980er Jahren konnte man noch ungestraft das „I-Wort“ sagen. Heute schütteln sich viele Leute beim Wort „Indianer“, machen sprachlich einen weiten Bogen darum, ersetzen es durch unpassende Synonyme wie „Indigene“ oder

„Native Americans“, lassen ihre Kinder beim Fasching nicht mehr im Indianerkostüm auftreten und verbannen alle „Winnetou“-DVDs und Karl-May-Bände aus ihren Regalen. Der Cancel-Culture fielen vor zwei Jahren beim Ravensburger Verlag sogar verlagsfrische Kinderbücher zu einem „Winnetou“-Film in einem Akt der Selbstzensur zum Opfer.

Das Wort „Indianer“ ist für viele heute ebenso toxisch wie „Neger“, „Zigeuner“ oder „Eskimo“. Für Zeitgenossen, die ihre „woke“ Gesinnung demonstrieren wollen, ist es, als verbrennen sie sich die Zunge beim Gebrauch dieser angeblich rassis-

tischen Begriffe. Carmen Kwasny, Vorsitzende der Native American Association of Germany, weist darauf hin, dass „längst nicht alle Native Americans das Wort ‚Indian‘ ablehnen“, denn es werde oft in Gesprächen im Alltag verwendet.

Die koloniale Fremdbezeichnung der nordamerikanischen Ureinwohner geht schließlich auf Christoph Kolumbus zurück, der bei seiner Seereise Richtung Westen irrtümlich glaubte, in Indien gelandet zu sein, als er die karibischen Inseln erreichte. Daher kann auch Kwasny am Begriff „Indianer“ nichts Rassistisches erkennen: „Vor dem geschichtlichen Hin-

tergrund betrachtet, ist es äußerst problematisch, solche Verbotsentscheidungen über die Köpfe dieser Menschen hinweg zu treffen.“

Dass sich Honecker als DDR-Hauptling nicht rassistisch beleidigt sah, bewies die Tatsache, dass er von Lindenberg eine Lederjacke als Geschenk akzeptierte. Im Lied mutmaßte der Sänger, dass Honecker sich heimlich eine solche anziehe. Im Gegenzug revanchierte sich der DDR-Staatschef mit einer Schallmexo als Gegen Geschenk für Lindenberg.

Lindbergs Lied ohne „Oberindianer“ macht keinen Sinn. Ersetzt wird es durch das Wort „Ober“ gefolgt von einem langgezogenen „i“. Dieser Gesang wird sich genauso „igitt“ anhören wie alles andere auf gendergerecht Umgebogene in unserer Sprache. Von Lindenberg wäre es konsequent gewesen, wenn er diesen Pfusch an seinem Lied untersagt hätte. Es scheint ihm nichts auszumachen.

Lindbergs Hit ist nicht der einzige Rockklassiker, der an dem Chor-Wochenende im Humboldt-Forum zu hören sein wird. Im Rahmen der gemeinsamen Aufführungen aller acht Chöre im großen Foyer (Sonntagabend um 15 und 17.30 Uhr sowie Sonntag um 14 und 16.30 Uhr) werden zwei weitere Lieder präsentiert, die sich aus verschiedenen Blickrichtungen dem Palast der Republik nähern. Rund 200 Sänger singen Arrangements von „Albatros“ von Karat und „Paradiesvögel“ von Silly – beides einstige DDR-Rockgruppen. An beiden Tagen haben die Besucher die Möglichkeit, spontan an Arbeitskreisen zu den Themen „Circle Singing“ und „Body Percussion“ mitzuwirken.

Insgesamt sind bei freiem Eintritt 40 Konzerte zu hören, die überall im Haus verteilt sind – auf Treppen, Fluren und Freiflächen, in Laboren und Ausstellungsräumen des Humboldt-Forums.

● www.humboldtforum.org

KINO

Habemus papam

Mittendrin in einer der geheimsten Wahlen der Welt – Edward Bergers Film „Konklave“ über eine Papstwahl

Es ist immer spannend zu erfahren, was hinter verschlossenen Türen vorgeht. Ob beim voyeuristischen Blick ins Schlafzimmer oder beim Ausspionieren eines Kabinettsaals – Geheimnisse locken uns an wie das Scheinwerferlicht die Motten.

Eine Versammlung, die sich so weit von der Welt abschottet, dass sich selbst Nordkorea davon eine Scheibe abschneiden kann, ist das Konklave. Bei der in der Sixtinischen Kapelle des Vatikans stattfindenden Papstwahl sind die wahlberechtigten Kardinäle oft über Tage vollkommen isoliert von der Außenwelt und müssen sogar ihre Smartphones abgeben. Dabei dringt auch ohne NATO-Draht solange nichts nach außen, bis nach einer erfolgreichen Wahl weißer Rauch aus einem der Kamine aufsteigt.

Am 21. November kommt ein Film in die Kinos, in dem der Zuschauer quasi als unbefugte Person an der geheimen Wahl teilnimmt. Im Drama „Konklave“, das auf einen 2016 erschienenen Roman des britischen Bestsellerautors Robert Harris („Enigma“) basiert, ist man mittendrin unter den Purpurträgern, sodass man am liebsten selbst ein Ave-Maria anstimmen

möchte. Die Geistlichen hingegen geben sich weit weniger religiös. Nach dem Tod des Papstes geht es gleich zum Geschäftlichen über: Ein Nachfolger muss organisiert werden. Zuständig dafür ist der vom britischen Hollywood-Star Ralph Fiennes gespielte Kardinaldekan Lawrence, der das Konklave leitet und nur mit Mühe sei-

ne Schäfchen zusammenhalten kann. Denn auch hier gibt es Neid und Intrigen unter den ambitionierten Würdenträgern. Die konservativen fetzen sich mit den liberalen Populisten, und alle haben sie Dreck am Stecken: Einer disqualifiziert sich durch einen sexuellen Fehltritt, der andere durch korrupten Stimmenkauf.



Leitet das Konklave: Ralph Fiennes als Kardinal Lawrence

Foto: Leonine

Wie im wahren Leben eben. Und gerade das macht den Film so realitätsnah spannend, wobei die Handlung nicht der Rede wert ist. Das ist bemerkenswert bei einem Regisseur, der zuletzt mit Action beeindruckt hat. Der aus Wolfsburg stammende Edward Berger war der strahlende Held bei der Oscar-Verleihung von 2023, als sein Kriegsdrama „Im Westen nichts Neues“ vier Auszeichnungen gewann.

„Konklave“ wird bereits als sein nächster Oscar-Kandidat gehandelt. Das liegt auch am starken Ensemble. Neben Fiennes überzeugen Stanley Tucci und – als eine der wenigen Frauen im reinen Männerbündel des Konklaves – Isabella Rossellini als resolute Ordensschwester Agnes, welche die Aufsicht über die Köchinnen hat. Und ja, auch der Film mundet gut. Denn hier werden die Zuschauer zum Spitzel gemacht, so als würden sie die vielen Wahlgänge bis zum schließlich überraschenden Wahlausgang durch versteckte Kameras und Lauschwanzen mitverfolgen. „Extra omnes“ („alle hinaus“) lautet die lateinische Formel für alle Nichtberechtigten des Konklaves. Im Film darf jeder hinein und mitfiebern. H. Tews

● MELDUNG

Barenboims letztes Konzert

Berlin – Am 15. November feiert der in Argentinien geborene Dirigent und Pianist Daniel Barenboim seinen 84. Geburtstag. Nach über 30 Jahren als Generalmusikdirektor der Berliner Staatsoper Unter den Linden (1992–2023) wird er nun am 25. und 26. November dort zum letzten Mal als Ehrenchefdirigent am Pult zu erleben sein. Auf dem Programm stehen die konzertanten Aufführungen von Richard Wagners „Tristan und Isolde“ mit Vorspiel und „Liebestod“ sowie der erste Aufzug der „Walküre“. Um einen Beitrag zum Frieden im Nahen Osten zu leisten, gründete er 1999 das West-Eastern-Divian-Orchestra, welches sowohl aus arabischen als auch israelischen Musikern besteht. Als einziger Mensch der Welt besitzt Barenboim sowohl die israelische als auch die palästinensische Staatsbürgerschaft. Sein Nachfolger Christian Thielemann, ehemaliger Chefdirigent der Sächsischen Staatskapelle Dresden, hat zu Beginn der Spielzeit 2024/25 den Dirigierstab in der Oper Unter den Linden übernommen. U.G.

BERLIN

„Vom Mund zum Ohr auf dem Strahle der elektrischen Kraft!“

Die Geschichte der Internationalen Funkausstellung begann vor 100 Jahren mit der Eröffnung der ersten Großen Deutsche Funkausstellung im Haus der Funkindustrie

VON WOLFGANG KAUFMANN

Vor hundert Jahren erlebte der Rundfunk in Deutschland seinen entscheidenden Durchbruch. Das lag nicht zuletzt daran, dass der Verband der Radioindustrie beschloss, zur Ankurbelung der Nachfrage nach Empfangsgeräten diese einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Hierzu veranstaltete er in Kooperation mit der Gemeinnützigen Berliner Messe- und Ausstellungs G.m.b.H. vom 4. bis zum 14. Dezember 1924 die erste Große Deutsche Funkausstellung.

Das von dem damals erst 22 Jahre alten Statistiker Herbert Antoine organisierte Ereignis fand im eigens dafür gebauten Haus der Funkindustrie am Mesesedamm in Berlin-Westend statt. Dieses 7000 Quadratmeter große Gebäude war komplett aus Holz errichtet, um einen optimalen Empfang über die damals üblichen primitiven Zimmerantennen zu garantieren. Allerdings wirkte das nicht hinreichend getrocknete Bauholz wie eine metallische Abschirmung, und deshalb legte der Hochfrequenztechniker Gustav Leithäuser vom Telegrafentechnischen Reichsamt Berlin am Tag vor der Eröffnung ein langes Antennenkabel in die Halle, an dem dann sämtliche Radios hingen.

Unterbrechung durch den Krieg

Die Geräte und deren Einzelkomponenten stammten von Firmen wie Amato, Blaupunkt, Braun, DeTeWe, Emud, Huth, Kramolin, Loewe, Lorenz, Mende, Nora, SABA, Seibt, TeKaDe und Telefunken. Die insgesamt 268 Aussteller präsentierten nicht nur teure Lautsprecher-Radios



Geschmückt für die Eröffnung der ersten Großen Deutschen Funkausstellung: Das Haus der Funkindustrie am 4. Dezember 1924

Foto: picture alliance / SZ Photo | Scherl

für 400 bis 500 Mark, sondern auch einfache Detektoren mit Kopfhörern für 50 Mark oder Bauteile wie Spulen, Regelwiderstände, Drehkondensatoren, Buchsen und Stecker zum kostengünstigen Selberbasteln der Geräte. Als besondere Attraktion gab es ein Telefon zu sehen, mit dem Gespräche aus dem fahrenden Zug geführt werden konnten. Eine Ausstellung zum Thema „Entwicklung der Funktechnik“ rundete das Angebot ab.

Nach der Eröffnung durch Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) strömten mehr als 170.000 Menschen in das Haus der Funkindustrie, angelockt durch Parolen wie „Vom Mund zum Ohr auf dem Strahle der elektrischen Kraft!“ Abgesehen von diesem präsidialen Besuch ließ die Ausstellung jedoch jeglichen Glanz

und Glamour vermissen. Die Informationen über technische Details standen im Vordergrund. Für eine erstaunliche Stille sorgte der Umstand, dass die Radioapparate allesamt in schallisolierten Kabinen standen, in denen Interessierte deren Klang mit oder ohne Kopfhörer lauschen konnten.

Der mit der Funkausstellung erstrebte Zweck wurde erzielt. In ihrem Nachgang schoss die Zahl der registrierten Radiohörer und Rundfunkgebührenzahler steil nach oben. Hatte diese Anfang 1924 noch bei unter 500 gelegen, waren ein Jahr später bereits 549.000 Nutzer angemeldet. Bildeten anfänglich die selbstgebauten Detektoren mit 60 Prozent Marktanteil noch eine klare Mehrheit, so änderte sich das in der Folgezeit. Auch hierfür waren

die nun jährlich in Berlin stattfindenden Funkausstellungen mitverantwortlich.

Auf der fünften Funkausstellung 1928 präsentierten nicht nur 368 Aussteller ihre Produkte, sondern fand auch eine der weltweiten ersten Fernsehübertragungen statt. Das TV-Bild maß 32 Millimeter im Durchmesser. 1932 präsentierte die Idealwerke AG für drahtlose Telephonie, aus der später Blaupunkt hervorging, das erste deutsche Autoradio. Im Jahr der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten wurde der massentaugliche, weil nun für fast jedermann erschwingliche Volksempfänger VE 301 der Öffentlichkeit vorgestellt (siehe PAZ vom 18. August 2023). 100.000 der insgesamt 700.000 Exemplare dieses einfachen, von Otto Griessing von der Berliner Seibt AG entwickelten

Röhrenradios wurden gleich auf der damaligen Ausstellung an den Kunden gebracht. 1935 stellte AEG mit dem Magnetophon K1 das erste industriell gefertigte Tonbandgerät der Welt vor. Und 1937 zeigte die Reichspost-Forschungsanstalt erstmals ein Farbfernsehverfahren mit zwei Grundfarben.

Neubeginn als Wanderausstellung

Von 1940 bis 1949 fanden aufgrund des Zweiten Weltkrieges und seiner Nachwirkungen keine Funkausstellungen statt. 1950 knüpfte die Technologie- und Industriemesse an die Vorkriegstradition an, nunmehr allerdings als Wanderausstellung. Stationen waren Düsseldorf, Frankfurt am Main, Berlin und Stuttgart. Erst 1971 kehrte die Messe als „Internationale Funkausstellung“ (IFA) dauerhaft auf das Gelände unter dem Funkturm im Berliner Westen zurück.

Nun kam es zu einer wachsenden Präsenz von ausländischen Ausstellern, die mit Innovationen glänzten. Dazu zählten Videorecorder (1971), Compact Disks (1981), Digital- und HD-Fernseher (1983 beziehungsweise 1985), Flachbildschirme (1995) und TV-Geräte mit Internetzugang (2001). Allerdings verpasste die Messe mit dem Mobilfunk den wichtigsten Technologietrend der letzten drei Jahrzehnte. Hier machten nun eigene Ausstellungen wie der Mobile World Congress in Barcelona das Rennen. Hingegen erwies sich die strategische Entscheidung vom Ende der 2000er Jahre, auch Haushaltsgeräte bis hin zu Haushaltsrobotern ins Programm zu nehmen, als zukunftsweisend. Künftig sollen nun auch praktische Anwendungen der Künstlichen Intelligenz im Fokus stehen.

PHILOSOPHIE

Der Zugewanderte im Triumvirat der Berliner Spätaufklärung

Johann Erich Biester wurde nicht wie Nicolai und Gedike in Bandenburg, sondern vor 275 Jahren in Lübeck geboren

Mit Friedrich Nicolai und Friedrich Gedike bildete Johann Erich Biester das sogenannte Triumvirat der Berliner Spätaufklärung. Während Nicolai jedoch in Bobrow bei Karstädt, stammte Biester nicht aus Brandenburg, sondern aus Lübeck. In der sogenannten Königin der Hanse wurde er vor 275 Jahren, am 17. November 1749, geboren. Der Popularphilosoph entstammte einer Kaufmannsfamilie. Sein Vater kam in Lübeck als Seidenkaufmann zu Wohlstand. Seine Mutter war eine Tochter des Lübecker Seidenhändlers Joachim Hake.

Biester wuchs im Wohlstand auf, erhielt eine umfassende Bildung und studierte nach dem Besuch des Katharineums zwischen 1767 und 1771 in Göttingen vor allem Rechtswissenschaften, Geschichte, Literaturgeschichte und Sprachen. Er gehörte zu den Vorzeigestudenten des Historikers, Staatsrechtlers, Schriftstellers, Publizisten, Philologen, Pädagogen und Statistikers der Aufklärung August Ludwig von Schlözer. Dazu freundete er sich mit dem der Sturm-und-Drang-Bewegung zugerechneten Dichter in der Zeit der Aufklärung Gottfried August Bürger an und arbeitete nach seinem Studium in seiner Geburts-

stadt als Jurist. Daneben arbeitete er für aufgeklärte Zeitschriften wie die von Nicolai herausgegebene „Allgemeine Deutsche Bibliothek“ („AdB“).

Weil ihn die Juristerei geistig nicht befriedigte, suchte Biester die berufliche Veränderung. Wahrscheinlich mit Unterstützung seines vormaligen akademischen Lehrers Schlözer und anderer Gönner kam Biester nach Mecklenburg. Dort hatte Herzog Friedrich von Mecklenburg-Schwerin im Streit mit der Stadt und der Universität Rostock im Jahre 1760 den Herzoglichen Teil der Universität von Rostock nach Bützow verlegt. Für den wurden nun Lehrkräfte gesucht. Ab 1773 lehrte Biester in der norddeutschen Kleinstadt an der Warnow Geschichte, Sprachen und „schöne Wissenschaften“. Er erfüllte seine Amtspflichten, promovierte nebenbei zum Dr. jur. und veröffentlichte weiter in aufgeklärten Zeitschriften. Nach 1775 fungierte er beim Landmarschall von Lützow auf dessen Gut Eickhof in Mecklenburg als Erzieher.

1777 wurde er an den Preußischen Kultusminister Karl Abraham Freiherr von Zedlitz in Berlin empfohlen, der einen aufgeklärten und sprachkundigen Sekretär suchte. Biester erfüllte wohl alle Erwartungen, sorgte im Auftrag seines

Arbeitgebers für eine Reform des Unterrichtswesens unter Friedrich dem Großen und stieg bald zum unverzichtbaren Staatssekretär des Ministers auf.

Parallel eroberte er sich einen Führungsplatz unter den Berliner Aufklärern. Der Aufsteiger, der 1781 in Lübeck seine Cousine Anna Dorothea Hake geheiratet hatte, gehörte zu den Gründungsmitgliedern der auch als „Berliner



Johann Erich Biester

Mittwochsgesellschaft“ bekannten Gesellschaft der Freunde der Aufklärung, begründete mit seinen Veröffentlichungen zusammen mit dem Königsberger Philosophen Immanuel Kant eine öffentliche „Aufklärungsdebatte“ und attackierte publizistisch seine Kritiker. So zog er gegen die Jesuiten zu Felde, gegen den Schriftsteller, Freimaurer, lutherischen Theologen und Generalsuperintendenten zu Königsberg in Preußen Johann August von Stark sowie den als geistiger Vater des Konservatismus geltenden irisch-britischen Schriftsteller, frühen Theoretiker der philosophischen Disziplin der Ästhetik, Staatsphilosophen und Politiker in der Zeit der Aufklärung Edmund Burke. Friedrich der Große förderte ihn und ernannte ihn schließlich zum 1. Bibliothekar der Königlichen Bibliothek. Er sollte der Bibliothek ein aufgeklärtes Profil geben.

Doch nach dem Tod des aufgeklärten Preußenkönigs kam unter dessen Neffen und Nachfolger sowie dem Einfluss des stockkonservativen Ministers Johann Christoph von Woellner die Aufklärung ins Stocken. Für den Pastor, Gutspächter und Staatsmann unter Friedrich Wilhelm II., der mit seiner Zensur den Fortschritt nach Kräften beschnitt, gehörten

die „Apostel des Unglaubens“ auf die Zitadelle Spandau.

Festungshaft blieb Biester zwar erspart, doch sah sich der Aufklärer in der Ära Wöllner, die mit dem Tod von dessen Gönner Friedrich Wilhelm II. endete, zur Gratwanderung genötigt. Er verlegte die Herausgabe seiner fortschrittlichen Zeitschriften und Artikel nach Jena und Dessau, beteiligte sich maßgeblich an der Übersetzung und Herausgabe der nachgelassenen Werke des verstorbenen Preußenkönigs und erfüllte dessen Auftrag zur Umwandlung der Königlichen Bibliothek nach dem Muster Dresdens.

Biester lehnte den subjektiven Idealismus des Erziehers und Philosophen Johann Gottlieb Fichte wegen dessen Antisemitismus sehr öffentlichkeitswirksam ab, wurde schließlich zum Mitglied der Akademie der Wissenschaften erhoben und verhinderte zusammen mit seinem Freund Nikolai die Aufnahme Fichtes in die Akademie. Dazu fungierte er zuletzt als alleiniger Herausgeber des Hauptorgans der Berliner Aufklärung, der „Berlinischen Monatsschrift“, und deren Nachfolgeorgan, der „Berlinischen Blätter“. Gestorben ist Biester am 20. Februar 1816 in seiner letzten und langjährigen Wirkungsstätte Berlin. *Martin Stolzenau*

VON UTE EICHLER

Was Immanuel Kant für Königsberg, ist Jacob Böhme für Görlitz. Der Philosoph und Vertreter des deutschen Idealismus Friedrich Wilhelm Joseph Schelling bezeichnete Böhme als „eine Wundererscheinung in der Geschichte des deutschen Geistes“, und für Schellings Kollegen und Zeitgenossen Georg Wilhelm Friedrich Hegel war Böhme „der erste deutsche Philosoph; der Inhalt seines Philosophierens ist echt deutsch“.

Geboren wurde der so Beschriebene 1575 in Alt Seidenberg in der Oberlausitz als einer von mehreren Söhnen einer Bauernfamilie. Wegen seiner schwächlichen Konstitution wurde er zum Schuhmacher bestimmt. In der ersten Hälfte der 1590er Jahre kam er nach Görlitz. Dort erwarb er 1599 das Bürgerrecht, kaufte ein Haus und heiratete die einheimische Handwerkertochter Catharina Kuntzschmann. Nach seiner eigenen Aussage hatte er im Jahr 1600 ein erstes mystisches Erlebnis. Im selben Jahr wurde sein erster Sohn geboren. Drei weitere folgten. Ab 1613 betrieb Böhme einen einträglichen Garnhandel. Er kam dadurch in andere Orte, auch nach Prag, und er war Gast bei verschiedenen niederschlesischen Adelsfamilien, die seinen Ansichten gegenüber aufgeschlossen waren.

Von ihm nicht beabsichtigt, wurde 1612 sein erstes Werk in Abschriften verbreitet: „Morgenröte im Aufgang (Aurora)“. Böhme selbst sprach von zwölf Jahren geistiger Schwangerschaft, um „Aurora“ niederzuschreiben. Alle Kerngedanken seiner späteren Aussagen über Gott und die Welt sind in diesem Werk bereits enthalten. Ein rundes Jahrzehnt später formulierte er in „Mysterium Magnum“: „Wenn ich betrachte, was Gott ist, so sage ich: Er ist das Eine gegenüber der Natur als ein ewig Nichts. Er hat weder Grund, Anfang noch Stätte und besitzt nichts als nur sich selber. Er ist der Wille des Urgrundes. Er ist in sich selber nur eines. Er bedarf keinen Raum noch Ort. Er gebäret von Ewigkeit in Ewigkeit sich selber in sich. Er ist keinem Dinge gleich oder ähnlich und hat keinen sonderlichen Ort, da er wohne. Die ewige Weisheit oder Verstand ist seine Wohnung. Er ist der Wille der Weisheit. Die Weisheit ist seine Offenbarung.“

Eine Wundererscheinung in der Geschichte des deutschen Geistes

In neun aufeinander aufbauenden Texten entwickelt Böhme die Grundzüge seiner Kosmologie – von der Selbstgebärung Gottes bis zur Erschaffung von Welt und Mensch. Eine Schlüsselstelle ist der Eingangssatz: „Der Urgrund ist ein ewig Nichts.“

Bis zum Jahr 1618 hielt er sich an ein ihm vom Rat der Stadt Görlitz auf Betreiben eines Pfarrers auferlegtes Schreibverbot. Kurioserweise waren es die Empörung seiner Kritiker aus den Reihen beider Kirchen und deren polemische Schriften gegen den Schuster, der nicht Theologie studiert hatte, die Böhme einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machten.

In seinem Todesjahr erschien mit „Der Weg zu Christus“ das einzige zu seinen Lebzeiten gedruckte Werk. Die über zwanzig anderen von ihm verfassten Werke zirkulierten ausschließlich als Abschriften. Erst 58 Jahre nach seinem Tod wurde in Amsterdam die erste Gesamtausgabe seiner Schriften gedruckt.

Böhme starb am 17. November 1624 in Görlitz. Seine Grabstätte ist noch heute auf dem Historischen Friedhof der Stadt zu finden. Zu deren Besuchern gehörte im Jahr 1813 auch Max von Schenkendorf. Dessen Gedicht „An Jacob Böhmes Grab“ zeugt von der Bewunderung des in Tilsit geborenen und aufgewachsenen Dichters für den fast zwei Jahrhunderte zuvor Verstorbenen.



Hat nicht nur in diesem Jahr seinen 400. Todestag, sondern auch im nächsten seinen 450. Geburtstag: Jakob Böhme

MYSTIK

„Suchet die Lilie!“

Vor 400 Jahren starb der Philosoph und christliche Theosoph Jakob Böhme. Das Schlesische Museum zu Görlitz widmet dem ersten Verfasser philosophischer Werke in deutscher Sprache eine Sonderausstellung

Aus Anlass von Böhmes 400. Todestag in diesem und seinem 450. Geburtstag im kommenden Jahr zeigt das Schlesische Museum zu Görlitz die Ausstellung „Lilienzeit. Der mystische Philosoph Jacob Böhme und die Erneuerung der Welt“. Wenn der Besucher große Aufnahme-fähigkeit und viel Zeit mitbringt, so kann er mit Hilfe einer Hörstation versuchen, in die Gedankenwelt Böhmes einzudringen. Die gelesenen Textpassagen fordern zu Selbsterforschung und Selbsterkenntnis auf.

Erstmals wird der Gedanke der Freiheit, des freien Willens des Menschen formuliert. In jedem Menschen, unabhängig von dessen Glaube, wohnt der göttliche Funke. In Böhmes Werk steckt geistiges Dynamit. Der sprachmächtige Autodidakt ist der bedeutendste Autor der christlichen Theosophie und der deutschen Mystik.

Über den geheimnisvollen Mann aus Görlitz sind allein in den zurückliegenden drei Jahrzehnten mehr als 400 geisteswissenschaftliche Arbeiten verfasst worden.

Der Pflege und Verbreitung seines Werks hat sich die Internationale Jacob-Böhme-Gesellschaft angenommen.

Er ist überhaupt nicht zu lesen, wenn die Einstellung fehlt

Der Schriftsteller, Dichter und Maler Hermann Hesse formulierte zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts: „Er ist nicht nur schwer zu lesen, so wie Kant in vielen Kapiteln schwer zu lesen ist. Er ist überhaupt nicht zu lesen, wenn die Einstellung fehlt.“

Das zur Ausstellung im Schlesischen Museum in den drei Sprachen Deutsch, Polnisch und Englisch vorliegende Begleitheft bietet mit seinen übersichtlichen Texten einen hilfreichen Einstieg, um sich Böhmes Zeit, seinem Werk und seiner Gedankenwelt zu nähern. Spannend ist auch, über das Schicksal von Böhmes Schriften im Zweiten Weltkrieg zu lesen.

Böhmes Appell „Suchet die Lilie“ ist seit mehr als 400 Jahren eine hoffnungsvolle Botschaft in von Kriegen, Seuchen und Naturkatastrophen durchsetzten Zei-

ten. Mit der Lilie, einem Symbol für die Wiedergeburt, weist Böhme auf die Möglichkeit der Erneuerung der Welt hin. So heißt es abschließend im Begleitheft zur aktuellen Ausstellung: „Vor allem seine ethischen Positionen überraschen durch ihre Aktualität. Böhme betont die Würde aller Völker und Religionen, plädiert für einen respektvollen Umgang mit der Natur und prangert Machtmissbrauch an. Auf diese Weise ruft Böhme jede und jeden von uns auf, sich an der Erneuerung der Welt zu beteiligen, angefangen bei einem selbst. Er ist überzeugt, dass es an uns ist, die Lilienzeit einzuläuten.“

● Die Sonderausstellung „**Lilienzeit. Der mystische Philosoph Jacob Böhme und die Erneuerung der Welt**“ ist noch bis zum 2. Februar im Schlesischen Museum zu Görlitz, Brüderstraße 8, Untermarkt 4, 02826 Görlitz, zu sehen, Telefon (03581) 8791-0, Fax (03581) 8791-200, E-Mail: kontakt@schlesisches-museum.de, Internet: www.schlesisches-museum.de.

WILHELMINE

Eine orange gefärbte Preußin

Die erste Königin der Niederlande war mit Wilhelmine eine geborene Prinzessin von Preußen. Vor 250 Jahren, am 18. November 1774, kam sie in Potsdam zur Welt. Ihr Vater war Preußens vierter König Friedrich Wilhelm II., ihre Mutter dessen zweite Ehefrau, Prinzessin Friederike Luise von Hessen-Darmstadt. Sie war damit eine Schwester des fünften preußischen Königs ab dem Tod des gemeinsamen Vaters im Jahre 1797, Friedrich Wilhelm III. Zu ihrem vier Jahre älteren Bruder hatte sie zeitlebens ein besonders enges Verhältnis.

Am 1. Oktober 1791 heiratete die als geistreich und ernsthaft beschriebene Preußin in Berlin ihren Cousin, den oranischen Erbprinzen Wilhelm Friedrich von Oranien-Nassau. Die Ehe galt als glücklich.

1795 wurden die Oranier von den revolutionären Franzosen aus den Niederlanden vertrieben und gingen ins Exil nach England. 1812 überließ ihr Bruder ihr die schlesische Herrschaft Heinrichau.

Nach der Befreiung der Niederlande von der napoleonischen Herrschaft wurde 1813 die Herrschaft der Oranier restauriert. Der Begriff der Republik galt durch die Französische Republik als belastet, und so erklärte sich Wilhelmines Ehemann nach seiner Rückkehr aus dem englischen Exil zum Souveränen Fürsten der Vereinigten Niederlande.

Auf die Wiederherstellung seiner Herrschaft in den vormaligen österreichischen Niederlanden legte der österreichische Kaiser keinen Wert, da er in den Revolutions- und napoleonischen Kriegen hatte erfahren müssen, wie schwer derartige Exklaven zu verteidigen waren. Da das heutige Belgien als zu schwach galt, um seine Selbstständigkeit gegen seinen südlichen Nachbarn Frankreich verteidigen zu können, wurde es auf dem Wiener Kongress 1815 seinem nördlichen Nachbarn zugeschlagen. Mit dem territorialen Zugewinn wurde die Aufwertung vom Souveränen Fürstentum zum Königreich verbunden. So wurden Wilhelmine und ihr Ehemann das erste niederländische Königspaar.

Die beiden wurden darüber hinaus Stammeltern des niederländischen Königshauses. Auf Wilhelm I. folgten nämlich 1840 ihr gemeinsamer Sohn Wilhelm II., 1849 dessen Sohn Wilhelm III., 1890 dessen Tochter Wilhel-



Prinzessin Wilhelmine von Preußen

mina, 1948 deren Tochter Juliana, 1980 deren Tochter Beatrix und 2013 schließlich deren Sohn Willem-Alexander.

Wilhelmine selbst kränkelte ab 1820. Sie zeigte sich in ihren letzten Lebensjahren kaum noch in der Öffentlichkeit und starb noch vor ihrem Ehemann am 12. Oktober 1837 in Den Haag. *Manuel Ruoff*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die vermutlich ältesten aufrecht gehenden Vorfahren des Homo sapiens, der Sahelanthropus und der Ardipithecus, lebten vor rund sechs bis sieben Millionen Jahren. Überreste des Ersteren fanden sich an der Grabungsstelle von Toros-Menalla in der Djurab-Wüste nördlich des Tschad-Sees im Herzen von Afrika. Hier entdeckte Aounta Djimdoumbaye vom Centre National d'Appui à la Recherche in N'Djaména am 19. Juli 2001 einen vermutlich sieben Millionen Jahre alten Schädel. Noch älter könnten Fragmente eines Graecopithecus gewesen sein, deren Überreste von Experten auf die Zeit vor 7,2 Millionen Jahren datiert werden.

Die Schädel bestehen allerdings nur aus einem weitgehend zerstörten Unterkiefer, der 1944 beim Bunkerbau in Pyrgos Vasilissis unweit von Athen zum Vorschein kam, sowie einem einzelnen Zahn, den man 2012 im Azmaka-Steinbruch in Bulgarien fand. Eindeutig jünger ist dagegen das 2001 ausgegrabene und von Johannes Haile-Selassie analysierte Unterkieferfragment eines Ardipithecus. Das stammt aus der Afar-Senke im Norden Äthiopiens und hat ein Alter von knapp sechs Millionen Jahren.

Auf die frühen Vertreter der menschenartigen Hominini folgte vor rund vier Millionen Jahren die Gattung Australopithecus, deren Auftreten nur auf Afrika beschränkt war. Daraus wiederum entwickelte sich rund eine Million Jahre später die Gattung Homo. Als wichtigste Kennzeichen dieses Entwicklungssprunges gelten die drei statt zwei mehrwurzeligen Zähne im hinteren Bereich des Kiefers sowie ein Hirnvolumen von mehr als 700 Kubikzentimetern.

Mehr als drei Millionen Jahre

Der Australopithecus und dessen direkte Nachfahren standen aufgrund ökologischer Umwälzungen vor vielfältigen neuen Herausforderungen: Durch die Verschiebung der Erdplatten wurde das Klima in Zentral- und Ostafrika trockener, außerdem gab es verstärkte vulkanische Aktivitäten. Das bewirkte Veränderungen bei der Flora und Fauna, welche zu einem erhöhten Anpassungsdruck führten. Eine Folge davon war die Herstellung und Nutzung von ersten Werkzeugen aus Stein zur Bearbeitung von Tierkadavern, deren Fundstellen dann auch die ältesten archäologischen Stätten auf der Erde bilden. Dabei entbrannte immer wieder Streit um die korrekte Datierung und Zuordnung zu den verschiedenen Vorläufern des Homo sapiens.

Zunächst hieß es, die Werkzeuge der Oldowan-Kultur aus Gona nördlich des Flusses Awash in der äthiopischen Afar-Senke seien die ersten Artefakte der Weltgeschichte gewesen. Deren Entdeckung erfolgte zwischen 1992 und 1994



Ob auch sie schon Werkzeuge herstellen konnte? Nachbildung einer Australopithecus-Dame im Prähistorischen Museum von Barcelona

Foto: imago/Depositphotos

GESCHICHTE DES MENSCHEN

Forscher rätseln über die ältesten Werkzeuge der Menschheit

Millionen Jahre vor der Entstehung des Homo sapiens fertigten unsere Vorfahren Hilfsgeräte an. Doch noch ist offen, welches Steinwerkzeug das älteste ist – und welche Frühmenschenart es schuf

durch US-amerikanische Anthropologen um Sileshi Semaw von der Rutgers University in New Brunswick. Anschließend wurden die aus Geröllkieseln gefertigten Abschlagwerkzeuge mit einseitig bearbeiteten Kanten mittels der Kalium-Argon-Methode auf ein Alter von bis zu 2,6 Millionen Jahren datiert. Als Produzenten der einfachen Artefakte vermuteten die Forscher zunächst Frühmenschen der Arten Homo rudolfensis, Homo habilis und Homo erectus, später dann zusätzlich auch den Australopithecus.

2013 und 2017 führten die Funde von Ledi-Geraru in Äthiopien und Nyayanga in Kenia jedoch dazu, dass Gona nicht mehr als die konkurrenzlos älteste archäologische Stätte unseres Planeten gilt. Am Standort Bokol-Dora im Gebiet der beiden Flüsse Ledi und Geraru förderte ein internationales Forscherteam unter David Braun von der Washington University ebenfalls 2,6 Millionen Jahre alte

Steinwerkzeuge zutage. Und in Nyayanga an der Westküste der Halbinsel Homa im Victoria-See gruben Archäologen 330 Steingeräte vom Oldowan-Typ aus Quarzit und Granit aus, deren Alter später von Wissenschaftlern um Thomas Plummer vom National Museum of Natural History in Washington auf 2,9 und 3,2 Millionen Jahre geschätzt wurde.

Und wenn es bloß Steine sind?

Aufgrund des parallelen Fundes von gleichaltrigen Überresten des Paranthropus aethiopicus sowie des Fossils LD 350-1 kommen unterschiedliche Vormenschen als Hersteller der Werkzeuge infrage, wobei im Falle von LD 350-1 keine eindeutige Zuordnung zu einer Art erfolgen kann. Aber die archäologische Stätte von Nyayanga ist wohl ebenfalls nicht die älteste. Diese Ehre gebührt nach jetzigem Stand der Wissenschaft dem Ausgrabungsplatz Lomekwi 3 auf einem flachen Hügel am

Westufer des Turkana-Sees in Kenia. Hier liegen 3,3 Millionen Jahre alte Sedimente, die ebenfalls Steinwerkzeuge enthalten. 19 davon bargen Forscher aus den USA, Frankreich und Kenia unter der Leitung von Sonia Harmand und Jason Lewis vom West Turkana Archaeological Project in der Zeit bis 2015.

Dabei erwies sich, dass ihre Form archaischer und primitiver ist als die der vermeintlich ersten Steingeräte der Welt vom Oldowan-Typ. Sie wirken deutlicher massiver und wurden offenbar auch mit weniger gezielten Schlägen hergestellt. Das auffälligste Stück von 15 Kilogramm Gewicht mutet wie ein überdimensionales Schneidebrett an.

Auch in diesem Falle steht wieder die Frage nach den Schöpfern der Artefakte. In Betracht kommen dabei vor allem der Australopithecus afarensis, dessen Geschichte bis in die Zeit vor rund vier Millionen Jahren zurückreicht, und der Keny-

anthropus, der vor 3,5 Millionen Jahren auf der Bildfläche erschien. Schädelfragmente des Letzteren wurden bereits 1998/99 von den kenianischen Forschern Justus Erus und Blando Onyango in Lomekwi ausgegraben.

Allerdings bezweifeln manche Prähistoriker und Anthropologen, dass die Funde vom Ufer des Turkana-Sees tatsächlich Werkzeuge gewesen seien: Was, wenn es sich hier nur um zufällig zersplitterte Steine handelt? Daraus entstand eine Debatte, in die Zeresenay Alemseged von der University of Chicago und dessen Kollegen schließlich ein Argument einbrachten, das dem Ganzen noch eine weitere Wende verleihen könnte. Sie gaben an, im äthiopischen Dikika Hinweise darauf gefunden zu haben, dass Vertreter der Vormenschenart Australopithecus afarensis schon vor 3,4 Millionen Jahren mit scharfkantigen Steinen Fleisch von Tierknochen schabten.

ZEITKAPSEL

Aufbewahrt für alle Zeit

Um Informationen für immer zu sichern, kommen neuerdings Datenspeicher ins Spiel, die länger halten als das Universum

Das alte Hallstätter Salzbergwerk im österreichischen Salzkammergut soll künftig die größte Zeitkapsel der Menschheit darstellen. Zu diesem Zweck will die Memory of Mankind Foundation (MOM) Datenträger auf keramischer Basis in den Stollen einlagern, um so der drohenden „Digitalen Demenz“ durch das über kurz oder lang eintretende Unbrauchbarwerden der gängigen Speichermedien von heute entgegenzuwirken.

Im Rahmen eines ersten großen Projekts mit dem Namen „Tausend Bücher für eine Million Jahre“ wurden die wichtigsten Schriftzeugnisse aller Zeiten in 20 mal 20 Zentimeter große Keramiktafeln

gebrannt, von denen jede einzelne bis zu eintausend Buchseiten enthält. Gleichzeitig nutzen auch namhafte naturwissenschaftliche und kunsthistorische Museen die Möglichkeit, Daten im unterirdischen Archiv der MOM einzulagern. Demnächst wird außerdem ein sehr spezieller Speicherchip als Flaschenpost in die Zukunft dienen.

Hierbei handelt es sich um eine Entwicklung von Jingyu Zhang, Martynas Beresna, Peter Kazansky und Mindaugas Gecevicius vom Optoelectronics Research Centre der Universität Southampton. Diese besteht aus einer nanostrukturierten hochfesten kristallförmigen

Scheibe aus synthetischem Quarz, in die ein ultraschneller Laser bis zu 360 Terabyte an Daten eingravieren kann. Ein Terabyte entspricht in etwa dem Inhalt von 750.000 Büchern.

Der münzgroße Chip soll jedoch eine andere Art von Information tragen, nämlich den kompletten genetischen Plan des Menschen, welcher rund drei Milliarden Buchstaben umfasst. Der Zweck des Ganzen besteht darin, Anweisungen zu übermitteln, mit deren Hilfe sich unsere Spezies noch Äonen nach ihrem Aussterben rekonstruieren ließe. Deshalb enthält der Kristall auch einen speziellen Schlüssel mit Angaben über die vier Basen des DNA-

Makromoleküls, die Doppelhelix-Struktur der DNA und die Platzierung von Genen in Chromosomen. Damit der Quarz seine Bestimmung erfüllen kann, muss er besonders langlebig sein. Und hier haben die Forscher aus Southampton ein wahres Meisterstück vollbracht.

Der Kristall hält den Weltrekord für das haltbarste digitale Speichermedium: Seine Lebensdauer soll 300 Trillionen Jahre betragen – das entspricht einer Drei mit 20 Nullen. Dies ist länger als die vermutliche Restexistenzzeit des Universums, gilt allerdings nur für eine Temperatur von rund 20 Grad. Aber auch bei extremer Hitze und Kälte verweigert der

Speicherchip angeblich erst nach 14 Milliarden Jahren den Dienst. Darüber hinaus hält er einem Druck von zehn Tonnen pro Quadratzentimeter sowie der intensiven Einwirkung von harter kosmischer Strahlung stand.

Während manche Forscher nun hoffen, dass der Chip zukünftige oder fremde Zivilisationen in die Lage versetzt, den Menschen von heute bei Bedarf „wiederzubeleben“, bleiben andere skeptisch. So verwies der Speicherexperte Thomas Heinis vom Imperial College London auf die hohen Hürden beim Auslesen von Daten aus unbekannten oder veralteten Datenträgern. W.K.



NÖRDLICHES OSTPREUSSEN

Litauen verstärkt die Grenze

Die Furcht vor einem russischen Angriff wächst – Verteidigungsminister setzt auf „Drachenzähne“

VON BODO BOST

Neue Sperrungstechniken an der Königin-Luise-Brücke und einer Furt bei Pogegen am Memel-Fluss, die den Zweck haben, die Fortbewegung feindlicher Truppen zu beeinträchtigen, wurden Ende Oktober am Grenzübergang Übermemel [Panemune] und in Pogegen [Pagėgiai] vorgestellt. Die neuen Befestigungen wurden zunächst an zwei Stellen präsentiert, aber nach Angaben des Verteidigungsministers „wird es noch mehr solcher Stellen geben“.

„Dies ist der Anfang der Befestigung“, betonte Verteidigungsminister Laurynas Kasčiūnas. Ihm zufolge ist geplant, etwa 80 befestigte „Drachenzähne“ in und neben dem Fluss zu installieren, wo es Furten geben könnte, durch die feindliches schweres Gerät fahren könnte. Auf der Tilsiter Brücke sollen 80 „Drachenzähne“ und sieben „Igel“ installiert werden, einige dieser Maßnahmen werden noch mit Stacheldraht verstärkt. „Später werden auch Metallträger als Sicherungsbarriere installiert, um die Durchfahrt von schwerem Gerät zu verhindern. Es werden Vertiefungen in die Straße eingebracht, in die die Balken eingesetzt werden“, sagte Kasčiūnas. Die Arbeiten erfordern eine Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Verkehr und Kommunikation und den litauischen Streitkräften.

Befestigungen sollen dauerhaft bleiben

Nach Angaben des Ministers sind „Drachenzähne“ und „Igel“ Teil des Plans, der auch zwei weitere Maßnahmen – Stahlbetonblöcke und sogenannte spanische Pferde – umfasst. „Es handelt sich um vier Maßnahmen, die zusammengeführt werden und im Frühjahr beendet sein werden“, sagte er. Ihm zufolge werden die Gegenmaßnahmen gestaffelt sein, sie werden dauerhaft auf der Tilsiter Brücke bleiben, während sie im Fluss je nach Wasser-



Nur noch für Fußgänger passierbar: Die Königin-Luise-Brücke von litauischer Seite nach Tilsit

Foto: Lithuanian Armed Forces

stand eingesetzt werden. „Da die Brücke derzeit nur für Fußgänger geöffnet ist, werden wir ein Gitter machen, alles, was dort ist, wird bleiben, nur Fußgänger werden in der Lage sein, sich zu bewegen, Fahrzeuge nicht“, sagte der Minister.

„Die Furt bei Pogegen ist abhängig von Wasserstand und Ebbe. Wenn es Hochwasser gibt, haben wir kein Problem mit der Verteidigung. Wir werden entsprechend reagieren“, fügte er hinzu. Kasčiūnas zufolge hat die litauische Grenzschutzeinheit (SOGGL) in Pogegen die russischen Beamten darüber informiert, dass der Fußgängerverkehr auf der Brücke in beiden Richtungen während der Präsentation vorübergehend für etwa zwei Stunden unterbrochen würde. An der Einrichtung der Brückensperrungen neben Kasčiūnas auch Innenministerin Agnė Bilotaite, Regierungssprecherin Giedrė Balčytė, der Chef des Ver-

teidigungsstabs der litauischen Streitkräfte Remigijus Baltrenas und SOGL-Chef Rustamas Ljubajevs teil.

„Was den Schutz unserer Grenzen und die Grenzschutzstandards angeht, so ist Litauen heute ein Land, das die höchste Stufe erreicht hat und ein Beispiel dafür ist, wie eine Grenze geschützt werden sollte“, sagte Innenministerin Bilotaite auf der Veranstaltung.

Ende Juli genehmigte die Regierung die Durchführung einiger Maßnahmen zur Mobilitätsbekämpfung, darunter die Einrichtung von Parks, Straßensperren, Baumpflanzungen, die Sanierung von Entwässerungsgräben und die Installation von Sprengwerken unter Brücken. Bis zum 1. April nächsten Jahres sollen an den von der litauischen Armee ausgewiesenen Standorten an der Grenze zu Weißrussland und dem Königsberger Gebiet weitere Parks mit Maßnahmen

zur Mobilitätsbekämpfung eingerichtet werden.

Kasčiūnas erklärte im August, dass diese Maßnahmen das Abschreckungs- und Verteidigungspotential des Landes sowie die Sicherheit der Grenzen zur Russischen Föderation und Weißrussland erhöhen werden.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums erhält die Armee in diesem Jahr acht Millionen Euro für den Kauf von technischen Mitteln zur Steuerung der Mobilität für die Armee und 2,4 Millionen Euro für andere Abteilungen. Nach Angaben des Militärs sind Hindernisse am wirksamsten, wenn sie zusammen mit Minen installiert werden. Der größte Teil der Mittel wird für ihre Anschaffung ausgegeben. Zusammen mit den Minen könnten innerhalb eines Jahrzehnts etwa 600 Millionen Euro für die Einrichtung von Anti-Mobilitätsparks benötigt werden.

ALLENSTEIN

Eine wichtige Bahnstabsunterführung verkürzt die Wege

Umfangreiche Umbauarbeiten am Hauptbahnhof gehen ihrem Ende entgegen – Endgültige Fertigstellung zum Jahresende

Mit Spannung erwarten die Allensteiner Bürger die Eröffnung des neuen Teils der Unterführung, die im Rahmen der Modernisierung des Hauptbahnhofs verlängert wurde. Das um rund 100 Meter erweiterte Bauwerk mit Eingang an der Marii-Zientary-Malewskij-Straße verkürzt seit Ende September den Zugang zu den Bahnsteigen aus den nördlichen Wohnsiedlungen und ermöglicht Fußgängern einen schnellen Weg zum Stadtteil auf der anderen Seite.

Die Unterführung zu den Bahnsteigen ist 140 Meter lang. Das mit Granitplatten verkleidete Bauwerk ist breiter und höher als zuvor. Auch Rolltreppen, die zu den Bahnsteigen führen, und Aufzüge wurden eingebaut. Einer der Aufzüge ermöglicht den Zugang für Menschen mit Behinderungen von der Seite der Zientary-Malewskij-Straße aus. Außerdem wurden an den Zugängen zu den Bahnsteigen Anzeigetafeln installiert, die Auskunft über die nächste Zugabfahrt geben. Zudem ist eine Videoüberwachung vorgesehen, die ein höheres

Maß an Sicherheit gewährleisten und mutwilligen Zerstörungen vorbeugen soll.

Die Bauarbeiten umfassen auch ein neues Entwässerungssystem. Mit der Fertigstellung des neuen Tunnels direkt un-

ter dem Bahnhofsbauwerk wird zudem eine schnelle Verbindung zum nahegelegenen öffentlichen Verkehrsknotenpunkt mit Straßenbahn- und Bushaltestellen geschaffen.



Umbauten im Bahnhofsbereich: Der neue Zugang zu den Bahnsteigen

Foto: D.K.

Beim Umbau des Hauptbahnhofsbereichs wurden auch vier Bahnsteige mit neuen Bänken, Informationsvitruinen, Anzeigetafeln und eine Lautsprecheranlage neu eingerichtet. Der historische Stahlunterstand wurde erneuert und erhielt eine neue Verschalung. Es wurden insgesamt 28 Kilometer Gleise und 116 Weichen sowie die Bahnsteuerungsanlagen und die Oberleitung ersetzt. Nicht nur der Personen-, sondern auch der Güterbereich des Bahnhofs wurde modernisiert.

Stellwerk mit moderner Technik

„Im Rahmen der Umbauten wurde in Allenstein ein neues Stellwerk mit moderner Computertechnik gebaut. Von dort aus überwachen Fahrdienstleiter die Durchfahrt von Personen- und Güterzügen im Bahnhof und auf den nahegelegenen Strecken“, erklärte Michał Stilger, Sprecher der Polnischen Eisenbahnen. Auch das neue Bahnhofsbauwerk wird bald fertig sein. Der geplante Termin für den Abschluss der

Bauarbeiten war zwar das dritte Vierteljahr, das Bahnhofsbauwerk soll aber erst nach der technischen Abnahme, das heißt zum Jahresende, für die Fahrgäste geöffnet werden.

Der Bahnhof besteht aus drei Stockwerken: einem unterirdischen und zwei oberirdischen. Im Erdgeschoss wird es Fahrkartenschalter, Toiletten und eine Lobby mit einem Warteraum geben. Der erste Stock ist für Büros vorgesehen. Im Bahnhofsbauwerk sind außerdem Räumlichkeiten für Eisenbahngesellschaften und Unternehmen vorgesehen. Es soll bald eine Ausschreibung für die Verpachtung von Gastronomie- und Dienstleistungsräumen sowie von Plätzen für Gepäckaufbewahrung und Getränke- sowie Snackautomaten erfolgen. Auch der Bahnhofsvorplatz wird ausgebaut, indem ein Parkplatz und ein Fahrradunterstand entstehen. Außerdem wird es an Grünflächen, Bänken und Beleuchtungsanlagen nicht fehlen.

David Kazański

MELDUNGEN

Weniger Vögel als im Vorjahr

Rossitten – Zum diesjährigen Saisonende wurden in der Feldstation Fringilla, der früheren Vogelwarte Rossitten, mit 18.000 zwei Drittel weniger Vögel gezählt als im Vorjahr, als bis Ende Oktober rund 53.000 Vögel ins Netz der Forscher gingen. Als Grund vermuten die Experten, dass durch den frühen Frühlingsbeginn und den darauffolgenden starken und anhaltenden Kälteeinbruch in diesem Jahr der Brutserfolg vieler Vogelarten, darunter Meisen und Zaunkönige, deutlich geringer ausfiel als gewöhnlich. Die Vogelwarte bleibt nun bis zum April geschlossen. Die Zeit nutzen die Wissenschaftler zur Verarbeitung der gesammelten Daten und dem Verfassen wissenschaftlicher Arbeiten. **MRK**

Suche nach Heerlagern

Grünfeld – Auf dem Feld der Tannenbergschlacht bei Grünfeld suchen seit zehn Jahren unter der Leitung des dortigen Museums Archäologen nach Spuren der Lager der polnisch-litauischen Heere. In diesem Jahr waren es 70 Sucher, darunter Dänen und Norweger, die mit Metalldetektoren auf den Feldern unterwegs waren. Museumsmitarbeitern zufolge weisen die bisherigen Funde darauf hin, dass es mehr als ein Lager des Deutschen Ordens gab. Unter den diesjährigen Funden sind die Spitze eines Armburstpfeils, ein Fragment eines Kettenhemds und ein gepanzerter Fäustling. Aufgrund anderer Funde konnte man das Hauptlager der Deutschordensritter dort lokalisieren, wo Hochmeister Heinrich von Plauen nach der Schlacht eine Kapelle errichten ließ. Die Überreste der vielen in der Schlacht gefallenen Soldaten warten auf ihre Entdeckung. Bisher konnten die Knochen von gerade einmal 300 Männern gefunden werden. **U.H.**



ZUM 105. GEBURTSTAG

Katzenski, Erna, geb. Labusch, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. November

ZUM 101. GEBURTSTAG

Kohlhaussen, Eva, geb. Koch, aus Wiesenfeld, Kreis Neidenburg, am 15. November
Roggon, Robert, aus Treuburg, am 21. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Schoen, Gerhard, aus Münchenfelde, Kreis Lötzen, am 20. November
Schröder, Martin, aus Sargen, Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, am 10. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Czub, Dr. Erich, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 16. November
Wietzorek, Kurt, aus Lyck, am 17. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Aßmann, Erika, geb. Wunder, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 17. November
Begett, Alfred, aus Kirpehnen, Kreis Fischhausen, am 21. November
Kutzinski, Heinz, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 15. November
Neubauer, Erna, aus Lyck, am 15. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Depolt, Herta, geb. Gloddek, aus Rohmanen-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 15. November
Holst, Eva-Maria, geb. Schröter, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 18. November
Krogmann, Martha, geb. Seidel, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 16. November
Kroll, Margarete, geb. Regge, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 15. November

Letkow, Siegfried, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 134, am 19. November
Selenz, Frieda, geb. Fröse, aus Er-len, Kreis Elchniederung, am 17. November
Sperzel, Waltraut, geb. Erzberger, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 21. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Augustin, Helmut, aus Son nau, Kreis Lyck, am 17. November
Komoss, Erich, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 20. November
Symanzik, Horst, aus Maschen, Kreis Lyck, am 19. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Köhler, Gertrud, geb. Kühn, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 20. November
Pick, Ruth, geb. Czypull, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 20. November
Wenzel, Hans-Günther, aus Lyck, Yorkplatz, am 17. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gehrmann, Eduard, aus Hagenau, Kreis Mohrungen, am 21. November
Haase, Bruno, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 15. November
Kowalzik, Fritz, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 20. November
Maak, Waltraud, geb. Zehrt, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 15. November
Schulz, Hildegard, geb. Reichert, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 19. November
Volkman, Ella, geb. Rattay, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 20. November
Wettstein, Christel, geb. Brandt, aus Mohrungen, am 21. November
Wilzewski, Ernst, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 15. November
Wolff, Inge, geb. Schirmacher, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bachmann, Gerda, geb. Hoffmann, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 15. November

Mitgliederversammlung

Duisburg – Sonnabend, 23. November, ab 10.30 Uhr (Einlass ab 10 Uhr), B & B Hotel Duisburg Hauptbahnhof-Nord, Portsmouthplatz 5: **ordentliche Mitgliederversammlung der PRUSSIA**, Gesellschaft für Geschichte, Archäologie und Landeskunde Ost- und Westpreußens e.V. (Kurzform PRUSSIA-Gesellschaft) mit vorangehender Vortragsveranstaltung. An den Vorträgen können interessierte Gäste auch ohne Anmeldung gerne teilnehmen. Programm: 10.30 Uhr: Begrüßung durch den Präsidenten der PRUSSIA-Gesellschaft, Totenehrung, Einführung in den Tagesablauf; 10.45 Uhr in Kooperation mit der Stadtgemeinschaft Königsberg e.V.: Vortrag von Prof. Dr. Hans-

Peter Schwöbel, Mannheim, zu aktuellen Fragen der Aufklärung im Rahmen des Kant-Jahrs 2024 mit dem Thema „Sprache als Machtinstrument und als aufklärerische Ressource“; 12.30 Uhr: Gedankenaustausch bei einem kleinen Imbiss; 13.30 Uhr: Vortrag von Dr. Christine Reich, Berlin, „Ostpreußen entziffert! – Die archäologischen Ortsakten aus Königsberg in Ostpreußen“. Der Vortrag stellt das gemeinsame Projekt der PRUSSIA-Gesellschaft und dem Berliner Museum für Vor- und Frühgeschichte vor, dass sich dem Transkribieren, Erfassen und der digitalen Präsentation der archäologischen Ortsakten aus dem Königsberger Prussia-Museum widmet. Gut 2200 Aktenbände mit über 20.500 Einzel-



blättern zu etwa 2000 Fundorten aus 36 ostpreußischen Kreisen liegen dem Projekt zugrunde; 15 bis etwa 16 Uhr: Mitgliederversammlung mit folgender vorläufiger Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit, Annahme der Tagesordnung, 3. Bericht des Vorstands, 4. Bericht des Schatzmeisters, 5. Aussprache zu Ziffer 3 und 4, 6. Ab-

stimmung über die Entlastung des Vorstands für das Jahr 2023, 7. Vorhaben, Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl 2025, 8. Verschiedenes. Änderungen und Anträge zur Tagesordnung bitten wir per Brief, FAX, E-Mail bis zum 15. November an den Vorstand zu übermitteln. Hans-Jörg Froese, Präsident der PRUSSIA-Gesellschaft

Blau, Brunhilde, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 15. November
Hömke, Reinhold, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 15. November
Kopp, Alfred, aus Wolfsdorf, Kreis Elchniederung, am 17. November
Notter, Lucia Ursula, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 19. November
Pätzold, Erika, geb. Bartholomayzik, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. November
Rilka, Gertrud, geb. Brosowski, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. November
Siebert, Fritz, aus Schönfließ, Kreis Rastenburg, am 19. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gayko, Irma, geb. Oberüber, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 15. November
Keimel, Bruno, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 20. November
Kulschewski, Ernst, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 17. November
Paul, Ingeborg, geb. Hirschfeld, aus Seehausen, Kreis Ebenrode, am 20. November
Sarzio, Hildegard, geb. Lasl, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 20. November

Steinbach, Hildegard, geb. Janowski, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 17. November
Wissuwa, Irmgard, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 20. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Hemke, Hannelore, geb. Marquardt, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 16. November
Lorra, Horst, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 20. November
Wiberny, Horst, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 18. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Augustin, Hildegard, geb. Bruderek, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 19. November
Block, Brigitte, geb. Czychon, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. November
Broziewski, Ursel, geb. Olschewski, aus Gollen, Kreis Lyck, am 17. November
Falk, Werner, aus Rauschen, Kreis Ortelsburg, am 18. November
Frank, Johannes, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 21. November
Goder, Hildegard, geb. Sarkowski, aus Lyck, am 15. November
Jochmann, Irmgard, geb. Kosmitzki, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 21. November
Kuczewski, Otto, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 19. November

Matthias, Inge, geb. Becker, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 20. November
Nadolny, Günter, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 16. November
Olk, Edeltraud, geb. Abramzik, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 20. November
Wisser-Piel, Ingeborg, geb. Piel, aus Waldfließ, Kreis Lötzen, am 20. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bernotat, Marta, geb. Kullik, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. November
Burchert, Peter aus Braunsberg, am 16. November
Dawedeit, Manfred, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 19. November
Demant, Gerhard, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 20. November
Fouquet, Manfred, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 16. November
Grünke, Edith, geb. Berger, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 17. November
Hamann, Helga, geb. Klamma, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 21. November
Lischak, Helga, geb. Melinat, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 16. November
Liszio, Horst, aus Uphalten, Kreis Lötzen, am 19. November
Malyj, Michael, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 15. November

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Mickelun, Siegmars, aus Gründann, Kreis Elchniederung, am 16. November
Nischick, Erhard, aus Neu Kitten, Kreis Ortelsburg, am 17. November
Remanofsky-Gilde, Marianne, geb. Gilde, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 15. November
Tresp, Horst, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Hamer, Sabine, geb. Adeberg, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. November
Schröder, Wolfgang, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 20. November

Zusendungen für die Ausgabe 48/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 48/2024 (Erstverkaufstag 29. November) **bis spätestens Dienstag, den 19. November**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Die Künstlerkolonie Nidden auf der Kurischen Nehrung – Der neue Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2025“ Der Kalender mit Bildern wie diesem von Edith Wirth: Fischerhaus in Nidden, ein Aquarell aus dem Jahr 1939, kostet 25,50 Euro, einschließlich Portokosten, kann bestellt werden bei: typeart satz&grafik GmbH, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 557378-0, per Telefax (0231) 557378-20 sowie per E-Mail: info@typeart-dortmund.de Foto: Ostpreußisches Landesmuseum

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

**Baden-Württemberg**

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

Ausstellungseröffnung Stuttgart – Mittwoch, 20. November, 18 Uhr, Schloßstraße 92, Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Großer Saal EG: Ausstellungseröffnung „Bilder von Königsberg – Untergang einer Großstadt“ Ausstellung mit Fotografien von Fritz Krauskopf mit Begrüßung durch Dr. Christine Absmeier, Leiterin des HdH BW, und Kurzvortrag von Prof. Dr. Dietrich Beyrau, Eberhard Karls Universität Tübingen „Königsberg in den 1930er- und 1940er-Jahren“. Die Ausstellung ist anschließend noch bis zum 27. Februar zu sehen, montags, dienstags und donnerstags von 9 bis 15.30 Uhr, mittwochs bis 18 Uhr. Der Eintritt zu Führungen, Veranstaltungen und zur Ausstellung ist frei.

Nur in wenigen anderen europäischen Städten veränderte der Zweite Weltkrieg das Stadtbild so bis zur Unkenntlichkeit wie in Königsberg. Die Ausstellung zeigt Aufnahmen des Königsberger Fotografen Fritz Krauskopf (1882–1945), die vor 1945 in Ostpreußen und nach 1945 vor allem unter Ostpreußinnen und Ostpreußen in der Bundesrepublik bekannt wurden. In seinen Fotografien hielt er zunächst die prächtigen Seiten Königsbergs und seiner Umgebung fest, später fotografierte er die nach den Bombenangriffen im August 1944 in Trümmern liegende Stadt. Krauskopfs Bilder prägen bis heute die Erinnerung an das alte Königsberg mit.

In Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum mit

Deutschbaltischer Abteilung, Lüneburg. Führungen mit Carsten Eichenberger, HdH BW: Mittwoch, 18. Dezember, 17.30 Uhr: Kant – Königsberg – Kaliningrad, Dienstag, 14. Januar, 17.30 Uhr: Erinnerungen an Königsberg, Montag, 17. Februar, 17.30 Uhr: Eine Großstadt und ihr fotografischer Chronist, Donnerstag, 27. Februar, 17.30 Uhr: Last-Minute-Führung.

Begleitprogramm im Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Großer Saal EG: Mittwoch, 11. Dezember, 18 Uhr: „Tonkünstler im Rundfunk. Das Königsberger Streichquartett, Konzert mit Einführungsvortrag“. Bis zu seiner Auflösung nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 gehörte das „Königsberger Streichquartett“ zu den besten Streicherensembles in Deutschland. Das Konzert mit einer musikhistorischen Einführung von Dr. Klaus Harer erinnert an dieses Ensemble.

Mittwoch, 29. Januar, 18 Uhr: Jan Rüttinger, Kurator der Ausstellung am Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg, stellt Fritz Krauskopfs Leben, Schaffen und Nachwirken vor.

**Bayern**

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Königsberger Klopse Altmühlfranken – Freitag, 22. November, 19 Uhr Gasthof Adlerbräu, Marktplatz, Gunzenhausen: gemeinsames Essen, Königsberger Klopse; Film „Geheimsache Kopenhagen“, wie in Ostpreußen ein neues Weltbild entstand.

Volkstrauertag Ansbach – Sonnabend, 16. November, 14.30 Uhr, Waldfriedhof: Ge-

denkfeier zum Volkstrauertag mit einer Ansprache von Prof. Huber (BdV-Stadtverband), Trompeten-Solo und einer Kranzniederlegung.

**Bremen**

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Volkstrauertag Bremen – Sonntag, 17. November, 15 Uhr, Kapelle auf dem Osterholzer Friedhof: Zentralen Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge mit Beteiligung des BdV und der Landsmannschaften. Nach der Veranstaltung folgt ein stilles Gedenken am Vertriebenenkreuz, das vom Bund der Vertriebenen, Landesverband Bremen, mit einem gemeinsamen Kranz geschmückt sein wird.

Jubiläumstreffen Bremerhaven – Das Jubiläumstreffen „70 Jahre Patenschaft Bremerhaven – Elbing-Stadt und Elbing-Land“ in der Patenstadt Bremerhaven am 5. Oktober wurde auch in diesem Jahr von der Landesgruppe Bremen der LOW und dem Heimatkreis Elbing veranstaltet. Es kann erneut als ein Lichtblick in der Arbeit für die Bremer Westpreußen betrachtet werden.

Heimatkreisvertreterin Ingeborg Rebischke und ihre Helferinnen und Helfer begrüßten 50 Besucher, die teilweise von weither angereist waren. Erwin Vollerthun aus Krumbach in Bayern hatte dabei den weitesten Weg zurückgelegt. Alle freuten sich, Bekannte, ehemalige Nachbarn und Freunde wiederzusehen. Das galt auch für den ehemaligen Kulturstatsminister Bernd Neumann, der als gebürtiger Elbinger in einem Grußwort an die politischen Auseinan-

**Kulturzentrum Ostpreußen**

Donnerstag, 21. November, 18 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Schlossstraße 9, 91792 Ellingen, 3,- Euro Eintritt: **Buchvorstellung mit Ruth Hoffmann.** Zum 20. Juli 1944 scheint alles gesagt. Wir wissen, wie Claus Schenk Graf von Stauffenberg die Bombe platzierte, warum der Anschlag misslang und dass es trotzdem aller Ehren wert ist. Dass aber in Wirklichkeit rund 200 Personen, ein breites Bündnis von Menschen aller sozialen Schichten und unterschiedlichster politischer Couleur am sogenannten „Stauffenberg-Attentat“ beteiligt waren, ist nur wenigen bewusst. Noch heute gilt der 20. Juli 1944 als „Aufstand des Gewissens“ einer kleinen Gruppe konservativer Militärs, noch heute verstellt diese legendenhafte Überhöhung unseren Blick auf die Ereignisse und die gesellschaftliche Vielfalt der Verschwörung.

Die Journalistin Ruth Hoffmann unternimmt eine umfassende und längst überfällige Dekonstruktion des Mythos „Stauffenberg-Attentat“ und zeichnet nach, wie der 20. Juli seit Gründung der Bundesrepublik politisch instrumentalisiert wird: mal um sich gegen die DDR abzusetzen und kommunistische Widerständler zu diffamieren; mal um Politikern, die mit dem NS-Regime kollaboriert hatten, eine Nähe zum Widerstand anzudichten; oder, wie neuerdings die AfD, um die eigene Demokratiefeindlichkeit mit einem angeblichen Widerstandsgeist in der Tradition Stauffenbergs zu kaschieren. Das deutsche Alibi ist der tief und gründlich recherchierte Beitrag zu einem schicksalhaften Datum, in dem sich bis heute das schwierige Verhältnis zu unserer eigenen Geschichte spiegelt. Nominiert für den Deutschen Sachbuchpreis, den NDR Sachbuchpreis so-

wie den Sachbuchpreis der „Zeit Stiftung Bucerius“.

Hoffmann hat Ethnologie, Neuere Geschichte und Politik studiert und ist Absolventin der Henri Nannen-Journalistenschule. Von 2004 bis 2006 war sie Redakteurin beim Stern, seitdem arbeitet sie als freie Journalistin für verschiedene Medien, wie Geo, Stern und Spiegel Geschichte. 2012 erschien ihr Buch Stasi-Kinder. Aufwachsen im Überwachungsstaat über die Kinder hauptamtlicher Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Sie lebt mit ihrer Familie in Hamburg.

Die Veranstaltung ist eine Kooperation zwischen dem Kulturzentrum Ostpreußen, der Lehnendorff-Gesellschaft Steinort e.V. und dem Deutschen Kulturforum östliches Europa.

dersetzungen anlässlich der Gründung des westpreußischen Landesmuseums in Warendorf erinnerte. Höhepunkte des Tages waren die Vorträge von Jörn Pekrul über „Die alte Reichsstraße 1“ und von Dr. Christopher Spatz zur Erinnerungskultur am Beispiel von Ostpreußens Wolfskindern und dem Lager Friedland. *H. Lohmann*

**Hessen**

Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

75-jähriges Bestehen Darmstadt/Dieburg – Das 75-jährige Bestehen der Landsmann-

schaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Darmstadt/Dieburg war der Anlass zu einer großen feierlichen Veranstaltung am 19. Oktober im Bürgermeister-Pohl-Haus in Darmstadt-Wixhausen. Knapp 60 Mitglieder und Gäste der LOW Darmstadt/Dieburg und der Heimatgruppe der Insterburger sind der Einladung gefolgt.

Mit begrüßenden Worten zeichnete Gerhard Schröder den Weg der LOW Darmstadt/Dieburg von der Gründung im Jahre 1949 bis heute nach. In der zurückliegenden Zeit bis heute wurde die LOW von vier Vorsitzenden geleitet, wobei Schröder dieses Amt schon 33 Jahre inne hat.

Reiner Buslaps grüßte mit umfangreichen Worten über die Situation von Flucht und Vertreibung. Alle nach 1945 von Vertriebenen und Flüchtlingen gegründeten landsmannschaftlichen Institutio-

nen waren Notgemeinschaften und sollten Orientierungshilfe und Heimatgefühl vermitteln. So schloss Buslaps mit dem Zitat von Erich Kästner „Man kann den Menschen aus der Heimat vertreiben, aber nicht die Heimat aus den Menschen.“

Gisela Keller gedacht der Toten des Zweiten Weltkrieges und seinen verheerenden Folgen.

Der Festredner Andreas Hofmeister, Landesbeauftragter der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler im hessischen Landtag, zeigte auf, wie wichtig es ist, dass es solche Vereine wie die LOW Darmstadt gibt, die die Erinnerungen an die Heimat, aus denen Millionen Menschen vertrieben wurden, oder flüchten mussten, bewahren. Seine Amtsstelle unterstützt fast alle er-

Fortsetzung auf Seite 16

**Preußische Allgemeine**
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B

**Abonnieren Sie die PAZ**
und sichern Sie sich Ihre Prämie



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

forderlichen Hilfen. Das Land Hessen ist das einzige Bundesland, das sich so um die Belange von Flücht und Vertreibung sowie Spätaussiedler und deren Probleme kümmert. Er sprach ein großes Lob für die Arbeit der LOW Darmstadt/Dieburg mit seinem Vorsitzenden Schröder aus.

Der Vertreter von Oberbürgermeister Hanno Benz der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Werner Krone, übermittelte mit kräftigen Worten die Grüße der Stadt.

Der Vorsitzende des BdV Wetzlar und Vorsitzender der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Gert-Helmut Schäfer, sprach kurze grüßende Worte, betonte aber die gute landsmannschaftliche Arbeit der Darmstädter Gruppe, mit einem besonderen Lob an Gisela Keller für ihre sehr gute Festorganisation.

Die silberne Ehrennadel mit Urkunde erhielten Rosemarie Kiau und Editha Wasner. Die goldene Ehrennadel mit Urkunde bekamen Renate Buslaps, Reiner Buslaps und Christian Keller.

Das Treffen zur Vorweihnachtszeit findet statt am Sonnabend, 7. Dezember. C. K.

Mitgliederversammlung

Wiesbaden – Sonnabend, 16. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: 300 Jahre Kant „Bilder einer Ausstellung“ und Mitgliederversammlung.

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Volkstrauertag

Bielefeld – Sonntag, 17. November, 15 Uhr, Kreuz der Gedenkstätte der ostdeutschen Landsmannschaften auf dem Sennefriedhof: Gedenkveranstaltung um Volkstrauertag der Landsmannschaften der Ost- und Westpreußen Bielefeld. Das Kreuz ist gut zu erreichen über den Eingang Mitte/Friedhofstraße.

Immer noch herrscht wieder Krieg, Flucht und Vertreibung in Europa. Wir wollen mahnen und für den Frieden beten. Mit einem Gottesdienst und musikalische Begleitung des Posaunenchores „Huntetaler Bläserquartett“. Anschließend treffen wir uns im nahen Café zum Plachandern. Wir laden alle interessierten Menschen ein, an der Veranstaltung teilzunehmen. Informationen und Anmeldung unter Telefon (0521) 820026.

Gerhart-Hauptmann-Haus

Düsseldorf – 29. November bis 19. Dezember, GHH, Bismarckstraße 90: Büchermarkt in der Bibliothek mit einer großen Auswahl an antiquarischen Büchern aus den Bereichen Geschichte, Politik, Literatur, Kunst und Belletristik.

Volkstrauertag

Hemer – Sonntag, 17. November, 15 Uhr, Gedenkstein „Flucht und Vertreibung“, Friedenspark: Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Hemer gedenkt der Opfer von Gewalt und Krieg.

75 Jahre

Wuppertal – Sonnabend 23. November, Hofaue 51, Wuppertal-Eilberfeld: 75 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Wuppertal – „Musikalischer Jubiläums-Nachmittag“. *Sigrid Kruschinski*

BdV – Zeitzeugengespräch mit Podiumsdiskussion

Berlin – Montag, 18. November, 18 Uhr, Hotel Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin: „**Zwischen Assimilation und Selbstbehauptung**
Auswirkungen von Flucht und Vertreibung in den sozialistischen Staaten Europas und der Fall des Eisernen Vorhangs“.

Programmablauf: Begrüßung und Vortrag zur Geschichte des Dietrich-Bonhoeffer-Hauses; Zeitzeugengespräch, Heinrich Melzer, Zeitzeuge; Moderation: Tilman A. Fischer, Diplom-Theologe und freier Autor; Podiumsdiskussion, Dr. Jens Baumann, Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen; Bernard Gaida, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) und Heinrich Melzer, Moderation: Tilman A. Fi-

scher; Fragen aus dem Publikum; interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer können über Fragen und Beiträge mit dem Podium ins Gespräch kommen. Um Anmeldung an E-Mail: info@bdivbund.de wird gebeten.

Nach dem Schicksal von Flucht und Vertreibung erlebten die Vertriebenen spätestens mit dem Görlitzer Abkommen von 1950 in der Deutschen Demokratischen Republik einen verordneten Heimatverzicht. Sie mussten über das Widerfahrene schweigen und wurden im Ergebnis in die einheimische Bevölkerung assimiliert. Es galt, die „sozialistische Schutzmacht“ Sowjetunion sowie die sozialistischen Nachbarstaaten als direkte Beteiligte am Unrecht der Vertreibung der Deutschen aus ihrer über Jahrhunderte angestammten Heimat nicht ins

Forum Baltikum – Dittchenbühne

Menü mit Elch und spannendem Vortrag, Freitag,
15. November, 19 bis 21 Uhr:
„Elchessen“ am Elmschorner
„Forum Baltikum – Dittchen-
bühne“. Auf der Tagesordnung:
kulinarischer Höhepunkt ein
Menü, in dessen Mittelpunkt
bestes Elchfleisch steht, sowie
als thematischer Höhepunkt

ein spannender Vortrag von Forstdirektor a.D. Hans Hewicker, der es wie kaum ein anderer versteht, aktuelle Themen aus Wald und Flur verständlich zu erläutern und ihre Bedeutung deutlich zu machen.

Der Kostenbeitrag für das Ess-
Event beträgt wie im Vorjahr

35 Euro pro Person. Nähere Informationen und Anmeldung beim

„Forum Baltikum – Dittchen-
bühne“, Hermann-Sudermann-
Allee 50, 25335 Elmshorn, Tele-
fon (04121) 89710; E-Mail:
buero@dittchenbuehne.de,
Internet:
www.dittchenbuehn.de



Rätsel

Sudoku

	2	5				6	1	
		3		6		7		
			8		1			
	5	1	3		7	2	4	
				4				
	7	9	1		6	3	5	
			9		5			
		2		3		5		
	9	6				4	3	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

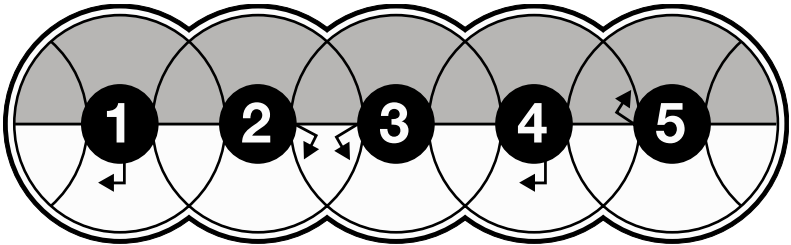
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gartenerzeugnisse.

- 1 straff, gespannt
- 2 als Gespenst umgehen
- 3 gesund machen
- 4 schöner Jüngling der griech. Sage
- 5 Gebirgs-, Heilpflanze
- 6 Entgegennahme, Empfang

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für einen potenziellen Käufer.

- 1** Schrotgewehr, **2** Bewahrer, Wächter, **3** rau und fast tonlos (Stimme), **4** Sitzpolster, **5** ein Schiff auf See erstürmen



Kfz-Zeichen
Slownien

Freude zeigen

Halbinsel in Ostasien

Einrichtung zur Briefbeförderung

mittelgroßer Papagei

überhaupt

schlank und geschmeidig

Fluss durch Florenz

Abk. für Intercity-Express

arktisch

Wind am Gardasee

Signalfarbe

Singgemeinschaft

dreimaliger Torenfolg (Sport)

Kante, Winkel (süd-deutsch)

Kloster

alttrümische Monats-tage

Drama von Ibsen

enthalt-sam le-bender Mensch

am Arm getragene Schutz-waffe

Eingang; Vor-speise (franz.)

ein-höck-ri-ges Kamel

rückbez. Fürwort (1. Pers. Plural)

Monats-name

Frau Jakobs im A. T.

franz. Autorin (Fran-çoise)

mehr-mals, wieder-holt

schlaf-f, nach-lässig

Berufs-verei-nigung, Zunft

Elek-tronik-messe in Berlin

be-stimmter Artikel

Nach-las-emp-fänger

horn-ähnlicher Stoff (Insekten)

alles besser wissen wollend

nachträg-liche Montage

Winter-sport-beklei-dung

US-Pop-sängerin (Lady)

Verbren-nungs-rück-stand

Welt-religion

Kose-form für Groß-mutter

beson-ders; außer-dem

Rempler beim Eis-hockey

Kanal in dt. Küsten-städten

gestrig, trübe und feucht

ver-schnüren

Raum-fahrt-behörde der USA

russische Hafen-stadt

Wasser-vogel

Astro-logie Wallen-steins

Diagonälrätsel: 1. stramm, 2. spukeln, 3. heilen, 4. Adonis, 5. Enzian, 6. Erhalt – Spinat, Melone

Kreiselt: 1. Flinte, 2. Hueter, 3. heiser, 4. Kissen, 5. entern – Interessent

Sudoku:

6	9	8	7	4	3	1	5
1	8	2	7	5	9	6	4
7	5	4	6	3	1	2	8
2	9	6	8	1	6	7	3
4	7	3	9	2	1	1	6
8	9	7	1	6	4	5	3
3	5	8	5	1	7	2	3
6	4	5	8	3	8	3	9
9	7	1	4	8	4	7	9
5	9	6	1	6	2	7	8
8	2	5	7	6	3	6	1
1	4	3	6	1	4	2	5

So ist's richtig:

Platz-mangel, Raumnot

Schreib-art, Kunst-richtung

Nach-las-emp-fänger

be-stimmter Artikel

Vorbe-deutung

Stutzer, Mode-narr

osteuro-päische Land-schaft

Ärger, Wut

langer Schal aus Federn

Platz-mangel, Raumnot

Schreib-art, Kunst-richtung

Nach-las-emp-fänger

Frau Jakobs im A. T.

franz. Autorin (Fran-çoise)

mehr-mals, wieder-holt

schlaf-f, nach-lässig

Berufs-verei-nigung, Zunft

Elek-tronik-messe in Berlin

be-stimmter Artikel

Nach-las-emp-fänger

Gesell-schafts-anzug (Kzw.)

plastisches Bild-werk

Wohn-raum, Stube

griechische Kykladen-insel

Uni-versum

Ölbaum-frucht

so-mit, mithin

Blatt-werk der Bäume

Kummer, Seelen-schmerz

eine Zahl

Vorbe-deutung

engl. Adels-titel: Graf

Name zweier Rhein-zuflüsse

ver-brauchtes Schmierz-mittel

langer, dünner Speise-fisch

heilig (vor Namen, lat.)

Frei-er Ver-tei-diger beim Fußball

ein Marder

Wind-schatten-seite e. Schiffs

Felsen-klippe im Meer

Bücher-freund; Abon-nent

Kfz-Zeichen Helm-stedt

afrika-nischer Strom

locker, wacklig

Mittel zum Waschen

chemisches Zeichen für Eisen

Heimatkreisgemeinschaften



Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@do-kom.net; **2. Stellvertreterin:** Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; **Kassenwart:** Arnold Hesse, Am-selstraße 6, 26847 Detern, Telefon (04957) 575, Arnold.Hesse@ewetel.net; Internet: www.kreisgemein-schaft-heiligenbeil.de

Zum 100. Geburtstag

Die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil gratuliert Martin Schröder zu seinem 100. Geburtstag und wünscht ihm alles erdenklich Gute sowie beste Gesundheit.

Schröder wurde am 10. November 1924 in Sargen, Kirchspiel Tiefensee geboren. Seine Eltern waren Albert Schröder und Berta, geb. Paschke. Er wuchs mit fünf Geschwistern auf dem elterlichen Hof auf. Die Familie hatte einen großen Hof mit insgesamt 55 Hektar und betrieb Landwirtschaft in allen Bereichen. Der Familienzusammenhalt war gut und eng.

In mehreren Büchern, zuletzt in seinem Buch „Lebenserinnerungen eines Ostpreußen mit 98“, berichtet er über sein Leben in Ostpreußen und macht seine persönlichen Erinnerungen als Zeitzeuge der Auswirkungen zweier Weltkriege zugänglich.

Er ist auch Gedichte- und Briefschreiber und vertritt einen klaren politischen Standpunkt.

1950 heiratete er Hildegard, geb. Daginnus, aus Zwainen im Kreis Insterburg. Das Paar bekam drei Kinder, mittlerweile gehören auch Enkel und Urenkel zur Familie. Seit 1998 ist Schröder Gemeindevorte-reter seines Heimatortes Sargen. 1992 bekam er die Treue-urkunde der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil überreicht. Die Silber-ne Ehrennadel erhielt er im Jahr 2011.

Mit großer Freude konnte ihn die Kreisgemeinschaft auf dem Kreistreffen 2022 begrüßen, wo er uns mit einem Gedichtvortrag überraschte. *Viola Reyentanz*



Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Haagestraße 3, 21335 Lüneburg. **Patenschaftsbüro:** Stadtgemein-schaft Königsberg, Karmelplatz 5, 47051 Duisburg, Telefon (0203) 2832151, E-Mail: patenschaftsbue-ro@stadtgemeinschaft-koenigs-berg.de

Vortrag

Duisburg – Sonnabend, 23. November, 10.30 Uhr, Portsmouth-platz 5, 47051 Duisburg, Vortrags-raum im Erdgeschoss des B&B-Hotels Duisburg Hauptbahnhof-Nord: Die Stadtgemein-schaft Königsberg (Pr) e.V. lädt in Koopera-tion mit der PRUSSIA-Gesell-schaft e.V. ein zu dem Vortrag: „Sprache als Machtinstrument und als aufklärerische Ressource“ von Prof. Dr. Hans-Peter Schwöbel aus Mannheim.

Schwöbel ist bekannter Kaba-rettist und Autor zahlreicher Bü-cher, Essays und Kolumnen. An der Hochschule des Bundes für öffent-liche Verwaltung lehrte er von 1980 bis 2010 Sozialwissen-schaften. Er erhielt mehrere Auszeich-nungen, zuletzt den Immanuel Kant-Preis 2023 der Stadt Schwet-zingen.

Sein Vortrag ist im Rahmen des Kant-Jahrs 2024 aktuellen Fragen der Aufklärung gewidmet.

Rudolf Junger



Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hed-desnheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. **Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Berliner Memellandgruppe

Berlin – Beim diesjährigen Herbst-treffen, es war das dritte Treffen, gab es einen Bericht über die wich-tigsten Ereignisse in Memel. An-lässlich der Ausstellungseröffnung über die Geschichte der Johannes-kirche wurde der hervorragend ge-staltete Katalog und der Flyer vor-gestellt. Eine deutsche Überset-zung liegt leider bis heute nicht vor. Dies wurde von allen Anwe-senden sehr bedauert, hatte sich doch die Berliner Memelgruppe mit zahlreichen Spenden aktiv für den Wiederaufbau der Kirche ein-gesetzt. In einer Präsentation wur-den aktuelle Impressionen aus Memel vorgestellt. Ende Juli feierte Memel das 90. Meeresfest („Juros svente“), zweifellos das größte und populärste Volksfest in Litauen. Der erste Turm der Memelburg konnte weitgehend fertiggestellt werden. Weitere besprochene Themen werden in der kommen-den Ausgabe der PAZ veröffent-licht. *Hans-Jürgen Müller*



In der Ausgabe 45 der PAZ wurde der Text zu den Jubiläen 75 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen und Pommern Orts-gruppe Neumünster sowie 70 Jahre Patenschaft zu Kreis und Stadt Lötzen in Neumünster versehentlich unter Schleswig-Holstein und nicht unter Lötzen veröffentlicht



Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

- ☐ Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von 20,-€ (inkl. 19% Mwst.)
- ☐ Große Grußanzeige zum Sonderpreis von 30,-€ (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige

Große Grußanzeige

Ihr Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
E-Mail: anzeigen@paz.de
Fax an: 040/41 40 08 50

Ungehört – die Geschichte der Frauen

Wiesbaden – Ungehört – die Geschichte der Frauen. Flucht, Vertreibung und Integration. Eine Wanderausstellung des Hauses des Deutschen Ostens München, 31. Oktober bis 6. Dezember, Haus der Heimat, Wiesbaden, Öffnungszeiten: Mittwoch, Donnerstag, jeweils von 10 bis 17 Uhr, Freitag von 10 bis 14 Uhr. Der BdV-Landesverband Hessen e.V. zeigt die Wanderausstellung in Kooperation mit dem Haus des Deutschen Ostens München.

Freitag, 22. November, 14.30 Uhr: Kuratorische Führung mit Patricia Erkenberg, Haus des Deutschen Ostens, freier Eintritt. Anmeldungen bitte per E-Mail an kulturreferat@bdv-hessen.de

Nach dem Zweiten Weltkrieg mussten Millionen von Deutschen ihre Heimat im östlichen

Europa verlassen. Es waren vor allem Frauen, die sich als erste auf den sehr beschwerlichen Weg machten. Mütter und Großmütter, Schwestern und Tanten – zusammen mit Kindern und Alten beschritten sie die Reise ins Un-gewisse. Vielen fiel es schwer,

später über das Erlebte zu be-richten, andere erzählten so oft davon, bis sie keine Zuhörer mehr fanden.

Die Ausstellung „Ungehört – die Geschichte der Frauen“ richtet ihren Blick auf Erfahrungen und Schicksale, Verluste, Erfolge und Leistungen von Frauen in den Jahren der Flucht, Vertreibung und Integration.

Im Mittelpunkt der Präsentation stehen sechs Zeitzeuginnen, die aus unterschiedlichen Regionen des östlichen Europas stammen. Ihre Wege durch die Kriegs- und Nachkriegsgeschichte weisen Gemeinsamkeiten auf – und sind dennoch jeder für sich ganz be-sonders. Sie stehen exemplarisch für viele deutsche Frauen, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Heimat verlassen mussten.



MASURISCHE SEENPLATTE

Ein Truppenübungsplatz im Nirgendwo

Das Gelände bei Arys wird seit dem Jahr 1891 genutzt – inzwischen selbst von der Bundeswehr und weiteren NATO-Einheiten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die ostpreußische Kleinstadt Arys inmitten der Masurischen Seeplatte wurde nach dem Siebenjährigen Krieg durch die Stationierung einer Schwadron Husaren zur Garnisonsstadt. Später lagen im Umfeld von Arys drei Bataillone des Infanterie-Regiments Nr. 45, das Ulanen-Regiment „Graf zu Dohna“, das Ostpreußische Jäger-Bataillon Nr. 1 und das I. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 146. All diese Truppenteile erhielten 1893 einen großen Übungsplatz südlich von Arys. Der Platz war aufgrund seiner Abgeschiedenheit wenig beliebt. So reimten die Soldaten: „Hier halten die Wölfe treu die Wacht, die Füchse sagen gute Nacht.“ Die Situation besserte sich erst in der Zeit nach 1905, als Arys einen Anschluss an das Eisenbahnnetz bekam, der dann auch den Antransport von schwereren Waffen erlaubte.

Die Aryser stehen zu Ostpreußen

Vom 27. April bis zum 26. Mai 1914 nutzte die 1. Infanterie-Division des preußischen Heeres den Truppenübungsplatz Arys für ihre Manöver und lernte das Terrain dadurch bis ins kleinste Detail kennen. Das führte letztlich zum deutschen Sieg in der Schlacht an den Masurischen Seen gegen die in Ostpreußen eingedrungenen russischen Verbände. Denn am 7. und 8. September 1914 konnte die 1. Infanterie-Division die Russen direkt auf dem Gelände des Übungsplatzes bei Arys zurückschlagen und somit den Durchbruch der 8. Armee unter General der Infanterie Paul von Hindenburg Richtung Osten ermöglichen.

Nach dem Ersten Weltkrieg sollte die Bevölkerung von Arys entsprechend den Bestimmungen des Versailler Diktats über die weitere staatliche Zugehörigkeit zu Ostpreußen oder den Anschluss an Polen abstimmen. Dabei votierten alle



Die Kantine und der Kasernenhof vom Truppenübungsplatz in Arys: Das weitläufige Areal lag so weit abseits, dass die Soldaten alles andere als erfreut waren, wenn sie hier stationiert wurden
Foto: akg-images/arkivi

1480 Einwohner für die erstere Option, während es keine einzige Stimme für den Polen-Anschluss gab. Somit verblieb auch der Truppenübungsplatz in der Hand des Deutschen Reiches.

Vorführung des Sturmtiger

Am 1. Januar 1929 sowie am 15. November 1939 und am 10. Juli 1940 übergab die Stadt Arys weitere Gutsbezirke an die Reichswehr beziehungsweise die Wehrmacht, sodass der Übungsplatz um rund 20.000 Hektar vergrößert werden konnte. Bereits zur Zeit der Weimarer Republik entstand hier ein großes Bunkersystem. Außerdem testete das Heer in Arys verschiedene Artilleriegeschosse.

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges stellte die Wehrmacht in Arys mit seinen über 100 Kasernen rund um den Truppenübungsplatz mehrere große Frontverbände für den Einsatz im Osten auf, darunter die 383. Infanterie-Division unter Generalleutnant Johannes Haarde und auch die 9. Luftwaffen-Feld-Division unter Generalmajor Hans Erdmann.

Ebenso erfolgte in Arys die harte Ausbildung von Waffen-SS-Einheiten, in denen zugleich belgische und niederländische Freiwillige dienten. Parallel dazu war der Truppenübungsplatz ein geeignetes Erprobungsgebiet für neue Waffen. Am 20. Oktober 1943 wohnte Hitler hier der Vorführung des Sturmtiger bei. Dabei

handelte es sich um eine gepanzerte Selbstfahrlafette mit Mörser zum Verschießen von 38-Zentimeter-Granaten zwecks „Bekämpfung befestigter Stellungen“. Darüber hinaus sollen in Arys Hallen für den Bau der „Vergeltungswaffen“ V1 und V2 errichtet worden sein. Zu einer Fertigung des Marschflugkörpers beziehungsweise der Rakete kam es jedoch offenbar nicht.

Seit 1945 polnisch verwaltet

Am 23. Januar 1945 fiel der Truppenübungsplatz schließlich in die Hände der Roten Armee. Anschließend richtete die sowjetische Geheimpolizei NKWD, der auch die Hauptverwaltung der Besse-

rungsarbeitslager und -kolonien (Gulag) und sowie Hauptverwaltung für Angelegenheiten von Kriegsgefangenen und Internierten (Gupwi) unterstanden, hier ein Internierungslager ein. Dem folgte im August 1945 die Übernahme durch die polnische Armee.

Wechselhaftes Dasein

Ab dem 1. Januar 1946 firmierte das Gelände als Artillerieübungsplatz Nr. 3. Danach wechselte es mehrmals den Namen, bis es 1970 die noch heute gültige Bezeichnung „Ausbildungszentrum der Landstreitkräfte“ (OSPWL) erhielt. Dabei unterstand der Truppenübungsplatz zunächst dem Warschauer Militärbezirk (WOW) und später dann dem Pommerischen Militärbezirk (POW), bis letztendlich die volle Verantwortlichkeit über das Areal im Jahr 1970 auf das Kommando der polnischen Landstreitkräfte (DWL) komplett überging. Doch wie sich die Zeiten ändern können, wenn man auf das heutige Dasein des Platzes blickt.

Ort für NATO-Manöver

Auf dem weitläufigen, flachen Areal können heute bis zu 1500 Soldaten gleichzeitig trainieren, darunter mit Raketenartillerie, Kampfpanzern und Hubschraubern. Ab Ende 2000 übten unweit der ostpreußischen Stadt Arys nämlich auch Soldaten der Bundeswehr den Kampf unter winterlichen Bedingungen. Darüber hinaus gehörte das OSPWL im Mai des vergangenen Jahres zu den Schauplätzen des großen NATO-Manövers „Anakonda 23“, an dem 12.500 Militärangehörige aus Polen, Tschechien, Rumänien, Slowenien, Estland, Litauen, Lettland, Schweden, den Niederlanden, Großbritannien, Kanada, den USA und der Türkei teilnahmen. Des Weiteren ist Arys seit 2017 das Hauptquartier der NATO Battlegroup Poland unter Führung der Vereinigten Staaten, welche der Abschreckung gegenüber Russland dient.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Kultur-Aufprall der besonderen Art

Heimatsammlungen kehren immer häufiger in ihre Herkunftsgebiete zurück

Bevor ich als schlesischer Vertriebenen-spross über ein Geschichts- und Politikstudium im Journalismus – und hierbei viele Jahre in Oberschlesien – landete, hatte ich mein Berufsleben beim Landkreis Hannover begonnen. Mein Abteilungsleiter schlurfte damals widerwillig mit mir durch die Gänge zu einem entlegenen Raum. Ein Anrufer hatte um den Schlüssel gebeten, um sich die im Kreishaus untergebrachte Löwenberger [Lwówek Śląski] Heimatsube anzuschauen. Der ganze Widerwille meines Chefs dokumentierte den schäbigen Umgang mit der deutschen Geschichte schon damals. Nach dem lästigen Besuch wurden Kollegen beim Kaffee noch informiert, dass seit Langem mal wieder jemand doch ernsthaft dieses „verstaubte schlesische Gruselkabinett“ sehen wollte.

Einen ganz anderen Zugang zum Thema Heimatsuben hatte ich, nachdem mein Vater – Redakteur im nahen Neustadt am Rübenberge – mich Jahre zuvor noch als Dreikäsehoch zu einer Berichterstattung in die dortige Seidenberger [Zawidów] Heimatsube mitgenommen hatte. Eine magische Welt, die ich noch nicht begriff. Menschen auf alten Postkarten, die in Deutschland lebten, und heute

soll das in Polen sein. Aber auch fast in der Tschechoslowakei. Und wieso war zur kompletten Verwirrung dort ein Grenzübergang zu einem Staat namens Österreich-Ungarn? Es war die erste Ahnung im Leben, das es etwas gibt, zu dem mir später der Begriff Sentimentalität vermittelt wurde. Beim Besuch der Löwenberger Heimatsube in meiner Ausbildung offenbarten sich mir die Gegensätze in der Würde beider Besuche und trafen mich so bis ins Mark!

Das alles liegt nun fast vierzig Jahre zurück, doch dann kam auf meinen Redaktionstisch die frische Meldung vom Schlesischen Museum: „Die Unterzeichnung des Schenkungsvertrages zwischen dem Heimatbund Kreis Löwenberg e. V. und dem Schlesischen Museum zu Görlitz findet am 12. November, 11 Uhr, statt. Zugleich unterzeichnen Museumsdirektorin Agnieszka Gąsior und der Bürgermeister von Gemeinde und Stadt Löwenberg Dawid Kobińska den Leihvertrag.“

Mit dem Aussterben der Erlebnissengeneration sind manche Sammlungen bereits über die Vermittlung oder längere Sachwaltung im Schlesischen Museum Görlitz in ihre Ursprungsgebiete zurückgekehrt – die Seidenberger Sammlung jedoch



Zwischen schlesischen Trachtenpuppen mal ordentlich die Hintern wackeln lassen, wie der Screenshot aus dem ZDF-Programm beweist
Foto: Till Scholtz-Knobloch

schon vor Jahren zu Teilen gleich nebenan bei den Kulturhistorischen Sammlungen in Görlitz. Die Löwenberger Sammlung soll nun in öffentlichen Einrichtungen in Löwenberg, in Greiffenberg [Gryfów Śląski] und Liebenthal [Lubomierz] aufbewahrt und präsentiert werden. Die Lade der Greiffenberger Kaufmannschaft, eine mit Intarsien verzierte Truhe, ist das

einzige Objekt, das zunächst im Schlesischen Museum zu Görlitz bleiben wird. Sie enthält bedeutende Archivalien wie Protokollbücher, Mitgliederverzeichnisse und Korrespondenzbücher ab 1794. Die Lade wird zunächst vom 13. November bis zum 5. Januar 2025 in der Dauerausstellung des Schlesischen Museums zu Görlitz gezeigt.

Doch zurück zur schwierigen Erinnerungskultur um Schlesien in Deutschland. Meine Erinnerung an den Umgang mit den verstaubten Schlesischen Heimatsuben erfuhr 2013 eine „Auffrischung“ durch den Film „300 Worte Deutsch“, in dem Christoph Maria Herbst einen natürlich latent „rechten“ Leiter der Ausländerbehörde in Köln spielt, der sein Schlesienzimmer in seiner Behörde in Ehren hält. Und um die Klischees auf die Spitze zu treiben, wird gegen seinen Willen das meist brachliegende Zimmer auf einmal kulturell umfunktioniert.

Türkei trifft Schlesien

Sympathische junge Türkinnen in Kopftüchern durften den Raum zum Ärger des Behördenleiters für ihre Türk-Pop-Tanzübungen in Beschlag nehmen. Einerseits rührselig, nur eben durch die Art der Abwicklung mit schmerzenden „Lachern“ gespickt. Besonders dann, wenn die am Kopf züchtig verhüllten Tänzerinnen zwischen schlesischen Trachtenpuppen zu den schnellen Beats mit ihren Hinterteilen wackeln, den Sinn ihrer Verhüllung ebenso konterkarieren und sich fragen: „Alder, Schlesien, was isch das, ey?“
Till Scholtz-Knobloch

FILMHELD

Von Steinwehr nach Hollywood

Kinostar aus Hinterpommern – Peter van Eyck startete von hier seine unvergessene Weltkarriere

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Der schöne Kreis Greifenhagen existierte seit dem Jahr 1818. Die größte Nord-Süd-Ausdehnung betrug 45 Kilometer. Mit der Bildung von Groß-Stettin verschwand der Nachbarkreis Randow, da ein großer Teil zu Stettin kam. Stettin wurde nach dem 31. Dezember 1939 an Ausdehnung die drittgrößte Stadt Deutschlands. An der Spitze stand Berlin, dann Hamburg und an vierter Stelle erst folgte München. Die Orte Finkenwalde, Hökendorf, Altdamm und Podejuch zum Beispiel besaßen nun Stettin vor ihren Ortsnamen.

Durch die Oder hatte der Kreis Greifenhagen eine gute Wasserstraße, die von Stettin bis nach Berlin und zur Ostsee reichte. Agrar- und Forstwirtschaft herrschten vor, dreiviertel der Landwirtschaft wurde durch bäuerliche Betriebe bewirtschaftet, der Rest gehörte dem Großgrundbesitz. Wirtschaftlich wurde das Kreisgebiet über Jahrhunderte durch das Kloster Kolbatz geprägt.

Der Kreis besaß schöne und auch viel besuchte Ausflugsgebiete, wie die Buchheide, den Mühlenbecker und im Süden den Wildenbrucher Forst. Nicht vergessen werden soll der Madüsee, der durch die Sage von den Maränen allen Pommern in Erinnerung blieb.

Der Ort Steinwehr war der südlichste Ort des Kreises. Seine südliche Ortsgrenze war zugleich Kreisgrenze. Heute liegt Steinwehr unter dem Namen Kamienny Jaz in Polen. Ein Bach, der Röricke Bach, durchschneidet den Ort. In Steinwehr gab es zur deutschen Zeit ein Amtsgericht, ein Forsthaus und eine aus Findlingssteinen



Das ehemalige Gutshaus Steinwehr: Hier war einst Peter van Eyck zu Hause

Foto: Kleszczewski

erbaute Kirche mit allerdings unbekanntem Baudatum.

Das Gutshaus der Familie von Steinwehr beherrschte den Ort. Hier war die Familie Eick von 1817 bis 1945 ansässig. Steinwehr wurde am 16. Juli 1913 zum Geburtsort von Peter van Eyck. Nach dem Abitur begann er ein Musikstudium. In den Jahren von 1932 bis 1937 schaute er sich die Welt gründlich an. Paris wurde sein Hauptquartier. Sein Musikstudium setzte er jedoch fort, wo immer sich eine

Gelegenheit dazu bot. Zum Film kam er durch einen Zufall. In New York traf er auf den Filmproduzenten Johnston, der für die Verfilmung von John Steinbecks Romanes „Der Mond ging unter“ einen Schauspieler für die Gestalt eines jungen Leutnants suchte. Van Eyck erhielt diese Rolle. Bis er 1943 zur amerikanischen Armee einberufen wurde, drehte er noch einige Filme in Hollywood. Im Jahr 1945 kam er als Nachrichtendienstler nach Berlin. Diesen Dienst versah er bis 1948.

Ein Höhepunkt seiner Laufbahn als Schauspieler war Henri-Georges Clouzots Filmklassiker „Lohn der Angst“ von 1953. In Deutschland spielte er in „Das Mädchen Rosemarie“ (1958) mit. Seinen Wohnsitz hatte er nicht nur in Hollywood, sondern auch weiterhin in Paris. Peter van Eyck starb am 15. Juli 1969 in Zürich.

Der pommersche Ort Steinwehr wird immer als Geburtsort des deutsch-amerikanischen Schauspielers Peter van Eyck in Erinnerung bleiben.

MYTHOS

Eine Welle über den Wellen

Der Seesteg in Koserow auf Usedom birgt die sagenhafte Geschichte der versunkenen Stadt Vineta

Erst mit seiner vierten Seebrücke ist dem Ostseebad Koserow, auf der Insel Usedom gelegen, der große Wurf gelungen. Den drei Vorgängern hatte die notwendige Höhe gefehlt, um den sturmgepeitschten Wellen und dem Eisgang der Ostsee Widerstand zu leisten. Sie gingen allesamt zugrunde.

Zwar ist die im Jahr 2021 eröffnete Koserower Brücke mit einer Länge von 280 Metern wesentlich kürzer als der Seesteg in Heringsdorf oder die neue Brücke in Prerow, sie macht dieses Defizit jedoch durch ihre ungewöhnliche Form mehr als

wett. Anders als andere Seebrücken führt sie nicht schnurgerade in die Ostsee hinaus, sondern schlängelt sich wellenförmig aufs Meer, womit sie architektonisch einzigartig dasteht. In gewisser Weise ist sie eine Welle über den Wellen.

Den Brückenkopf bildet eine Veranstaltungsplattform, die ein acht Meter hoher Glockenturm ziert. Neben dem Turm befindet sich die Statue eines Mannes mit einer Glocke in der Hand, der auf die Ostsee hinausschaut, wo der Sage nach Vineta versunken ist. Handelt es sich vielleicht um den Glöckner von Vineta?

An jedem Mittwoch um 16 Uhr strömen stets mehr Besucher als gewöhnlich auf die Seebrücke. Zunächst wird dort die spannende Vineta-Sage vorgetragen. Hiernach soll Vineta „größer als irgendeine andere Stadt in Europa, selbst als die große und schöne Stadt Konstantinopel“, gewesen sein, „und es haben darin allerlei Völker gewohnt, Griechen, Slawen, Wenden, Sachsen und noch vielerlei andere Stämme“.

Das sagenhafte Vineta zeigt sich

Weiter heißt es: „Die silbernen Glocken der Stadt kann man noch jeden Abend, wenn kein Sturm auf der See ist, hören, wie sie tief unter den Wellen die Vesper läuten. Und am Ostermorgen, denn vom stillen Freitage bis zum Ostermorgen soll der Untergang von Vineta gedauert haben, kann man die ganze Stadt sehen, wie sie früher gewesen ist; sie steigt dann, als ein warnendes Schattenbild, zur Strafe



Außergewöhnlich: Den Brückenkopf der Koserower Seebrücke bildet eine Veranstaltungsplattform mit einem Glockenturm, dessen Geläut an die versunkene Stadt Vineta erinnern soll

Foto: Rosenthal

für ihre Abgötterei und Üppigkeit, mit allen Häusern, Kirchen, Toren, Brücken und Trümmern aus dem Wasser hervor, und man sieht sie ganz deutlich über den Wellen.“

Wenn nach dem Vortrag und dem Gesang eines Kinderchores die beiden aus einer Kirche in Niedersachsen stammenden Glocken läuten, fühlt sich der Besucher für einen Moment 1000 Jahre in die sagenhafte Stadt zurückversetzt.

Ob es dort auch christliche Glocken gab, ist nicht sicher, denn „die Christen

durften ihr Christentum nicht öffentlich bekennen, denn nur die heidnischen Götzen genossen eine öffentliche Verehrung“.

Als sicher gilt jedoch, dass die Stadt Wollin, auf der Nachbarinsel Wollin gelegen, auf den Trümmern jener Stadt erbaut wurde, die heute den Namen Vineta trägt. Diese, sich über vier Kilometer an der Dievenow hinziehende Stadt, hieß ursprünglich Jumne, Julin, Jumneta oder Vimneta. Durch einen Buchstabendreher entstand schließlich der heute übliche Name Vineta.

Erwin Rosenthal

MELDUNGEN

Spurensuche, Gedenken und Friedhöfe

Stettin – Am 8. November gedachte die Jüdische Sozial- und Kulturgesellschaft den Opfern der Reichspogromnacht an der ehemaligen Synagoge. Vom 9. auf den 10. November 1938 wurde sie in Brand gesteckt und später abgetragen. Zur Gemeinde gehörten 1933 rund 2300 Mitglieder. TS

Greifswald – Am Volkstrauertag finden in Vorpommern wieder zahlreiche Gedenkveranstaltungen statt. So auch in Bergen, Gingst, Stralsund, Grimmen, Greifswald, Anklam und Pasewalk. In Neumark wird an die Opfer von Krieg und Gewalt bereits am 16. November um 11 Uhr erinnert. TS

Swinemünde – Der Journalist Krzysztof Nowak sammelt, überprüft und archiviert Dokumente, Notizen und Fotos für Swinemünde, um die Stadtchronik zu vervollständigen. Zeitzeugen sind herzlich eingeladen, dazu ihren Beitrag zu leisten und so Neubewertungen zu ermöglichen. TS

Demmin – Der 11.11. war auch in diesem Jahr wieder den Narren vorbehalten: Pünktlich um 11.11 Uhr starteten auch die Pommern in die fünfte Jahreszeit. So fand in Demmin die Schlüsselübergabe an das Prinzenpaar auf dem Markt statt – die Karnevalsparty ist am 23. November. TS

Köslin – Im Januar 2019 kam es zu einer Tragödie, die auch deutsche Medien bewegte: Fünf Mädchen starben bei einem Feuer in einem „Escape Room“. Die Staatsanwaltschaft fordert acht Jahre Gefängnis für die Betreiber, die Verteidigung Freispruch. Das Urteil wird am 21. November erwartet. TS

Neu Grambow – Beim Martinsmarkt wurden am 9. November Produkte von dies- und jenseits der Oder angeboten. Begrüßt wurden die Gäste vom heiligen Martin. Er sammelte für Krebskranke und lud Kinder am Abend zu einem Laternenumzug ein. TS

Stolp – Glücksfall für einen Berliner Autobesitzer: Am 1. November stoppte die Stolper Polizei einen Transporter, der einen Porsche 911 auf der Ladefläche beförderte. Eine Überprüfung ergab, dass der Luxuswagen im Wert von 230.000 Euro erst zwei Tage zuvor in Berlin gestohlen wurde. TS

Stralsund – Vor 35 Jahren fand der Mauerfall statt. Und schon 2019 haben sich Fotograf Hendrik Lietmann und Autorin Sandra Pingel-Schliemann auf „Spurensuche – Orte der Friedlichen Revolution in Mecklenburg-Vorpommern“ begeben. Ergebnis: das gleichnamige Buch (94 Seiten, 10 Euro). TS

Pölitz – Geschichtsinteressierte machten sich Ende Oktober auf zu einem ehemaligen Friedhof, gelegen in der Ueckermünder Heide. Hier suchten die polnischen Aktivisten 51 Grabsteine deutscher Bewohner, dokumentierten diese, räumten auf und sicherten die Grabstätten. TS

Stralsund – In der Hansestadt finden derzeit Straßensammlungen des Volksbundes für Kriegsgräberfürsorge e.V. statt. Mit den Einnahmen soll der Erhalt der Kriegsgräber beider Weltkriege und die historisch-politische Bildungsarbeit des Volksbundes unterstützt werden. BS



FOTO: DMCH/WIKIMEDIA

Der Mann mit der Glocke: Er schaut hinaus auf die Ostsee, dorthin, wo Vineta versunken sein soll

„Hier versagen auch die Amtskirchen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ihre Analyse zum Ampel-Aus bringt es auf den Punkt: Dieser rot-grün zusammengebastelte Schrott mit einem dritten Rad am Wagen konnte nicht funktionieren“

Malte Steinhoff, Lüneburg
zum Thema: Wir stehen am Rande eines Epochenwechsels (Nr. 45)



Ausgabe Nr. 44

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

WURDE GENUG GETAN?
ZU: EIN STÜCK ERINNERUNGSKULTUR WENIGER (NR. 44)

Alles sehr merkwürdig! Haben lokale Funktionäre wirklich genug dafür getan, um den Erhalt und möglicherweise sogar eine Weiterentwicklung des Museums Ostdeutsche Kulturgeschichte in Bad Zwischenahn zu fördern? Mit etwas Werbung in der Öffentlichkeit und Kontakt zu Politik und Wirtschaft, um diese lächerlichen Unterhaltsbeträge einzufahren, sollte ein konstruktiver Weg zu finden sein. Auch unter den vielen noch rüstigen Ruheständlern, zumal mit familiären Wurzeln im Osten, sollten doch wohl einige zu finden sein, die ehrenamtlich oder für ein kleines Taschengeld dem Kultur-Museum zu Öffnungszeiten verhelfen.

Oder ist das kulturelle Erbe in dieser Ausrichtung dem Zeitgeist zu konservativ und patriotisch, im falschen Verständnis zu „rückwärts“ gewandt. Die Einbettung des Hauses beziehungsweise sogar die Weiterentwicklung hätte in Bad Zwischenahn mit dem entsprechenden Willen auch einen beständigen Platz im Tourismus haben können.

Harald Schröder, Bad Zwischenahn

TROSTLOSER ABGESANG
ZU: EIN STÜCK ERINNERUNGSKULTUR WENIGER (NR. 44)

Dieser Abgesang auf eine Erinnerungsstätte ist trostlos, denn es schließt mit dem Museum in Bad Zwischenahn ein Haus, das der Kultur und Geschichte der Menschen gedenkt, die nach lebensbedrohender Flucht und Vertreibung aus dem deutschen Osten nach 1945 in Oldenburg und im Oldenburger Land ankamen, um hier ihr weiteres Leben einzurichten. Sie brachten neben ihrer geringen persönlichen Habe wenig an Kulturgütern mit und trugen diese in einer Erinnerungsstätte an die verlorene Heimat zusammen. Sie schufen damit eine kulturelle Identität über ihre persönliche Betroffenheit hinaus und dokumentierten mit dem Muse-

um auch eine 700-jährige Vergangenheit und Geschichte unseres Landes.

Es ist außerordentlich betrüblich, dass niemand im politischen Raum in der Lage ist, weder Kommunal-, Landes- noch Bundespolitiker beziehungsweise öffentliche Einrichtungen wie das Ostpreußische Landesmuseum oder die Oldenburgische Landschaft, hier eine Lösung zum Erhalt des Museums zu erarbeiten. Es wurde lange genug von den Verantwortlichen darum gekämpft. Auch der ehemalige Landtagspräsident und Oldenburger Oberbürgermeister Horst Milde hat sich für einen Erhalt der Einrichtung stark gemacht.

Traurig und beschämend ist es, dass heutzutage für die Menschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg hierher kamen und für Prosperität und wirtschaftlichen Aufschwung sorgten, keine Möglichkeiten und Mittel zur Verfügung stehen, ihrer Vergangenheit zu gedenken und darüber hinaus diese Erinnerungsstätte museumspädagogisch weiterzuentwickeln hin zu einem Lernort für künftige Generationen. Eine Gesellschaft, die ihre Erinnerungskultur nicht pflegt und nachfolgenden Generationen übergibt, kappt die Verbindung zu ihren historischen Grundlagen. Zukunft kann nur vernünftig und zuverlässig gestaltet werden, wenn sie auf einer bekannten Vergangenheit aufbaut.

Horst F. Buschalsky, Oldenburg

DIE SACHSPENDEN VERROTEN
ZU: KONTRAPRODUKTIVE HILFE (NR. 44)

Vielen Dank für die Darstellung dieses so wichtigen Themas (problematische Verteilung von Entwicklungshilfegeldern, d. Red.), das eigentlich genau von der Seite betrachtet werden sollte, wie Sie es in der PAZ dargestellt haben.

Aber die Chancen in dieser so völlig aus den Fugen geratenen Welt, in der Deutschland immer stärker eine unwürdige Rolle spielt, sind wohl noch weniger als gering. Im Gegenteil – die Absurditäten, die Sie nennen, nehmen meiner Meinung nach immer mehr zu.

Wenn man weiterhin Geld in die Taschen korrupter Politiker spült, wenn Sachhilfen die eigene Wirtschaft schädigen, wenn die Meute der „Helfer“ dafür sorgt, dass bei den eigentlich Bedürftigen nichts mehr ankommt, wenn in einer besonders perfiden Art der deutschen Katastrophenpolitik Fachkräfte abgeworben werden, die die Entwicklungsländer eigentlich dringend selbst benötigen – dann wird es auch in den nächsten hundert Jahren keine Veränderung geben. Aber dann wird ja gewiss der gewünschte Bevölkerungsaustausch vollzogen worden sein – und dann leben die Bedürftigen vielleicht sogar weiter nördlich.

Bei unserem Besuch in Gambia fiel uns auf, dass im Garten eines Krankenhauses Berge völlig neuer Krankenhausbetten, die eine „Sachspende“ waren, verrotteten. Beim Besuch einer Schule steckten wir Geld in eine auf dem Lehrertisch befindliche Sparsbüchse, wofür uns die Lehrerin sehr dankte.

Manfred Kristen, Duderstadt

EIN GESETZ ALS TODSÜNDE?
ZU: SELBSTBESTIMMT GEGEN DIE FRAUEN (NR. 43)

Autorin Birgit Kelle entlarvt in ihrem Beitrag treffend den Irrsinn des neuen „Selbstbestimmungsgesetzes“. Jedoch möchte ich anmerken, dass sich vermutlich mehr Mädchen in Jungen verwandeln werden, als es umgekehrt der Fall ist. Jedenfalls wird die Geburtenrate der deutschen Bevölkerung noch weiter sinken, was dann noch lautere Rufe nach ausländischen Fachkräften bewirkt.

Aber wehe, wenn es irgendjemand wagen sollte, vor einem Bevölkerungsaustausch zu warnen. Dann schäumen die Befürworter dieser Entwicklung in Politik und Medien vor Wut.

Aber was ist es denn anderes als ein gezielter Bevölkerungsaustausch, wenn einerseits die Geburtenrate des eigenen Volkes durch ein blödsinniges Gesetz sabotiert und andererseits die unbegrenzte Migration aus der ganzen Welt gefördert

wird? Wer verfolgt mit dieser Politik welche Absichten? Mir drängt sich der Verdacht einer Verschwörung auf.

Hier versagen meines Erachtens auch die Amtskirchen. Sie nehmen die LGBTQ-Szene sogar noch in Schutz, anstatt die Ampelregierung und alle Abgeordneten, die für das Gesetz stimmen, davor zu warnen, eine Todsünde gegen Gottes Schöpfung zu begehen. *Günter Foerster, Bielefeld*

WO AUCH GEPETZT WIRD
ZU: DIE DEUTSCHE LUST AM DENUNZIEREN (NR. 43)

Ich reagiere auf den ersten Abschnitt des Beitrages, alle weiteren Abschnitte sind leider Gottes nur allzu wahr und sie bedürfen keines weiteren Kommentars.

Ja, schon wir als Schulkinder kannten die gängige Beurteilung: „Der größte Schuft im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant.“ Doch möchte ich die Vermutung, das Denunziantentum sei unter den Deutschen besonders ausgeprägt, hinterfragen.

Ich war Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre einige Jahre im tschechischen Teil der seinerzeitigen ČSSR (Tschechoslowakische Sozialistische Republik) wohnhaft und bin zeitweilig heute noch dort ansässig. Daher kenne ich meine „Pappenheimer“ nur allzu gut und kann sagen, dass die Zuträgerei (udatstu) dort genauso „heimisch“ ist wie hierzulande.

Oder schauen wir in die Weltgeschichte, zum Beispiel auf die „Kulturrevolution“ einst in Maos Rotchina mit ihrer Angabewut gigantischsten Ausmaßes und deren verheerenden Folgen mit den Opfern in mehrstelliger Millionenzahl. Auch in Polen kenne ich mich hinreichend aus, habe etliche gute Bekannte dort und kann aus deren Erfahrungen folgern, dass leider auch dort das eben zu Tschechien gesagte zutrifft.

Somit möchte ich als Deutscher die Annahme einer besonders starken Affinität der Deutschen zum „Petzen“, „Verpfeifen“ nicht akzeptieren.

Hans-Joachim Miethe, Cottbus

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Goodbye Google, Apple, NSA & Co. So holen Sie sich Ihre digitale Freiheit zurück!

■ Die digitale Welt bietet unzählige Vorteile, doch sie birgt auch Gefahren, die oft unsichtbar und heimtückisch sind. Mit diesem Buch erhalten Sie das nötige Wissen und die Werkzeuge, um diese Gefahren zu erkennen und sich dagegen zu wappnen. Entdecken Sie, wie Sie Ihre Privatsphäre bewahren, Ihre Daten schützen und so Ihre persönliche Freiheit verteidigen können – ganz ohne auf den Komfort moderner Technologien verzichten zu müssen. Lassen Sie sich aufklären und inspirieren: **Digitale Freiheit ist möglich, und sie beginnt mit einem bewussten Umgang mit Ihrem Smartphone.**

Das Smartphone: unser täglicher Begleiter – und gleichzeitig eine mobile Wanze!

Ein wichtiges Instrument, um in unsere Privatsphäre einzudringen, sind die so nützlichen Smartphones. Keiner will auf sie verzichten. Würde George Orwell eine Neuauflage seines Klassikers 1984 schreiben, spielten die Smartphones mit Sicherheit eine zentrale Rolle darin.

Lassen Sie nicht zu, dass Ihr Smartphone nahezu Ihr ganzes Leben an Big Tech und die Geheimdienste übermittelt!

Michael Ballweg, erfahrener IT-Unternehmer, Softwareentwickler und Gründer der Querdenken-Bewegung, bietet seinen Lesern eine umfassende Anleitung, wie sie sich vor digitaler Überwachung schützen, ihre Privatsphäre bewahren und in einer zunehmend überwachten Welt digitale Freiheit erlangen können. Machen Sie »Big Brother« zum »Big Loser«.

Michael Ballweg: Digitale Freiheit • gebunden • 176 Seiten • Best.-Nr. 991 260 • 13,- €

www.kopp-verlag.de

VON ANNE MARTIN

Noch ein Schritt weiter auf dem Skywalk hoch über dem Abgrund, und prompt stellt sich ein Gefühl ein wie früher auf dem Zehn-Meter-Brett. Nur dass der mutige Wolkengänger nicht springen muss, sondern einen weißen Porzellanteller in die Luft wirft, der zuvor mit Zaubertinte und einem Herzenswunsch beschrieben wurde. Im hohen Bogen fliegt das zerbrechliche Geschoss über die Brüstung und zerschellt auf den Felsen. Wetten, dass der Wunsch in Erfüllung geht? Scherben bringen Glück!

Burgen, in denen der Wind durch leere Fensterhöhlen pfeift und Raben um Bergfriede flattern, mag es immer noch geben, auch in Thüringen, dem grünen Herzen Deutschlands, das mit seinen 450 Burgen und Burgruinen reich beschenkt ist. Aber viel eher wartet hinterm Burgtor eine Überraschung. So wie auf der Leuchtenburg, wo das Klirren der Teller bis in den gepflasterten Burghof zu hören ist. An den Mauern wuchert Efeu, dazwischen hängen Kaffeekannen im Geäst und liegen in Blumenkübeln. Sie verwandeln die Ziegelwände zu nostalgischen Kunstwerken und setzen das Thema: Die Leuchtenburg birgt in ihrem Inneren eine spektakuläre Porzellanausstellung.

Aber damit nicht genug: Wer gewohnt ist, an Vitrinen vorbeizugehen und kleingedruckte Erläuterungen zu lesen, darf umdenken. In den Ausstellungsräumen geht es interaktiv zu, das heißt, die Exponate reagieren auf Impulse. Steht der Besucher etwa vor dem Bild eines Mannes mit Filzkappe und Ringen am Finger, rollt der Porträtierte urplötzlich mit den Augen, eine Flöte beginnt zu spielen und ein Seepferdchen aus Porzellan bewegt sich wie in heftigem Wellengang.

Noch nicht genug gestaunt? Dann bitte einen Raum weiter: Hier steht mit acht Metern Höhe die größte Vase, daneben die kleinste Kanne der Welt, millimetergroß, nur durch eine Lupe zu erkennen. In einem anderen Raum wird die lange Reise des Porzellans von China bis nach Deutschland beschrieben, und wer nach dem Rundgang auf der Terrasse der Burgschänke sitzt, genießt den weiten Blick.

Überhaupt, diese Blicke! Diese Ruhe! Was im Mittelalter zur Abwehr und Verteidigung diente – die Alleinlage, die Mühsal des Anstiegs, Burggraben und Zugbrücke – ist heute ein touristischer Schatz. Das Auge schweift über ein Meer aus Baumwipfeln, und die Wege von einer Zinne zur nächsten sind nicht weit.



Auf dem „Steg der Wünsche“ könnte ein Wunsch lauten, die Höhenangst zu überwinden: Der Skywalk auf der Leuchtenburg von Seitenroda

Foto: Meyer-Barg

An der Landesgrenze zu Bayern wartet die Veste Heldburg. Früher ein Kinderheim, residiert hier das erste deutsche Burgenmuseum mit Schauräumen zum Staunen und Lernen. Es stimmt nicht, wie erzählt wird, dass Ritter Kunibert und seine Kampfgenossen einen Kran benötigten, um ihre Pferde zu besteigen. An lebensechten Ritterfiguren wird bewiesen: Geflochtene Gamaschen und Rüstungen waren so beweglich, dass sich die gepanzerten Krieger frei bewegen konnten.

Weiter geht es in die Landeshauptstadt Erfurt, hinauf auf die Zitadelle Petersberg. Von hier fliegt der Blick bis zu den Kirchtürmen unten in der Stadt und bleibt in einem Weinberg hängen, wo bei gutem Wetter die Gläser klingen. Die Vergangenheit mag düster gewesen sein, auch auf dem Petersberg, einer Hochburg der Stasi. Heute noch kann man Aktenberge im Unterlagenarchiv besichtigen.

Zum diskreten Ausspähen dienten schon viele Jahrhunderte früher die „Horchgänge“ tief im Mauerwerk der Zitadelle, in denen das Herannahen von Feinden abgehört wurde. Die Zeiten ha-

ben sich geändert. In der umgewidmeten Peterskirche gibt es wechselnde Ausstellungen, das Hotel Kehrs inmitten der Festungsmauern ist derart modern, dass Gäste an der Rezeption auftauchen, um sich die technisch ausgefuchste Beleuchtung der Zimmer erläutern zu lassen.

Kulisse für den Film „Der Medicus“

Nächster Stopp ist Burg Scharfenstein, wo das Mittelalter nur noch an der Dicke der Mauern festzumachen ist. Ein großer Parkplatz weist auf regen Besucherverkehr hin, und genau das ist gewünscht: In der Bar wird erlesener Malt-Whisky der Marke „The nine springs“ ausgeschenkt, Whiskyverkostungen sind die Attraktion der Region.

Das hätten sich die Rittersleut nicht träumen lassen, dass hier Hochprozentiges gebrannt wird. Ein Boutique-Hotel im modernen Anbau mag Mittelalter-Fans verwirren, aber das Essen ist vorzüglich, die Betten sind weich, es ist unfassbar ruhig, und dann, mal wieder: dieser Blick!

Ein Höhepunkt jeder Burgentour ist die Wartburg bei Eisenach, wo Geschichte

in jedem Mauerspalt nistet. Von der heiligen Elisabeth, die im frühen 13. Jahrhundert den Armen half, bis zum Sängerkrieg, der Richard Wagner zu seiner Oper „Tannhäuser“ inspirierte – alles ist in Gemälden und Schriften dokumentiert. Dabei wollen die meisten Besucher doch nur die berühmte Studierstube sehen, in der Martin Luther von Mai 1521 bis März 1522 die Bibel übersetzte. Ein alter Schreibtisch, ein Stuhl, ein Schemel aus Walfischknochen erinnern an den Kirchenrebeln. Und was ist mit dem berühmten Tintenfleck an der Wand? Angeblich sei dieser entstanden, als Luther mit dem Tintenfass auf den Teufel zielte, der ihn bei seinem aufklärerischen Werk zu stören versuchte. Doch er ist abgetragen von Andenkenjägern, die sich von der Absperung nicht abschrecken ließen. Vielleicht hatten die guten Geister der Burg auch einfach keine Lust mehr, ihn wieder und wieder nachzumalen.

Das Hotel auf der Wartburg ist leider bis auf Weiteres geschlossen, die Möbliierung im Burg-Restaurant recht karg, auch die Esel, die Kinder einst nach oben tru-

gen, wurden abgeschafft. Dafür gibt es einen Pendelservice, der genau da stoppt, wo der Blick aufs Burgmotiv besonders malerisch ist.

Im Vergleich zur Wartburg ist die Burgruine Hanstein ein Geheimtipp. Ritter Clemens von der Eichsfelder Ritterschaft wartet schon am Eingangstor, perfekt kostümiert mit Tunika, Geldkatze am Gürtel und Schwert in der Hand. Er steht für all die Burgliebhaber, die nicht tatenlos zusehen mochten, wie die Geschichte des Landes verfiel. Ein Verein rettete die Ruine. Seit 1990 befindet sich die Burg im Besitz der Gemeinde Eichsfeld.

Stolz führt Clemens die Besucher über das Areal, das einst Kulisse für den Historienfilm „Der Medicus“ war. Er stapft über die hölzerne Brücke in den Burghof, zeigt den Festsaal, wo heute wieder Paare getraut werden, und schwärmt von den Festen auf der Burg. Heute ist es still auf Hanstein. In einem Seitenturm krächzt tatsächlich ein Rabe, der Blick geht weit übers Land, und fast könnte man ins Träumen geraten: von Burgfräulein, edlen Rittern, von Festgelagen und Minnesang.

REITTRADITION

Die Ring-Kämpfer von der Urlaubsinsel

Wer Sylt nur mit Champagner, Schickeria, Luxus und teuren Immobilien verbindet, kennt dieses Eiland nicht wirklich

Genauso wie Einheimische auf den Nordseeinseln noch den alten friesischen Traditionen frönen, Tänze ihrer Urahnen aufführen oder deren Liedgut an die Nachkommen weitergeben, wird auch anderes althergebrachtes Brauchtum gepflegt. Dazu gehört das Sylter Ringreiten, das jedes Jahr aufs Neue in verschiedenen Turnieren am Leben gehalten wird.

Ein wenig erinnert es an mittelalterliche Ritterspiele, wenn die Reiter der fünf Ringreitervereine der Männer im gestreckten Galopp mit Lanze im Arm auf Pfähle, den sogenannten Galgen, zureiten, um einen winzigen Ring zu ergattern. Die Geschichte dieses Sports geht bis ins Mittelalter zurück, als im Vorfeld zu den Ritterturnieren auch Knapen beim Ringstechen zeigen konnten, was sie können. Seit den 1980er Jahren gibt es auch drei „Amazonenriegen“, mit den Männern also insgesamt acht Gruppierungen.

Die Sylter Autorin Sina Beerwald behauptet sogar in einem ihrer Sylt-Reise-

führer, dass Sylt ohne Ringreiten wie eine Insel ohne Meer sei. Und tatsächlich zählt die schleswig-holsteinische Tradition seit 2021 zum sogenannten „Immateriellen Kulturerbe des Landes“. Diese Bezeichnung geht zurück auf das UNESCO-Überkommen zur Erhaltung des Immateriellen Kulturerbes, dem Deutschland 2013 beigetreten ist mit dem Ziel, die Vielfalt des lebendigen deutschen Kulturerbes zu erhalten, zu pflegen und – natürlich finanziell – zu fördern.

Begonnen hat alles im Jahr 1861, als elf Pferdenarren den ersten Verein, das „Sylter Ringreitercorps“, gründeten, was alsbald auch in ein erstes Turnier mündete. Diese finden zwischen Mai und August jedes Jahres in Keitum, Archsum und Morsum statt. Den klassischen Abschluss bildet das Amtsringreiten aller Vereine gegen Ende des Jahres auf einer Wiese hinter dem Muasem Hüs in Morsum.

Mit diesem in einigen Orten Schleswig-Holsteins, im süddänischen Raum

und der niederländischen Insel Walcheren verbreiteten Sport möchten die Reiter den – symbolischen – Königs-, Kronprin-

zen- oder Prinzenwürde erzielen, respektive die weibliche Form dieser Rangbezeichnungen für die teilnehmenden Rei-



Volles Vertrauen in die Pferde: Der Umgang mit den Lanzen will geübt sein

terinnen. Mit einer 1,90 Meter langen Lanze bewaffnet reiten die Teilnehmer mit drei Galopp-Sprüngen auf das Ziel zu, ohne dass sie sich beim Ringdurchstoß vom Sattel erheben dürfen.

Damit es auch schwer wird, haben die Ringe, die in einer Öse an einer gespannten Schnur hängen, nur einen Durchmesser zwischen zwölf und 25 Millimetern. Gute Augen und eine ruhige Hand reichen nicht aus. Entweder man kann es oder man kann es nicht, meinen die Einheimischen. Ebenso wichtig wie die Teilnehmer sind die Helfer, welche die gestochenen Ringe wieder einsetzen oder sich in den Pausen um die Pferde kümmern.

Essen und Trinken gehören zu so einer volksnahen Lustbarkeit natürlich dazu. So wird den Teilnehmern in den Pausen oft Teepunsch oder Bowle gereicht. Wer schlau ist, greift aber lieber erst nach dem Ende des Wettbewerbs zu, damit der Kampf um die Ringe nicht im Vollrausch endet.

Silvia Friedrich

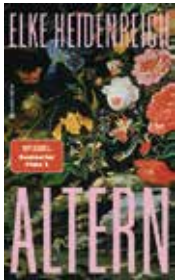
● FÜR SIE GELESEN

Rückblick
auf 80 Jahre

Elke Heidenreich ist als vielseitige Schriftstellerin und Moderatorin bekannt aus Hörfunk und Fernsehen. Ihre Bücher erhielten Literaturpreise. In ihrem Buch „Altern“ erzählt die mittlerweile 80-Jährige ihre eigene Geschichte, von ihrer nicht ganz einfachen Kindheit im Nachkriegsdeutschland, von den vielen Fällen von Liebeskummer auf dem Weg zum Erwachsenwerden, vom teilweise beschwerlichen Arbeitsleben und gescheiterten Beziehungen. Aber sie blickt nun gelassen und zufrieden auf ihre Vergangenheit zurück.

Mit Lebensweisheiten und Zitaten aus der Literatur gibt sie dem Leser Ratschläge für die späten, aber auch letzten Jahre an die Hand. Wie ihre Mutter, die bereits 20 Jahre vor ihrem Tod sagte, dass das nächste Weihnachtsfest ihr letztes sei, will sie nicht leben. Das Alter 80 fühlt sich an manchen Tagen an wie 60. „Im Alter trägt man die Konsequenzen für alles, was man getan hat. Aber man muss auch loslassen können, denn der Countdown läuft“, so Heidenreichs Schlussworte. Diese Biografie in lockerer, aber intelligenter Schreibweise ist besonders für die Fans von Heidenreich geeignet.

Angela Selke



Elke Heidenreich: „Altern“, Hanser Verlag, Berlin 2024, gebunden, 111 Seiten, 20 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



Schleswig-Holsteins Küsten

Im Freien unterwegs zu jeder Jahreszeit: Die neuen Outdoor-Reiseführer zeigen zahlreiche Möglichkeiten, sich an Nord- und Ostsee im Freien zu bewegen

FOTO: GESCHIEBÜCHSHOTPICTURE ALLIANCE

Nord- oder Ostsee – wer die Qual hat, hat die Wahl, heißt ein Sprichwort. Damit die Suche nach Freizeitmöglichkeiten in Schleswig-Holstein, dem Land zwischen den Meeren nicht zu kompliziert wird, hält der DuMont Verlag in der Reihe „Marco Polo Outdoor Guide“ zwei neuartige Reiseführer bereit.

Unter dem Motto „Draußen mehr erleben“ gibt Christine Lendt Tipps für ungewöhnliche Ausflüge unter freiem Himmel, etwa für eine Eselwanderung, Fossilien sammeln am Strand, Reitausflüge oder auch einfach nur Spaziergänge entlang der Steilküste oder im Hafengebiet.

Bürte Lachenmann führt zu interessanten Orten und Beschäftigungsmöglichkeiten an der Nordsee. Eine Fahrt mit der Draisine bei St. Michaelisdonn, eine Wanderung durchs Moor oder Radeln am Nord-Ostsee-Kanal zählen sicher nicht zu den alltäglichen Erlebnissen.

Beide Reiseführer sind nach Regionen unterteilt, geben zunächst einen allgemeinen Überblick und informieren im letzten Kapitel über Wissenswertes. Neben Aktivitäten kommt auch die Kulinarik nicht zu kurz. Zahlreiche Fotos, Kartenausschnitte und digitale Inhalte, die über einen QR-Code heruntergeladen werden können, runden das Ganze ab.

MRK



Christine Lendt: „Marco Polo Outdoor Guide Ostseeküste Schleswig-Holstein“, MairDumont Verlag, Ostfildern 2024, broschiert, 232 Seiten, 17,95 Euro

Bürte Lachenmann: „Maro Polo Outdoor Guide Nordseeküste Schleswig-Holstein“, MairDumont Verlag, Ostfildern 2024, broschiert, 232 Seiten, 17,95 Euro

GESCHICHTE

Deutschland in Bild und Text

Gerhard Paul ist auf die Visualisierung von Geschichte spezialisiert

VON KARLHEINZ LAU

Der Autor Gerhard Paul ist Historiker und gilt als wichtiger Vertreter der „Visual History“. In dieser Disziplin dienen Bilder unterschiedlichster Art als Grundlage für die Analyse historischer Ereignisse. Hier hat er bereits einschlägige Werke zur Geschichte des 20. Jahrhunderts veröffentlicht. Das vorliegende Werk sollte zum 75. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland erscheinen. So sollte auch der Titel des Buches lauten, um Verwechslungen zu vermeiden und vielleicht Identität mit unserem Staat zu stiften. Paul schreibt eine Bildgeschichte der 75 Jahre alten Republik mit den Großkapiteln „Die ‚Bonner Republik‘ 1949–1989“, „Die ‚Berliner Republik‘ 1990–2023“, „Die ‚Ampelrepublik‘ 2021 ff.“.

Unter dem Dach dieser Einteilung erscheinen thematisch völlig unterschiedliche Abschnitte, die in den jeweiligen Zeitrahmen passen. Beispiele: „Bundesdeutsche Kinowelten“, „Die visuelle Protestkultur der 68er“, „Imageprobleme der Regierung Scholz“ oder die „Ästhetik von Verlust und Opfer“, gemeint sind Flüchtlinge, Vertriebene und Kriegsheimkehrer in den ersten Jahren der jungen Republik.

Etwa 240 Einzelbeiträge zeugen vom Einsatz und der Arbeit des Autors und seiner Mitarbeiter und von seiner breiten fachlichen Kompetenz. Alle Beispiele in Wort und Bild sind nach eigenem Bekunden seine persönliche Auswahl. Zwar hält sich Paul an die Chronologie von 1949 bis

2024, es ist aber „keine linear-chronologische Geschichte“ der Bundesrepublik Deutschland.

Schlüsselerlebnisse der Deutschen

Die Schlüsselereignisse wie der Mauerbau, die friedliche Revolution und Wiedervereinigung sowie die Krisen der gegenwärtigen Ampel werden berücksichtigt, ja müssen berücksichtigt werden, sie geben den zeitlichen Rahmen an. Unter diesem Schirm folgen Ereignisse, Betrachtungsweisen, Kommentare, die Entwicklung der Sichtweisen, die das fotografische Gesicht der Republik bis zum „Public Viewing“ und YouTube zeigen.

Eingestreut sind immer wieder fundiert-fachliche Aussagen zur medialen Behandlung von Ereignissen sowie eine Demonstration über die Macht, die von Bildern ausgeht. Stellvertretend wird der Abschnitt „Großer Zapfenstreich“ genannt, der den Rückzug aus Afghanistan und den Abschied der Bundeskanzlerin Merkel behandelt.

Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bildern oder Fotos ist das Buch überhaupt nicht, vielmehr wird das Material gezielt auf vom Autor ausgewählte Fragestellungen bezogen. Gemessen am Umfang der Texte ist die Zahl der Bilder gering mit Ausnahme der historisch wichtigsten Ereignisse wie beispielsweise die friedliche Revolution mit dem Fall der Mauer. Schon allein wegen des Umfangs, der Breite des Inhalts und der vertiefenden Analysen der verschiedensten Medien ist das Buch keine lineare

und chronologische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Das bedeutet, dass der Leser durchaus wählen kann, was ihn interessiert.

Das Thema DDR, auch Teil der deutschen Geschichte, wird zu kurz behandelt, wie auch der gesamte Bereich vom Verlust der Ostgebiete, Flucht, Vertreibung und Eingliederung stärker hätte berücksichtigt werden können. Dies war ohne Zweifel ein stark prägendes Problem in den Anfangsjahren der jungen Republik. Die jeweilige Auswahl der Fotos, Bilder, Plakate et cetera ist hervorragend zu den Inhalten der Texte ausgesucht, sie beschreibend und interpretierend (als Beispiele seien die Seite 169 Vertreibung, 494 Afghanistan sowie 262 und folgende Fall der Mauer genannt).

Das Buch wird jedem an der Konzeption Visuelle Geschichte und am Inhalt Interessierten empfohlen, es sollte aber auch im Angebot öffentlicher Büchereien und Schulen stehen. Wichtig ist es auch für die Ausbildung von Fachlehrern hauptsächlich für Geschichte, Politische Bildung und Deutsch, werden doch mit diesem Buch neue Aspekte für den Unterricht angeboten.



Gerhard Paul: „Die Bundesrepublik. Eine Visuelle Geschichte“, Wbg Theiss, Freiburg 2023, 598 Seiten, 60 Euro

ERRINNERUNG

Tiefe Einschnitte

Eine befreiende Rückkehr in die Rominter Heide

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

In ihrem Buch zur Erinnerung an ihren früh verstorbenen Vater, den sie nie kennenlernen durfte, und an ihre frühen Kindheitsjahre in der Rominter Heide gab Juliane Barckhausen den Titel „Mariellchen von der Rominter Heide. Lebenserinnerungen einer Forstmeister Tochter im Spannungsfeld zweier Väter – Paul Richard Barckhausen & Walter Frevert“. Juliane Barckhausen war zwei Jahre alt, als ihr Vater, Leiter des Forstamts Warnen in der Rominter Heide im heutigen Königsberger Gebiet, im September 1939 während des Polenfeldzugs tödlich verwundet wurde.

Der tragische Verlust ebenso wie die Flucht aus Ostpreußen 1944 waren tiefgreifende Einschnitte im Leben der Autorin, die bei ihr eine ständige Suche nach Heimat und innerem Frieden auslösten.

Der mit 34 Jahren verstorbene Forstmeister Dr. Paul Richard Barckhausen war hoch talentiert und allseits beliebt. Nach seinem Tod durfte seine Witwe, Julianes Mutter Heinke geborene Stoeckel, mit der zweijährigen Tochter zunächst weiterhin im Forsthaus Barckhausen wohnen. 1940 heiratete ihre Mutter den ebenfalls verwitweten Oberforstamtsleiter Walter Frevert, der das benachbarte Forstamt Nasawen leitete.

Zur Zeit des Nationalsozialismus hatte „Reichsjägermeister“ Hermann Göring das urwüchsige Waldgebiet der Rominter Heide in Beschlag genommen. In dem von ihm bevorzugten Jagdrevier gingen Gö-

ring und andere seinerzeit hochrangige Persönlichkeiten auf Pirsch. Anschließend waren die Jagdgenossen oftmals im Forsthaus Frevert zu Gast. Ausführlich zitiert Barckhausen Passagen aus dem Tagebuch ihrer Mutter. Politik kommt in dem rein persönlich gehaltenen Buch nicht vor, und so spart die Autorin auch die Namen der hochrangigen Gäste aus, die von ihrem Stiefvater und ihrer Mutter bewirtet wurden. Als die Russen im Sommer 1944 bis Ostpreußen vorrückten, musste die Familie zusammen mit der Haushälterin die Heide im Treck verlassen. Durch die Treckberichte ihrer Mutter kann der Fluchtweg mit allen Zwischenstationen nachverfolgt werden.

Im zweiten Teil des Buches folgt eine Erzählung der Autorin über eine Reise in die Rominter Heide im Jahr 1997. Anlass war der 1996 aufgefundene Grabstein ihres Vaters im Wald nahe dem ehemaligen Forsthaus Barckhausen. Gepflegt wurde der Grabstein von dem jungen Russen Sergej, der sich auf die Begleitung von deutschen Erinnerungstouristen spezialisiert hatte. Die Reise war für Barckhausen ein bewegendes wie auch befreiendes Erlebnis.



Juliane Barckhausen: „Mariellchen von der Rominter Heide“, Verlagsbuchhandlung Sabat 2024, gebunden, 192 Seiten, 24,95 Euro

FESTVERANSTALTUNG/DÜSSELDORF

Jubiläum der Ostpreußen in NRW

Seit 75 Jahren die Interessen der Vertriebenen im Fokus – Der wehmütige Blick zurück wurde zum mutigen Ausblick nach vorn



Jörn Pekrul, Jörg Geerlings, Bärbel Beutner (v.l.o.), Marta Einars, Arnold Piklaps, Rasa Miuller (v.l.u.) – alle Referenten bestachen durch hochwertigste Fachreferate

burtsjahr Kants 1724 unter eine gemeinsame Verwaltung gestellt wurden. Königsberg sollte zum Zentrum der Aufklärung werden.

Im zweiten Teil des Vortrags folgte das Publikum den Wegen Kants durch seine Vaterstadt. Dabei schilderte der Referent das Leben des Philosophen, seine Herkunft, seine akademische Laufbahn, seine verschiedenen Fachbereiche, seine Genialität und ebenso seine Eigenarten. Der überaus lebendige Vortrag mit Gedichteinlagen und Anekdoten „zauberte“ Kant und das Königsberg des 18. Jahrhunderts geradezu nach Düsseldorf. Der Schritt ins Heute, die Aktualität Kants angesichts der modernen Medien, wie KI, sorgte für viel Gesprächsstoff bei den überaus begeisterten Zuhörern.

Emotionales Liedgut

Die Musik prägte den weiteren Verlauf des Programms. Die Freude über die jungen Gesichter und Stimmen des Schülerchores aus Memel sah man dem Publikum an. Die Lieder „Zogen einst fünf wilde Schwäne“ und „Ännchen von Tharau“ bewegten die Seelen. Rasa Miuller stellte Simon Dach, den Dichter des „Ännchen“ vor, der dem Haus des Deutschen Vereins in Memel und dem Brunnen am Theaterplatz den Namen gegeben hat. Ein sehr informativer Vortrag, zu dem eine kleine Ausstellung mitgebracht worden war. Als Arnold Piklaps über die Geschichte und die Aktivitäten des Deutschen Vereins berichtete, gab es ebenso nachdenkliche wie erfreute Gesichter. Die ostpreußische Kultur erreicht im Osten selbst eine breite Öffentlichkeit und wird hochgeschätzt.

Der Chor sang „Sag mir, wo die Blumen sind“ und „Über sieben Brücken musst du gehen“ – Lieder, die zu dem Beitrag von Marta Einars passten, die an der Geschichte ihres Vaters das Schicksal der

VON BÄRBEL BEUTNER

Die Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe NRW beging am Sonnabend, den 19. Oktober ihr 75-jähriges Bestehen. Gründungsdatum war der 25. April 1949. Die Feier fand im Gerhart-Hauptmann-Haus (vormals das Haus des deutschen Ostens), gegründet auf Initiative durch Erich Grimoni, erster Vorsitzender der Landesgruppe, in Düsseldorf statt.

Am Donnerstag, den 17. Oktober, kamen Arnold Piklaps und Rasa Miuller vom Simon-Dach-Haus aus Memel an. In der Nacht von Donnerstag auf Freitag traf der Schülerchor des Hermann-Sudermann-Gymnasiums in Memel mit den Lehrerinnen Asta Alminé und Marta Einars ein.

Für die Gäste fand am Freitag ein Vortragsprogramm in Düsseldorf und Solingen statt. Jörg Geerlings MdL, CDU-Fraktion, führte die Gruppe durch den Landtag und stellte im Plenarsaal das politische System in Nordrhein-Westfalen vor. Es entwickelte sich ein reger Meinungsaustausch zwischen dem Referenten und den Gästen. Die Gedenkstätte auf Schloss Burg wurde anschließend besucht. Der Tag wurde durch eine Bergische Kaffeetafel abgerundet.

Ostpreußische Spezialitäten

Die Gedenk- und Kulturveranstaltung am 19. Oktober sollte um 13 Uhr beginnen. Um dies zu schaffen, erfolgte die Vorbereitung bereits ab 9 Uhr. Das anspruchsvolle Programm verlangte eine funktionierende Technik, der Chor probte, für das leibliche Wohl wurden Geschirr, Getränke und Gebäck bereitgestellt. Am Eingang des Saales entstand eine Theke, auf der ostpreußische Spezialitäten angeboten wurden. Die Besucher konnten Bärenfang, Nikolaschka und Marzipan, aber auch Bücher und Postkarten sowie alte Fotos erwerben. Das Angebot fand großen Anklang. Geschickte Hände dekorierten zudem die Bühne und die bereitgestellten Stehtische mit allerlei an Früchten, Nüssen, Kürbissen und Äpfeln – ein wahrhaftiger Erntedank.

Das Programm eröffnete die Gruppe „Geigenleut“ unter Leitung von Winfried S. Küttner mit einem musikalischen Schritt ins Memelland. Der Vorsitzende der LO NRW, Klaus-Arno Lemke, begrüßte die Anwesenden zu einem Fest, das nicht nur „zum Jubeln“ einlud. Auch in ein „Jubiläum“ dringt der Schmerz über den Heimatverlust vor nunmehr 80 Jahren. Andererseits habe die Landesgruppe NRW seit 75 Jahren unermüdlich für die Belange der Vertriebenen, für das heimatische Erbe, für die grenzüberschreitende Kulturarbeit, für Versöhnung und Freundschaft mit den heutigen Bewohnern und damit für Frieden in Europa gearbeitet. Somit sei ein solcher Tag eben ein Grund zu einer festlichen Veranstaltung.

Hoffnung in dunklen Zeiten

Gedankt wurde für die übermittelten Grußworte von Heiko Hendriks, Beauftragter für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern des Landes NRW, Jochen Ott, Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag, Jörg Geerlings für die CDU-Fraktion, Rudi Pawelka, Vorsitzender des BdV Landesverbandes NRW. Vorgetragen wurde das Grußwort des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Hierin erinnerte der Sprecher: Als die Landesgruppe NRW im April 1949 gegründet wurde, gab es die Bundesrepublik Deutschland noch nicht.

Das Kantjahr 2024 soll auch in NRW gebührend begangen werden, betonte der Vorsitzende und begrüßte den Referenten Jörn Pekrul aus Berlin, der einen zweiteiligen Vortrag über den Philosophen Immanuel Kant (1724–1804) halten sollte. Mit einigen Kant-Zitaten stimmte Lemke das Publikum darauf ein und versprach, dass die Landsleute in NRW weiterhin ihre Pflicht für die Heimat und für den Frieden wahrnehmen werden.

Winfried S. Küttner, Musiker und Pastor, hielt eine bewegende Andacht, in der er an das Leid der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen erinnerte, welches sich leider in der heutigen Welt wiederholt. Er nannte zugleich Beispiele der Hoffnung

und des Lebenswillens. Alles kleine Wunder, die es auch in schlimmsten Zeiten immer wieder gibt. An die Andacht schloss sich die Totenehrung an. Hier wurde, stellvertretend für alle Heimerufenen, an den im Januar verstorbenen Ehrenvorsitzenden Ehrenfried Mathiak gedacht. Das bewegende Musikstück „Der Traum“



Jürgen Zauner (o.r.) erfreute sich ebenso an musikalischen Darbietungen der Gruppe „Geigenleut“ (u.l.) und gleichfalls am Schülerchor des Hermann-Sudermann-Gymnasiums (o.l.), der sich auch gern mit Memel-Vertretern (u.r.) präsentierte

wurde gleichsam zur Brücke zum zweiteiligen Vortrag von Pekrul „Königsberg und Kant – bis heute gemeinsam für die Aufklärung“.

Mit Kant auf Streifzug

Als „Doppelbiographie“ war der Vortrag im Programm angekündigt – „doppelt“ insofern, als die Geschichte der Stadt Königsberg vorgestellt wurde und der Philosoph Kant, der mit seiner Vaterstadt „eine

Einheit“ bilden würde wie selten jemand anderes in der Geschichte.

Mit reichem Bildmaterial nahm Pekrul seine Zuschauer mit auf die Reise nach Königsberg. Da ging es zunächst in die Ordenszeit, dann trat Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach auf (1490–1568), der letzte Hochmeister des Ordens, der

das Ordensland in ein weltliches Herzogtum umwandelte und die Reformation einführte. Unter Herzog Albrecht entstand ein geistiges und kulturelles Zentrum am Pregel. Ein erster Höhepunkt war schließlich die Gründung der Universität im Jahr 1544.

Pekrul ging auf die Frühaufklärung ein und hob – sozusagen als „Laune der Geschichte“ – hervor, dass die drei Teilstädte Altstadt, Kneiphof und Löbenicht im Ge-

Wolfskinder in Litauen schilderte. Doch Hoffnung, Freude und Gottvertrauen, das alles überwog bei dem vielfältigen Repertoire. Das fröhliche „Veronika, der Lenz ist da“ wischte einige Tränen über die Wolfskinder fort. Ja, der Lenz kommt immer wieder.

Das Ostpreußenlied bildete den Abschluss der Feier. Asta Almine, die Leiterin des Schülerchores, begleitete am Flügel einen kräftigen, erhebenden Gesang.

● AUFGESCHNAPPT

Eine Farce in allen ihren Facetten – anders ist die UN-Klimakonferenz im aserbaid-schanischen Baku kaum auf den Punkt zu bringen. Die Staats- und Regierungschefs der USA, Chinas, Indiens, Russlands, Frankreichs, Saudi-Arabiens, Kanadas sowie der deutsche Kanzler und die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen waren gar nicht erst erschienen. Schon das eine Blamage für den Veranstalter. Zudem der Tagungsort: Aserbaidshan ist eifriger Ölförderer und steigert seine Produktion des fossilen Brennstoffs immer weiter. Im vergangenen Jahr hatten sich die globalen „Klimaretter“ übrigens in Dubai, Vereinigte Arabische Emirate, versammelt. Wie von solchen Orten das Signal für eine weltweite Senkung der CO₂-Emissionen ausgehen soll, bleibt das Geheimnis von UN-Generalsekretär António Guterres. Aber vielleicht steht ja auch ganz etwas anderes im Mittelpunkt: Die Entwicklungsländer fordern von den Industriestaaten jährlich eine Billion US-Dollar. Es geht also um (unser) Geld. Da tagt man gerne auch in Öl-Staaten. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Fabian Nicolay ordnet die Ereignisse vom 6. November bei „Achgut.com“ (8. November) historisch ein:

„Der 6. November 2024 wird in die politische Geschichte eingehen ... Dort die USA mit einem strahlenden präsidentialen Sieger und einer demokratisch beherzten Verliererin, die ihre Niederlage ohne Umschweife eingesteht – hier diesseits des Atlantiks die „kleinkarierte“ Aufarbeitung einer gescheiterten politischen Dreiecksbeziehung, die an Niedertracht und Weinerlichkeit kaum zu übertreffen ist und keinerlei staatsmännische Größe projiziert.“

Julian Reichelt geht bei „Nius.de“ (8. November) in eine ähnliche Richtung:

„Die Strahlkraft und Wirkmacht, die von der Donald-Trump-Wahl ausgehen wird, kann den verrückt gewordenen Westen mit seinen blauen Haaren, Pronomen, Phantasie-Studienfächern, alternativen historischen Fakten, seinem Antisemitismus, seiner selbstzerstörerischen Wirtschaftsfeindlichkeit, die fast wie eine Autoimmun-Erkrankung wirkt, heilen.“

Der Medienwissenschaftler Norbert Bolz äußert bei „Apollo-News“ (10. November) eine düstere Prognose für die Parteien der Ampel:

„Im Grunde sind alle drei Parteien am Ende. Die Grünen sind beherrscht von den Fanatikern. Die SPD ist auf rätselhafte Weise woke geworden, hat ihren Kontakt zu den Arbeitern komplett verloren. Und die FDP bestätigt das Vorurteil, das mein Vater immer gegen sie hatte: Es ist eine opportunistische Umfallerpartei, bei der man sich auf keinen einzigen Satz verlassen kann, den sie formulieren.“

Markus Bernath wundert sich in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (9. November) über die Warnung der deutschen Bundeswahlleiterin Ruth Brand vor angeblich zu raschen Neuwahlen:

„Eine vorgezogene Wahl des Bundestags innerhalb von 60 Tagen zu organisieren ..., berge ‚unwägbar Risiken auf allen Ebenen‘, so warnte Ruth Brand. Es ist die Formel, die für alle gilt, die sich auf Dienstleistungen deutscher Behörden oder auf die Beförderung durch die Deutsche Bahn einlassen. Nichts funktioniert richtig im großen Nachbarland, so scheint es.“

Matthias Iken bringt im „Hamburger Abendblatt“ (9. November) auf den Punkt, warum die woke Linke mit ihren Parolen die Unterstützung der Normalbürger verspielt hat:

„Das uralte Versprechen, wonach es die Kinder einmal besser haben sollen, funktioniert heute wie vor zehn, 100 oder 1000 Jahren. Das Versprechen, Transmenschens sollen es einmal besser haben ..., wird nur Minderheiten mobilisieren.“

● WORT DER WOCHE

„Deutschland leistet sich einen Staat, dessen Kosten von der stagnierenden Wirtschaft nicht mehr gedeckt werden können.“

Werner Plumpe, Wirtschafts- und Sozialhistoriker an der Goethe-Universität Frankfurt, in der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 11. November

DER WOCHENRÜCKBLICK

Ausgetrickst

Wie Scholz die eigenen Kniffe auf die Füße fallen, und wie die FDP von seiner Flunkerei sogar profitiert

VON HANS HECKEL

Was die Medien bloß für einen Aufstand machen um die Bundeswahlleiterin! Im Falle von Neuwahlen vor dem März sei möglicherweise nicht genügend Papier für die Stimmzettel aufzutreiben, hatte Ruth Brand verblüffend eindringlich gewarnt. Auch Berlins Landeswahlleiter Stephan Bröchler sieht große Probleme auf sich zukommen und hat dafür sogar einen ganz neuen Begriff geprägt. Bröchler warnt vor „Sofortismus“. Schönes Wort. Dabei kann man die Sache, die da zum Vorschein kommt, auch völlig anders beurteilen. Ist es nicht respektbeeinträchtigend, wie tief die Parteien ihren Einfluss bis in die letzten Winkel des Staatsapparats ausdehnen konnten? Früher saßen auf solchen Posten wie dem eines Wahlleiters graue Beamte, die nichts mehr fürchteten als den Vorwurf der Parteilichkeit. Die Nachfolger dagegen machen genau das, was der Regierungspartei gerade in den Kram passt, und scheuen dabei nicht einmal die persönliche Blamage. Im Ausland hält man sich den Bauch vor Lachen: Deutschland, dem Land der Bürokratie, das wie kaum ein anderes auch mitten im Zeitalter der Digitalisierung noch immer auf gedruckte Formulare und Faxgeräte setzt, geht das Amtspapier aus. Derweil stellen die Franzosen eine Neuwahl in kaum vier Wochen auf die Beine. Mit solchen Schenkelklopfern fliegen uns die Herzen der Welt zu!

SPD-Generalsekretär Matthias Miersch findet das allerdings gar nicht witzig. Mit ihrer Kritik an der Bundeswahlleiterin gieße die Union „Wasser auf die Mühlen der Extremisten“, weil sie so helfe, staatliche Institutionen zu „delegitimieren“. Das hatten wir in dem Getöse ganz vergessen: Kritik an der Regierung und ihren Organen gilt ja neuerdings als „Delegitimierung des Staates“ und schreit nach dem Verfassungsschutz. Da sollte sich die Union mal in Acht nehmen.

Verständlicherweise haben die (Noch-)Regierenden und ihre einflussreichen Anhänger gar keine Lust auf die Neuwahlen am 23. Februar. Überhaupt scheint ihnen diese regelmäßige Einmischung des Volkes in die Politik auch ganz grundsätzlich auf den Senkel zu gehen. Als die Grünen noch in der Opposition schmorten, sahen sie das selbstverständlich anders und gaben sich hyperdemokratisch. Endlich so richtig an der Macht,

haben sie jedoch einen gänzlich anderen Blick auf die Materie gewonnen, wie uns Anton Hofreiter freimütig offengelegt hat. Bei Markus Lanz forderte der Grünen-Politiker „eine gewisse Demut gegenüber dem, was eine Bundesregierung“ leiste.

Das Volk soll seinen Regierenden gefälligst „mehr Demut“ zeigen? Diese Forderung ist mit „vordemokratisch“ nur sehr oberflächlich charakterisiert. Genauer gesagt führt sie uns geradewegs zurück in die Zeit des Gottesgnadentums. Damals fühlten sich die Herrscher direkt von Gott auf ihre Throne bugsiert. Daher war Demut vor ihnen nichts anderes als der Respekt vor dem Ratsschluss des Allmächtigen. Und nur ein gottloser Schuft konnte dem Höchsten widersprechen wollen, oder?

Dann kamen die Patrioten, Demokraten und Liberalen und kippten alles um. Fortan war nicht mehr Gott, sondern das Volk der Ursprung allen Herrschaftsanspruchs, und ihm hatten die Regierenden Respekt zu zollen, nicht umgekehrt. Doch so, wie die Erde eine Kugel ist, kommt man offenbar – wenn man nur fortschrittlich genug fortschreitet – irgendwann wieder da an, wo man losmarschiert ist. In diesem Falle bei Anton Hofreiters neofeudalem Selbstmitleid.

Am schwersten hat es Olaf Scholz. Seine eingeübten Kniffe ziehen nicht mehr. Beim Ampel-Bruch fand der Kanzler seinen eigenen Auftritt noch ganz fabelhaft. Er hatte wieder mal allen gezeigt, wie schlau und seinen Gegnern haushoch überlegen er ist.

Er ist eben kein Helmut Schmidt

Scholz wollte den Trick von 1982 wiederholen und der FDP die Schuld an der Scheidung reindrücken – in Wahrheit hatte er den Coup lange vorher geplant und den Lindner kalt überrumpelt. Obendrein wollte sich Scholz noch gleich bis ins nächste Jahr durchdrücken, um mit der Bundestagswahl zeitlich hinter die Hamburg-Wahl zu kommen, wo die SPD recht gut abschneiden dürfte.

Leider hatte der Kanzler, ohne es zu merken, mit beiden Winkelzügen die Grenze zwischen wirklich schlau und „schweinisch-schlau“ überschritten. Damit meint man Leute, die sich mit ihren Tricks am Ende selbst ausmanövrieren.

Erst einmal die Sache mit 1982: Damals gelang die Schuldzuschreibung an die FDP, weil SPD-Kanzler Helmut Schmidt über die Grenzen seiner Partei hinweg – trotz Koaliti-

Hofreiter fordert mehr „Demut“ des Volkes vor der Regierung: Willkommen zurück im Zeitalter der Feudalherren!



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de